







EX*LIBRIS

WOJEWÓDZKIEJ

I MIEJSKIEJ

BIBLIOTEKI

PUBLICZNEJ

IM. EMANUELA SMOŁKI

W OPOLU

Signum Dr. Hasso Liebau

angef. 12. Oktober 1925.

Heute

Die Entwicklung des politischen Katholizismus in Schlesien

Don seinen Anfängen bis zum Jahre 1880

Don

Dr. Paul Mazura

Breslau

Verlag von M. & H. Marcus

1925

282



2464 S

ZBIORY SŁASKIE

Ake V Nr 263/69/S

Vormort

Die nachstehende Arbeit stieß bei ihrer Abfassung auf nicht geringe Schwierigkeiten. Bei dem nahezu völligen Mangel an leicht zugänglichem Quellenmaterial und jeglichen Vorarbeiten war der Verfasser fast nur auf die systematische Durchsicht der lokalen Blätter angewiesen. Die vorliegende Abhandlung bietet das Ergebnis dieser zeitraubenden Tätigkeit. Sie beschränkt sich jedoch nicht auf eine bloße Zusammenstellung der Tatsachen, sondern versucht den Ideenzusammenhang darzustellen und von einem wissenschaftlich-neutralen Standpunkte aus dem historischen Werden des politischen Katholizismus in Schlesien nachzugehen.

Zu größtem Dank ist der Verfasser Seiner Magnifizenz dem derzeitigen Rektor der Universität Breslau Herrn Professor Dr. Ziefursch verpflichtet, der ihn nicht nur zur Bearbeitung dieses Themas angeregt hat, sondern ihm auch bei seiner Abfassung durch persönlichen Rat fördernd zur Seite stand.

Breslau, im Juli 1925

Der Verfasser

Abkürzungen

Schl. K. = Schlesiſches Kirchenblatt.

Br. H. = Breslauer Hausblätter.

Schl. V. = Schlesiſche Volkszeitung.

Schl. Z. = Schlesiſche Zeitung.

Das katholische Leben in Schlesien bis zum Jahre 1848

Die katholische Kirche in Schlesien schien in ihrem inneren und äußeren Bestande niemals mehr gefährdet als zu Beginn des vorigen Jahrhunderts. Das Grundübel dieser Zeit war der konfessionelle Indifferentismus, der sich zunächst darin zeigte, daß die primitiven Kultusformen, wie Wallfahrten, Heiligen- und Reliquienverehrung u. a. m., stark zurücktraten. Sodann nahm das kirchliche Leben hier mehr als in anderen gemischtkonfessionellen Gebieten ein tolerantes Gepräge an. Die konfessionellen Schranken waren fast vollständig durchbrochen. Wiederholt nahm die katholische Bevölkerung mit ihren Seelsorgern an protestantischen kirchlichen Festen teil, so 1802 anlässlich der 150-Jahrfeier der Friedenskirche in Schweidnitz, 1809 gelegentlich der Hundertjahrfeier der Saganer Gnadenkirche. Hier läuteten die Katholiken mit ihren Glocken das protestantische Fest ein. Auch das Reformationsfest 1817 wurde vielfach unter reger Anteilnahme des katholischen Bevölkerungsteiles begangen. Die katholische und die evangelische Gemeinde in Priebus veranstaltete am 5. Juni 1819 „gemeinsam ein Bet- und Dankfest, weil an diesem Tage 100 Jahre seit dem letzten totalen Brande des Städtchens verfloßen waren“¹⁾. Reinkens (Melchior von Diepenbrock, S. 245) berichtet, daß noch im Jahre 1831 der Landeshuter katholische Pfarrer Förster, der spätere Fürstbischof von Breslau, bei der Beerdigung des Superintendents Falk „im geistlichen Salar auf den Grabhügel trat und selbst eine Grabrede hielt, die sich mit

1) Evang. Kirchenblatt für Schlesien, 1906, S. 148; — G. Grünhagen, Die katholische Kirche in Schlesien am Ausgang des vorigen Jahrhunderts, Zeitschrift des Vereins für schlesische Geschichte, XXIX. Bd., Seite 48.

dem Gedanken rechtfertigte, die Liebe einige, wo der Glaube trenne“.

Doch nicht nur im Volke und im niederen Klerus, sondern auch im Generalvikariat zu Breslau war das Gefühl eines Gegensatzes den anderen Religionsgemeinschaften gegenüber kaum vorhanden. Im Jahre 1750 war der Fürstbischof Graf Schaffgotsch dagegen, daß evangelische Geistliche die von beiden Konfessionen gemeinschaftlich benützten Kirchhöfe beträten; 1811 aber erteilte das Gen.-Vikariat=Amt protestantischen Predigern bereits die Erlaubnis, bei Leichenbegängnissen sogar in den katholischen Kirchen Reden zu halten. Während noch im Jahre 1800 die Mitbenutzung katholischer kirchlicher Gebäude den Evangelischen verwehrt war, gestattete der Fürstbischof 1805 den Simultangebrauch der katholischen Kirchen zu Ebersdorf bei Sprottau und zu Reichenau bei Priebus. (Ev. Kirchenblatt a. a. O.)

Selbst in der katholisch=theologischen Fakultät der 1811 gegründeten Universität war eine interkonfessionelle Harmonie auf Kosten der dogmatischen Festsetzungen eingetreten. In einem Berichte vom 27. Februar 1817 hält die Fakultät die Berufung von neuen katholischen Theologieprofessoren außer anderen Gründen besonders deshalb nicht für nötig, weil mehrere Fächer, wie die biblische Exegese, erfolgreich auch bei protestantischen Theologen gehört werden könnten²⁾. Mit Recht schrieb im Jahre 1825 der protestantische Theologe Wobbs („Die Rechte der evangelischen Gemeinden“, Sorau 1825, S. 56): „Wenn in irgendeinem Lande, welches Katholische und Evangelische zu Einwohnern hat, ein vollkommener Friede hergestellt werden kann, so ist es in Schlesien am ersten möglich und haben wir uns demselben am meisten genähert.“

Das Hauptmerkmal dieser konfessionell-indifferenten Periode war das Bestreben, den katholischen Kultus und das religiöse Leben mit den Anschauungen der Zeit in Einklang zu setzen. Das unter der Leitung der bischöflichen Behörden erscheinende Diözesanblatt (1803—1819) öffnete den Reformern seine Spalten. Den Höhepunkt radikaler Bestrebungen bezeichnet aber erst die im Jahre 1826 erschienene Schrift: „Die katholische Kirche, be-

²⁾ „Die kath. Fakultät an der Universität zu Breslau.“ Prüfung der . . . von Dr. Mövers veröffentlichten Denkschrift, 1845, S. 21.

sonders in Schlessien, in ihren Gebrechen dargestellt von einem katholischen Geistlichen“ — Verfasser war der Theologieprofessor an der Universität zu Breslau Dr. Anton Theiner —, welche unter den heftigsten Ausfällen vornehmlich die Einführung der deutschen Sprache im Kultus, Umgestaltung des Meßbuches, Aufhebung des Zölibats u. a. m. forderte. Während sofort einige Seelsorger eigenmächtig Abänderungen des Kultus vornahmen, reichten elf Geistliche eine direkte Petition beim Fürstbischof ein, in der sie ihre Forderungen bezüglich einer Kultusreform stellten. Der Umfang der durch Theiners Buch ins Leben gerufenen, gleichzeitigen Broschürenliteratur — etwa 18 dieses Thema behandelnde Schriften sind erschienen — läßt die Größe der Erregung ermessen.

So war der Katholizismus, unfähig selbständig und mitbestimmend aufzutreten, von der mächtigen aufklärerischen Strömung erfaßt, die das eigentlich Katholische aus ihm verbannte.

Die Wurzeln dieser Ohnmacht der katholischen Kirche Schlesiens reichen bis in die friderizianische Zeit zurück. Obwohl die Voraussetzung des Staatskirchentums, nämlich die konfessionelle Einheit des Landes, nach der Einverleibung Schlesiens in den preussischen Staat fiel, griff Friedrich der Große, dessen „allgemeine Toleranz ihre Grenzen an der Politik fand“, oft recht schädigend auch in die innerkirchlichen Verhältnisse der katholischen Bevölkerung ein. Vor allem sah er bei der eigenmächtigen Besetzung der kirchlichen Stellen auf die politische Zuverlässigkeit der Bewerber, so daß oft unwürdige und unfähige Personen in einflußreiche Kirchenämter gelangten.

Nicht ohne nachteilige Folgen für das religiöse Leben war ferner die drei Jahrzehnte währende Abwesenheit des Fürstbischofs Grafen Schaffgotsch von der bischöflichen Residenz. Dieser in königliche Ungnade gefallene Günstling Friedrichs des Großen lebte von 1766—1795 in Johannisberg in Osterreich-Schlessien. Die Verwaltung der Diözese führten die dem hohen Adel angehörenden Domherren, welchen oft nicht nur die praktische Erfahrung, sondern auch das rechte kirchliche Bewußtsein fehlte.

Auch die theologische Fakultät der alten Jesuitenuniversität vermochte nicht der stetig um sich greifenden religiösen Verflachung nachhaltig zu steuern. Sie blieb, trotzdem die Jesuiten auch nach der Aufhebung des Ordens in Schlessien weiter wirkten, eben-

so wenig wie die anderen deutschen Hochschulen von dem Geiste der Aufklärung verschont. Mehrfach wurden von dem neugegründeten Schulen-Institut, das im Gegensatz zum Jesuitenorden, der der Universität seine Lehrkräfte bisher aus der ganzen Kirche zur Verfügung stellte, nur auf den Zuzug aus Schlesien angewiesen war, sogar moralisch ansehbare Persönlichkeiten beschäftigt.

So schwand, da die antikirchliche, aufklärerische Bewegung einen mächtigen Rückhalt an Friedrich dem Großen und seinen, die religiösen Interessen der Katholiken nicht selten verlegenden Bürokraten hatte, unter der Einwirkung einer solchen geistlichen Führung das kirchlich-religiöse Leben dahin.

In der nachfriderizianischen Periode wurde zwar im „Allgemeinen Landrecht“ die katholische Kirche der protestantischen rechtlich gleichgestellt. Dadurch aber, daß hier der König als die Quelle allen Rechtes — also auch des kirchlichen — auftritt, die katholische Kirche jedoch den Dualismus der obersten Gewalt vertritt, erwuchsen Schwierigkeiten, die recht lähmend auf die innerkirchlichen Verhältnisse einwirkten. Sie vergrößerten sich noch dadurch, daß das „ius circa sacra“³⁾ von weltlichen und meist protestantischen, der innerkirchlichen Zustände der Katholiken unfundigen Beamten ausgeübt wurde. Ein für die katholische Kirche Schlesiens besonders folgenschwerer Eingriff, der zugleich bezeichnend für das Maß der kirchlichen Freiheit ist, war die von der Säkularisationskommission vorgenommene Aufhebung des Breslauer Domkapitels am 19. 11. 1810. Wenn auch zwei Jahre später ein neues Kapitel konstituiert wurde, so konnte es, weil unkanonisch zustande gekommen, keine kirchlich gültigen Jurisdiktionsakte vornehmen. (Brück, H., Geschichte der kath. Kirche, 1887, Bd. 1, S. 194.)

Daher konnte, da der Katholizismus durch die umfangreiche Säkularisation und die Ueberweisung katholischer Kirchen an den protestantischen Kultus auch der materiellen Güter beraubt war, durch das Zusammentreffen der verschiedensten Faktoren jene Verwirrung unter den schlesischen Katholiken eintreten, die

³⁾ Dessen Gegenstand waren die Religionsübungen der einzelnen Staatsbürger und der ganzen Religionsgesellschaft; vgl. Westerburg, Preußen und Rom an der Wende des 18. Jahrh., 1908, S. 4.

ihren Höhepunkt in den antikirchlichen Reformbestrebungen der 20er Jahre erreichte.

Doch zu der Zeit dieser entschiedensten Äußerungen der reformfreundlichen Bewegung begann sich bereits ein folgenreicher Umschwung anzukündigen. Die seit der Restauration in Rom wieder zur Herrschaft gelangte dogmatische Richtung drang allmählich auch in das Breslauer Bistum ein. Dem einer gesunden Reform zugeneigten Fürstbischof Prinzen Hohenlohe folgte Emanuel von Schimonski, ehemaliger Zögling des Kollegium Germanikum, auf den Bischofssthron. Schon als Bistumsadministrator trat er den Reformern entgegen. Das Diözesanblatt ging bereits zwei Jahre nach Hohenlohes Tode ein. Mit Schärfe schritt er gegen die Unterzeichner der Reformpetition und den Professor Theiner ein und fand hierbei, trotz der Bemühungen des schlesischen Oberpräsidenten von Merdel, die reformfeindlichen Geistlichen zu schützen, bei der Regierung bereitwilligste Unterstützung.

Auch die Ende der 20er Jahre regenerierte katholisch-theologische Fakultät in Breslau trug, wenn auch zunächst nur indirekt, viel zum Aufkommen der neuen Richtung im schlesischen Katholizismus bei. Obwohl die hierher berufenen Hermesianer einen von den Vertretern des dogmatischen Katholizismus verschiedenen religiösen und wissenschaftlichen Standpunkt einnahmen, leisteten sie doch der römischen Richtung Pionierdienste⁴⁾. Sie trugen nicht nur viel zur Weckung des katholischen Bewußtseins in der neuen Generation von Geistlichen bei, sondern gewöhnten sie auch an Anschauungen, die den allmählichen Übergang in das strengkirchliche Lager erleichterten.

Den orthodoxen Bestrebungen kam ferner als wissenschaftliches Kampforgan die 1827 gegründete Klerikerzeitschrift „Von der katholischen Kirche“ zu Hilfe.

Mit dem Grafen Sedlnitzki erlangte noch einmal ein Vertreter der freieren kirchlichen Richtung Besitz von dem bischöflichen Stuhle. Aber unter dem Eindrucke der Ereignisse in Köln und Posen und beeinflusst von der sich immer mehr ausbildenden ein-

⁴⁾ Reinkens sagt a. a. O. S. 248, daß sie auch „eine sehr kirchliche und päpstliche Haltung hatten und am allerwenigsten dem Seelenheil gefährlich waren“. Vgl. auch Dr. Franz, Joh. Bapt. Balzer, 1873, S. 10 ff.

heitlichen öffentlichen Meinung unter den deutschen Katholiken, gewann, da sich wohl auch schon der Umschwung in der Erziehung des Klerus bemerkbar machte, die römische Richtung immer mehr an Stärke. Bei seinen Bemühungen, die bisher geübte alte Praxis in der Behandlung der Mischehen beizubehalten, sah sich Fürstbischof Graf Sedlnitzki bald einer „Priesterphalanx“ gegenüber, „welche lieber nach Minden und Magdeburg sich schleppen, als zum Verrat an ihrer Kirche verführen ließe“ (Reinkens a. a. O. S. 248). Dieser Opposition mußte er schließlich weichen. Mit seiner Absetzung hatte das erwachte kirchliche Bewußtsein einen mächtigen Triumph erlangt. Dazu kam, daß nun auch die Regierung unter Friedrich Wilhelm IV. eine wohlwollendere Behandlung der katholischen Kirche zuließ.

Auch der Erfolg der strengkirchlichen Richtung im Kampfe gegen die deutsch-katholische Bewegung Ronges, bei der es sich um ein letztes Aufklären der in den ersten Jahrzehnten begonnenen Reformbestrebungen handelte, kam der inneren Befestigung des Katholizismus zugute.

So hat sich im Laufe von wenigen Jahren durch den Sieg in der Mischehenfrage und die restlose Unterdrückung jeglicher Reformbestrebungen der schlesische Katholizismus aus dem konfessionellen Indifferentismus zu einem entschiedenen, streng dogmatischen Kirchentum entwickelt.

Waren nun die inneren Kämpfe in der katholischen Kirche Schlesiens beendet, so rief das gesteigerte Selbstbewußtsein des geeinten, erstarkten Katholizismus akatholische Gegner auf den Plan. Schon die Befolgung der strengen Vorschriften in der Behandlung der Mischehen mußte naturgemäß zu einer Zuspitzung der konfessionellen Gegensätze führen. Mit der Abnahme der Toleranz, die nicht ohne Mitschuld der in den 40er Jahren ebenfalls erstarkenden protestantischen Kirche erfolgte, nahm das Interesse für die Kontroversfragen zu. Der von protestantischer Seite aus inszenierte Streit über das Seligkeitsdogma und die in den akatholischen Blättern lautgewordenen Sympathien für die Rongesche Abfallbewegung, ferner die von den Katholiken auf der Kanzel und in der Presse aufgenommene Verteidigung⁵⁾ kenn-

⁵⁾ Dr. Leonh. Müller, Die Publizistik und das kath. Leben, Bd. 1, S. 16 ff.; Dr. Franz a. a. O. S. 10.

zeichnen die gespannte interkonfessionelle Lage in dem Augenblick, als Melchior von Diepenbrock die Leitung der Diözese übernahm. Unter seinem mehr toleranten Regime nahmen aber die interkonfessionellen Reibungen ab, da alles Interesse sich mehr und mehr den politischen Bestrebungen zuwandte.

So im Aufstreben fand das Jahr 1848 die kath. Kirche Schlesiens vor, die durch die deutsch-katholische Bewegung vom Jahre 1844 von den letzten freien Elementen der früheren Periode befreit war. Jetzt galt es auch die staatlich anerkannte Freiheit und Selbständigkeit der Kirche zu gebrauchen und fruchtbar zu machen.

I. Die Anfänge des politischen Katholizismus in Schlesien

1. Der Zusammenschluß der Katholiken im „Schlesisch-katholischen Verein“, 1848

Überraschend schnell hat sich Schlesien, „das rechte Sorgenkind für die katholische Kirche Deutschlands, der Hauptherd unfirchlichen Reformertums“, aus der konfessionellen Lethargie des 18. Jahrhunderts erholt. Je mehr sich aber hier das katholische Leben entfaltete, desto bitterer empfanden die schlesischen Katholiken, welche schon länger als ein Jahrhundert die mit dem Staatskirchentum unvermeidlich verbundenen Härten gegen ihre Kirche ertrugen, die staatliche Bevormundung und Zurücksetzung. (Vgl. die aus dieser Zeit stammenden Nachrichten aus Schlesien in den „Historisch-politischen Blättern“.) Als nun nach den Märzereignissen des Jahres 1848 von der Regierung selbst die Freiheit verkündet wurde, da erwachte auch in den bis jetzt noch so konservativen katholischen Führern Schlesiens das Bewußtsein, daß es Pflicht sei, sich der neuen Errungenschaft zugunsten ihrer Religion und Kirche zu bedienen. Doch vorher mußte die Bedeutung des politischen Umschwungs für die Kirche erst den weiteren Kreisen zum Bewußtsein gebracht werden. In Ermangelung einer katholischen Tageszeitung ¹⁾ unterzogen sich die kleinen publi-

¹⁾ Die „Allg. Oberzeitung“, die erste ausgesprochen kath. Tageszeitung in Preußen, schwankte im März 1848 ins demokratische Lager über. Vgl. Karl Bachem, „Joseph Bachem“, Bd. I, S. 269; Leonh. Müller a. a. O. Bd. I, S. 19.

zistischen Organe dieser Aufgabe. Bereits am 20. März trat die „Schlesische Kirchenzeitung“ für die Unabhängigkeit der Religion und Kirche vom Staate und für die Freiheit der religiösen Assoziation in demselben Maße ein, wie für die Freiheit der bürgerlichen und politischen Vereinigung. In der Folgezeit wurden in mehreren Artikeln (Schl. R. 1848, S. 173, 186, 235, 213, 231, 232) die kirchlichen Forderungen erläutert; außerdem wurde jede katholische Selbstständigkeitsbewegung in West- und Süddeutschland wohl skizziert und zur Nachahmung empfohlen (S. 166, 198, 201, 210, 227, 234). Ein Aufruf mehrerer Geistlichen (S. 234), sich mit den Forderungen des Wahlkomitees der Kölner Katholiken (das Kölner Programm, S. 223) solidarisch zu erklären, setzte zum ersten Male die ihrer Macht noch unbewusste Masse der Katholiken Schlesiens in Bewegung und hatte vollen Erfolg. Doch erst im Sommer 1848 kam es zu dem ersten Zusammenschluß der breiten katholischen Schichten in Schlesien.

Es war Dr. theol. Joseph Wied, Privatdozent an der Universität in Breslau, der, nachdem er in einer katholischen Studentenversammlung seinen Plan erörtert hatte, am 8. Juni entschlossen zur Gründung eines „katholischen Vereins für kirchliche und religiöse Freiheit“ schritt, dessen Statuten dem Mainzer Verein entlehnt wurden. (In Mainz ist schon am 28. März der erste kirchenpolitische Verein in Deutschland gegründet worden.) Auffallend rasch wuchs in Breslau die Zahl der geistlichen und bürgerlichen Mitglieder. Am 27. Juni zählte der Verein bereits über 1000 Mitglieder, so daß schon nach der vierten Sitzung ein größeres Versammlungslokal gemietet werden mußte (Schl. R. 1848, S. 335). Dr. Wied war sich wohl bewußt, daß unverwundliche Kräfte in der der Kirche in ungebrochener Naivität ergebenden, stellenweise noch tief unwissenden Masse des schlesischen katholischen Volkes lagen. Diese galt es nun zu heben, um sie zu einem bedeutenden Faktor des kirchenpolitischen Lebens werden zu lassen. Dem hierarchischen Autoritätsgedanken kam der Freiheitsgedanke der modernen Demokratie zu Hilfe; in ihrer Verbindung erblicken wir die festen Grundlagen für die Erfolge der nächsten Jahrzehnte. Schon am 20. Juni wurde das Vereinsprogramm in der Provinz verbreitet und in einem Aufruf zur Bildung von ähnlichen Vereinen aufgefordert, „welche für alle

eine religiöse und politische Bildungsschule abgeben“ und es zugleich ermöglichen, die jedem als Kirchen- und Staatsbürger zukommenden „Rechte mit Einmut und Nachdruck geltend zu machen“ (Schl. R. 1848, S. 317). Dieser Aufruf, dem die allgemeine Stimmung des Volkes, Vereine zu bilden, entgegenkam, hatte vollen Erfolg. Konnte Wick bei der ersten Generalversammlung der katholischen Vereine in Mainz (3.—6. 10. 1848) bereits im Namen von 16 schlesischen Zweigvereinen sprechen — er vertrat auch 14 Vereine Westpreußens und Posen's, welche Breslau als Zentrale betrachteten —, so stieg ihre Zahl im nächsten Monat fast auf das Doppelte. So erwies es sich bald als notwendig, die Lokalvereine enger aneinander zu schließen; denn noch herrschte weitgehende Zersplitterung; es wurde viel experimentiert. Selbst in den Grundanschauungen fehlte die notwendige Einheit. Daher berief der Zentralverein für den 14. und 15. November 1848 eine Vertreterversammlung nach Breslau ein. Diese erste Generalversammlung schlesischer Katholiken war von 1500 Mitgliedern besucht; 72 Vertreter aus 25 schlesischen Vereinen wurden gezählt. Hier schlossen sich 30 Lokalvereine — fünf nicht vertretene Vereine gaben schriftlich ihre Beitrittserklärung ab — zu einem Provinzialverband unter dem Namen „Schlesisch-katholischer Verein“ zusammen, der dem „Katholischen Verein Deutschlands“ beitrat²⁾. Als Bindemittel sollte die Presse dienen. Den Gedanken, ein eigenes Verbandsblatt zu gründen, ließ man bald fallen und entschied sich, durch ein ausschließlich den Vereinsangelegenheiten gewidmetes Beiblatt der „Schlesischen Kirchenzeitung“, worauf auch besonders abonniert werden konnte, die Verbindung der Vereine herzustellen. Für die von polnisch sprechenden Katholiken bewohnten Teile Schlesiens wurde das von Kanonikus Fiehel in Deutsch-Bieskar redigierte kirchliche Blatt für diesen Zweck ausersehen. Durch monatlich zu erstattende Berichte seitens der Ortsvereine und durch Mitteilungen und Instruktionsbriefe des Breslauer Zentralvereins (vgl. Wicks Instruktionsschrift: „Über Katholikenseinde und Katholikenvereine“, 1849) sollte sich die Zentralisation zu einer recht straffen gestalten. Nur

²⁾ In den folgenden Jahren fanden noch Vertreterversammlungen statt: 1849 in Neisse, wo 120 Vertreter aus 58 Vereinen anwesend waren; 1850 in Schweidnitz mit circa 120 Vertretern aus 50 Vereinen; 1851 in Piegelnitz, wo 69 Vertreter aus 30 Vereinen erschienen waren.

ausnahmsweise durften nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse ländliche Vereine zu den dem Hauptverein in Breslau unterstellten sogenannten Bezirksvereinen zusammentreten. Die Notwendigkeit hierzu ergab sich in der Folgezeit jedoch nur selten, da das Vereinsleben auf dem Lande gar sehr im argen lag (Schl. R. 1848, S. 631). Die politische Interesslosigkeit der Landbewohner, der Mangel an geeigneten Kräften zur Vereinsleitung, das Fehlen eines ausreichenden Vereinslokals, der Nachteil des Zerstreuungswohnens — in dem fast ganz katholischen Oberschlesien auch der tiefe Bildungsstand³⁾ — ließen ein ländliches Vereinsleben nicht aufkommen.

Der so geeinte Provinzialverband, der als Prinzip für die Ausbreitung festsetzte: „Die Vereine werden ohne Herbeiziehung des Einflusses irgendwelcher geistlicher oder weltlicher Autorität naturwüchsig aus dem Bewußtsein des Volkes selbst herausgebildet“ (Schl. R. 1848, S. 631), beschloß dennoch, Schlesiens Katholiken öffentlich zur Bildung von Vereinen aufzufordern, auf Verlangen Deputierte in die Städte und auf das Land zu entsenden, dagegen öffentliche Volksversammlungen, wohl mit Rücksicht auf die beginnende Reaktion, nur ausnahmsweise als Mittel zur Verwirklichung der Vereinszwecke zu gebrauchen.

Sofort nach seiner Gründung nahm der junge Zentralverein entschlossen Stellung zu den Tagesfragen. Bei der Bildung der neuen Grundlagen des staatlichen und kirchlichen Lebens mußte er sich um so mehr Einfluß zu verschaffen suchen, als es sich in Preußen um einen paritätischen Staat handelte. Mit unvergleichlicher Konzentrationskraft stellte die demokratisch geeinte katholische Masse Schlesiens ihre Forderungen. Der von Breslau aus eingeleitete Petitionssturm wurde rasch durchgeführt. Geschickt wußte man die Aufrufe abzufassen, die in ihrer knappen Ausdrucksweise recht wirksam waren. „Auf, darum Brüder,“ heißt es einmal, „erhebet euch wie ein Mann und fordert die Garantien für das rechtmäßige Eigentum unserer heiligen Kirche! Das ganze katholische Schlesien muß Protest und Petition nach Berlin senden, kurz und bündig, jeder in seiner Weise! Hier gilt es die heiligsten

³⁾ In der Zeit von 1846—49 waren unter den aus dem Bezirk Oppeln ausgehobenen Rekruten 16,69% Analphabeten; Bezirk Breslau 1,45%; Bezirk Biegnitz 1,00%; Schl. R. 1850, S. 668.

Güter — wer zurückbleibt und die Hände in den Schoß legt, ist des Gerichtes schuldig“; oder: „Katholisches Volk! Man hat in Frankfurt öffentlich gesagt, deine Proteste wären nicht dein, sondern der Pfaffen Werk; man könne sie also nicht als Volksstimme gelten lassen. Laß dich dadurch nicht beirren! . . . Mag die Frankfurter Versammlung von neuem durch einen allgemeinen Protest erfahren, daß die katholischen Priester und das katholische Volk nur ein und dasselbe Ziel haben, und daß die Schmähungen der einzelnen Deputierten daselbst nur beitragen, unsere Einheit noch mehr zu festigen.“ (Schl. R. 1848, S. 388, 566.) Die der Kirche und ihren Geistlichen ergebenen breiten katholischen Schichten folgten willig dem Rufe ihrer Führer, und so erlangte die nach Frankfurt gerichtete schlesische Adresse gegen die Fassung der Grundrechte allein über 150 000 Unterschriften; während die der Berliner Nationalversammlung unterbreiteten Forderungen bezüglich der Verfassung 100 000 schlesische Katholiken unterzeichneten. Die hier aufgenommene speziell schlesische Forderung nach „Aufhebung der Bestimmung, durch welche der zum Pfarrer beförderte katholische Priester gehalten ist, den vierten Teil seines erstjährigen Amtseinkommens (quarta seminaristica) in die Staatskasse zu zahlen“ (Schl. R. 1848, S. 310), läßt erkennen, daß die Petitionen nicht immer der unverfälschte Ausdruck der Volksstimmung waren, „sondern von oben angeregt wurden . . . , denn einmal wäre das Volk auf solche Wünsche nicht gekommen, und dann hat es auch gar kein Interesse an dieser speziellen Forderung und Erfüllung, die ausschließlich die Geistlichkeit angeht“ (Bergsträßer, L., „Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei“, 1910, S. 172). Wie sicher der Klerus war, jederzeit die nötigen Unterschriften von seinen Parochianen zu bekommen, geht auch aus dem gegen den Antrag auf Aufhebung des Zölibats gerichteten Protest der oberschlesischen Geistlichen hervor, welcher mit den Worten schloß: „Das gesamte katholische Volk wird, wenn es nötig sein sollte, durch Hunderttausende von Unterschriften es kundgeben, daß es nicht zustimmen könne, daß eine rein kirchliche Frage von einer Versammlung zur Beratung und Entscheidung komme, die aus Bekennern aller Konfessionen zusammengesetzt ist“ (Schl. R. 1848, S. 471).

Die zahlreichen Eingaben hatten nicht nur den Zweck, Regierung und Parlament in ihren Maßnahmen zu beeinflussen,

sondern auch den, die Mitglieder durch die Unterschriftsleistung dauernd zu interessieren. Diese persönliche Anteilnahme an der Vereinstätigkeit wurde auch durch die Einrichtung des Fragekastens erzielt, dessen Benützung neben den Vorträgen viel zur politischen Schulung des einzelnen beitrug.

Die Leitung lag in den Händen der Geistlichen; sie waren die Agitatoren und Organisatoren, obgleich vereinzelt auch schon Laien zu Vereinsgründungen schritten. So befand sich, außer in anderen Städten, vor allem in Falkenberg ein nur von Laien gegründeter und auch von ihnen geleiteter blühender Verein. Die dem Vorstande beigegebenen Ausschüsse bestanden stets aus Laien und Geistlichen. Als echte Volksvereine schlossen sie vor allem die breiten katholischen Massen zusammen; die Intelligenz und der Adel hielten sich von den „Schustervereinen“ meist fern ⁴⁾; ja, hier und da fanden sie sogar in den Kreisen des Klerus Gegner. Trotzdem war die Entwicklung des katholischen Vereinswesens in Schlesien eine auffallend rasche, bot doch das Vereinsleben nicht zu verachtende Vorteile. „Durch die katholischen Vereine,“ so schrieb man im Jahre 1850 aus Neiße an den Breslauer Zentralverein, „ist uns das Mittel gegeben, die allgemeinen Angelegenheiten den Katholiken zur möglichst schnellen Kenntnis zu bringen, Übergriffen in geschlossenen Reihen entgegenzutreten, das vorhandene Gute kräftig zu fördern und neue, den Bedürfnissen entsprechende Institutionen ins Leben zu rufen; bedurfte es sonst eines tagelangen Herumsendens von Umlauffchreiben, um für wohlthätige Zwecke die Gemüter zu erregen, und wurde oft doch das Ziel nur unvollkommen erreicht, so genügt jetzt die Ansprache an einem Vereinsabend, um die größtmögliche Beteiligung an einer guten Sache zu ermöglichen“ (Schl. R. 1850, S. 253).

Unentwegt hielt man an dem § 11 des Programms ⁵⁾ fest und „streifte die Politik bloß soweit, als die religiösen und kirch-

4) Als Vertreter des schlesischen Adels traten zuerst auf: Graf Bernhard von Stollberg, der als Delegierter auf der Vertreterversammlung 1849 ein Mißtrauensvotum gegen den Kultusminister veranlaßte, ferner Graf Schlabrendorf und Graf Matuschka. (Schl. R. 1849, S. 645; und 1850, S. 135.)

5) § 11 lautete: „Der Verein schließt die politischen Fragen nur insofern von der Debatte aus, als sie die religiösen und kirchlichen Interessen gar nicht berühren.“

lichen Interessen es erforderten“, in der Überzeugung, „daß die Verschiedenheit politischer Anschauung die auf dem religiösen Gebiete aufgebaute Einigkeit nur schwächen könnte“ (Dr. Wicß, „Aus meinem Leben“, 1895, S. 26). Wie ernst es Dr. Wicß damit war, daß diese Grenze nicht überschritten wurde, ersehen wir aus seinen wiederholten diesbezüglichen Äußerungen. So richtete er an die erste schlesische Vertreterversammlung die beherzigende Mahnung: „Meiden Sie alle politischen Faktionen, denn unser Ziel ist Einigung aller Parteien im Glauben und in der Liebe!“ (Schl. R. 1848, S. 620.) Bei seinem Besuch in Wien erklärte er in dem dortigen Katholikenverein, mit dem die Breslauer bereits im September 1848 in Verbindung getreten sind, „daß der Zentralverein keiner politischen Partei angehöre, vielmehr einen ganz unabhängigen, von aller Leidenschaftlichkeit fernbleibenden Standpunkt behaupte, daß er seine Aufgabe in politischer Hinsicht darin finde, gegen das erkannte Unrecht zu kämpfen, von welcher Partei es immer ausginge“ (Schl. R. 1848, S. 491)⁶⁾. Daß man aber auch in der Provinz dieser Ansicht huldigte und stets Bedenken trug, zu den rein politischen Angelegenheiten Stellung zu nehmen, beweist ein im Oppelner katholischen Verein gehaltener Vortrag, in welchem ausdrücklich hervorgehoben wurde: „Wir sind in unserem Verein weder Konstitutionelle noch Demokraten oder Reaktionäre, sondern bloß Katholiken und haben als solche hier nur nach dem katholischen, aber nach keinem politischen Glaubensbekenntnis zu fragen und uns zu richten.“ (Schl. R. 1849, S. 103.) Daher galt der Verein auch in den Augen der Behörden als ein unpolitischer, und der Breslauer Stadtkommandant Graf von Monts gestattete trotz des Belagerungszustandes die Tagung der II. allgemeinen Katholikenversammlung (9.—12. 5. 1849) mit den verbindlichen Wor-

⁶⁾ In seiner Eigenschaft als Präsident des Vorortes des „Katholischen Vereins Deutschlands“ warnte Dr. Wicß die Regensburger Generalversammlung 1849 „vor dem Verpflanzen politischer Tagesfragen unter die Beratungsgegenstände, weil dadurch eine Spaltung des katholischen Volkes Deutschlands mit allem Grunde zu besorgen sei. Den Einfluß desselben auf die Wahlen, auf die Kammern usw., um durch sie allmählich eine den Bedürfnissen der Katholiken und ihrer Kirche entsprechende Gesetzgebung zu erlangen, will er jedoch gewahrt und aufrecht erhalten wissen“ (Schl. R. 1849, S. 524).

ten: „Wäre ganz Breslau ein katholischer Verein, so gäbe es keinen Belagerungszustand“⁷⁾.

Zu den Wahlen hat der „Schlesisch-katholische Verein“ nie korporativ Stellung genommen, wenngleich es statthaft war, in den Vereinsversammlungen über die Wahlen zu belehren, die zu befolgenden Gesichtspunkte herauszustellen und zur Gewissenhaftigkeit zu ermahnen. Wohl aber traten bereits einzelne Lokalvereine mit katholischen Abgeordneten in Verbindung und ließen sich von ihnen in den Vereinsitzungen über den Stand der kirchlichen Fragen im Parlamente Bericht erstatten. So berichtete im Verein zu Neustadt ein Abgeordneter der Berliner Nationalversammlung, Pfarrer Heisig, über seine Parlamentstätigkeit. Im Breslauer Verein sprach der Abgeordnete Domdechant Ritter, der der einzige katholische Geistliche in der 1. Kammer war; ferner trat hier der Abgeordneten-Stellvertreter für Ost-Olewiß Rat Rintel auf, „welcher aus Frankfurt zurückgekehrt war, um über den Gang der Verhandlungen in der National-Versammlung einiges vorzutragen“ (Schl. R. 1848, S. 455, 490; Schl. R. 1849, S. 675).

So erblicken wir schon hier die Anfänge zu der in den späteren Jahrzehnten sich so eng gestaltenden Verbindung zwischen den katholischen Abgeordneten und ihren Wählern.

Schon früh wurde der Verein auch in den Dienst der sozialen Sache gestellt. Gerade den Schlesiern lag diese Frage recht nahe. Die durch Mißernten, Überschwemmungen und Epidemien hervorgerufenen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die hier und da bereits zu Unruhen geführt hatten, drängten geradezu zu einer Lösung. Daher trat in der Folgezeit diese Seite der Vereinstätigkeit bedeutsam in den Vordergrund. Mit seltenem Eifer und Erfolg ging man schon Ende 1848 an diese neuen Aufgaben heran. So suchte man das Interesse für die Armen durch Gründung von Vinzenz-Vereinen, welche durch materielle Unterstützung der Bedürftigen das soziale Elend zu lindern bestrebt sind, in weite Kreise der Bevölkerung zu tragen. Schon damals wurde die Schaffung von Fürsorgestellen, z. B. von Kleinkinder-Bewahranstalten, in Angriff genommen. Die aus dem ersten Frauenverein hervorgegangene Kongregation der Hedwigs-

⁷⁾ Dr. Wid a. a. O., S. 28; ferner: Verhandlungen der II. Katholikerversammlung Deutschlands, 1849, S. VII.

schweftern befaßte sich mit der Pflege verwahrloster Kinder. Der den sittlichen Gefahren am meisten ausgesetzten Handwerksburschen nahmen sich die im Jahre 1851 in Schlesien eingeführten Gesellenvereine an. Planmäßig bekämpfte man die Schundliteratur durch Gründung katholischer Volksbibliotheken und seit 1851 durch Verbreitung des dieser Aufgabe dienenden Karl-Borromäus-Vereines. So wurde innerhalb weniger Monate der Grund zu einer Organisation gelegt, welche die kirchenpolitischen Vereine überdauerte und sich bis auf den heutigen Tag — zum Teil in veränderter Form — erhalten hat. Anfang Mai 1849 befaß die Stadt Breslau bereits 8 Konferenzen des Vinzenz-Vereins, 2 Frauenvereine, 2 Kleinkinder-Bewahranstalten mit 230 Kindern, 1 Bibliothek mit 500 Bänden, die von zirka 120 Personen benutzt wurde, 1 Sonntags-Fortbildungsschule mit 54 Teilnehmern, unter denen 6 Meister, 28 Gesellen, 20 Lehrlinge waren. Der Breslauer Zentralverein zählte damals 2000 männliche und 600 weibliche Mitglieder. In der Provinz bestanden 110 Zweigvereine des „Schlesisch-katholischen Vereins“ und 5 Konferenzen des Vinzenz-Vereines⁸⁾. Mit Recht konnte auf der II. allgemeinen Katholikenversammlung in Breslau 1849 der Berichtstatter des Vorstandes Mainz nunmehr Schlesien als die „Musterprovinz“ rühmen und ein anderer Redner von dem „Schlesisch-katholischen Verein“ behaupten, „daß er allen anderen Vereinen in Deutschland an innerer Kraft und Entwicklung einer segensvollen Tätigkeit vorgegangen ist. Nirgendwo,“ schloß er, „ist der Zweck des Vereins so ins Leben eingeführt worden, als hier. Sie haben es eingesehen, was es mit den Vereinen auf sich hat“ („Verhandlungen . . .“ 1849, S. 17, 27).

Und doch nur zu schnell trat der Verfall des schlesischen kirchenpolitischen Vereinswesens ein. Bereits im April 1851 fühlte sich der Protektor des Vereins, Fürstbischof von Diepenbrock, um einzelnen Mißbräuchen vorzubeugen, veranlaßt, den Laien das Halten dogmatischer Vorträge zu verbieten, die Vereinsvorstände auf strengere Beachtung der von den kirchlichen Behörden gebilligten Satzungen hinzuweisen, ja, sich sogar vierteljährliche Tätigkeitsberichte zu erbitten. Der jeder politischen Tätigkeit

⁸⁾ Zusammengestellt nach den Angaben in den Vereinsberichten im Schl. R. 1849. Vgl. S. 43 ff. dieser Abhandlung!

abgeneigte Kirchenfürst ermahnte auch die Biegniger Vertreterversammlung, die nötige Rücksicht auf die Verhältnisse nach außen zu nehmen (Schl. R. 1851, S. 229, 653). Unter der Einwirkung der Reaktion wurde das Vereinsgesetz vom 11. März 1850, das allen politischen Vereinen untersagt, zueinander in Beziehungen zu treten, auch auf den „Schlesisch-katholischen Verein“ ausgedehnt. So mußte die straffe Zentralisation aufgehoben, der „Zentralverein“ in „Katholischer Verein“ umbenannt und dem § 11 der Statuten die Fassung gegeben werden: „Politische Fragen und Verhandlungen sind ausgeschlossen.“ Unter polizeilicher Bewachung setzten die nun völlig selbständig wirkenden Lokalvereine ihre Tätigkeit fort. Von ihnen vermochten sich jedoch da die einheitliche Leitung fehlte, nur wenige zu behaupten, so u. a. der Ratiborer Verein, der am 10. Stiftungsfeste 1858 noch 301 Mitglieder zählte; ferner der Verein zu Reife, der 1860 sein 12. Stiftungsfest beging. Dagegen stellte der Breslauer Hauptverein nach dem Brande des Versammlungslokales 1854 die Vereinstätigkeit ein. Vielsach mag es bei den schnell aufeinanderfolgenden Gründungen an den für eine zielbewußte Arbeit erforderlichen Grundlagen gefehlt haben. Auch ließen der Eifer und die Begeisterung des Klerus und der Mitglieder nach einiger Zeit wieder nach; lag doch jetzt auch wenig Bedürfnis für Vereinstätigkeit vor. Dr. Wick und den Persönlichkeiten, die mit ihm in der Vereinsleitung tätig waren, gebührt jedoch unbestreitbar das Verdienst, die Organisation der schlesischen Katholiken in Fluß gebracht und ihnen in der gärenden Zeit einen Interessenmittelpunkt geschaffen zu haben.

In der jetzt anbrechenden Periode des Stillstandes der kirchenpolitischen Vereinstätigkeit hat sich durch den ernststen Willen und die eifrige Hingabe der Katholiken Schlesiens an die mühevollen Kleinarbeit in den sozialen Vereinigungen eine Organisation wurzelsefest gemacht und stetig entwickelt, welche, in die späteren Jahrzehnte hinüberreichend, die Grundlage für die politischen Volks- und Zentrumsvereine bildete.

Suchen wir nun, am Ende der ersten Organisationsepoche angelangt, noch einmal den „Schlesisch-katholischen Verein“ in seiner Wesenheit zu erfassen!

Er ist eine nach dem Vorbilde der westdeutschen Katholikenvereinigungen geschaffene Organisation der breiten katholischen

Massen der schlesischen Städte und größeren Ortschaften. Begründet zum Schutze der kirchlichen Freiheit, beruht seine Hauptbedeutung darin, die strengkirchlich Gesinnten gesammelt, sie nicht nur zur eifrigen Liebestätigkeit erzogen, sondern zum ersten Male auch mit dem staatlich gesellschaftlichen Leben in Fühlung gebracht zu haben. Wohl weist er es ab, sich mit politischen Fragen, soweit sie das kirchliche Interesse nicht berühren, zu befassen und will lediglich als eine moralische Macht sich Geltung verschaffen. Gleichwohl ist es, selbst wenn man mit Recht zugibt, daß reine religiöse Beweggründe die treibenden Ursachen seiner Betätigung sind, der politische Katholizismus, der sich uns hier in seinen Anfängen darbietet. Indem der Verein zahllose Resolutionen über kirchenpolitische Prinzipienfragen faßt, den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf die Beeinflussung der Regierung und der Parlamente verlegt, den Ministern Mißtrauensvoten ausstellt (Schl. R. 1849, S. 646), den katholischen Abgeordneten durch zahlreiche, von Hunderttausenden von Wählern unterzeichnete Petitionen einen starken Rückhalt verschafft, ja, sie sogar in seinen Sitzungen persönlich Bericht erstatten läßt, tritt er tatsächlich als ein recht bedeutender politischer Faktor auf. Dadurch, daß er in den sozialen Vereinen eine ihn lange überdauernde Organisation schafft, auf die sich die politischen Volks- und Zentrumsvereine aufbauen können, legt er zugleich die festen Grundlagen für die Erfolge der nächsten Jahrzehnte.

2. Die Disparität in Schlesien

Um die Jahrhundertwende herrschte in Schlesien ein im allgemeinen freundliches Verhältnis zwischen der Regierung und der katholischen Kirche (Grünhagen G., a. a. O. S. 35 ff.). Neben der konfessionellen Gleichgültigkeit bewirkte der radikale Josephinismus im österreichischen Anteil der Breslauer Diözese, daß die schlesischen Katholiken es nicht mehr bedauerten, Untertanen eines andersgläubigen Herrschers zu sein. Allmählich aber schwand diese friedliche Denkweise. Wenn der schlesische Katholizismus nach 1848 immer mehr ein ultramontanes¹⁾ Gepräge

¹⁾ Das Wort „ultramontan“ bezeichnet die strenggläubige Richtung im Katholizismus, der das Wohl ihrer Kirche über alles geht.

annahm, so weist eine solche Veränderung der Gesinnung auf tief wirkende Ursachen hin. Außer anderen Gründen waren es vor allem die falschen, einseitig protestantischen Maßnahmen des preußischen Staates den Katholiken gegenüber, die zu einem mächtigen Hebel für das Aufkommen der katholischen Reaktion wurden, welche sich erst nach 1848, als das Volk mündig geworden war, auswirken konnte. Bereits im Jahre 1805 schrieb der mit den schlesischen Verhältnissen gut vertraute Staatsminister Graf Hohn anlässlich der Überweisung katholischer Kirchen an den protestantischen Kultus dem Könige folgendes: „... Es hat Zeit und Mühe erfordert, den schlesischen catholicismus mit dem in den preußischen Staaten herrschenden Geist der Aufklärung vertraut zu machen, und ich habe durch 36 Jahre darauf nicht ohne Erfolg gearbeitet. Er schritt bereits zur echten Duldung gegen die Protestanten friedsam fort; allein die für den Staat so nützliche Harmonie der verschiedenen Glaubensverwandten wird jetzt unfehlbar unterbrochen, auch der Geist des catholicismus wieder belebt, wenn sich diese Religionspartei in Verlust gesetzt glaubt und als *ecclesia pressa* betrachtet . . .“²⁾. Und in der Tat war das Streben nach der nirgends praktisch zum Ausdruck gelangten Gleichberechtigung der Bekenntnisse der Hauptgrund für die Eini-gung der Katholiken, speziell für ihre Selbstständigkeitsbewegung nach dem Kriege mit Österreich.

In der Periode des Erwachens des katholischen Selbständigkeitsbewußtseins führten zahlreiche Fäden von den schlesischen Katholiken zu ihren Glaubensgenossen am Rhein hinüber. Von dort rührte die Initiative zum selbständigen Vorgehen her; das Rheinland gab die Parole aus und bezeichnete die Marschroute. Diese Anselbständigkeit der Katholiken Schlesiens und ihre Abhängigkeit von Westdeutschland wird erklärlich, wenn man die bisher obwaltenden kirchenpolitischen Verhältnisse in dieser Provinz ins Auge faßt. Als erstes unter den von Katholiken bewohnten größeren deutschen Gebieten hat Schlesien bereits 1742 seine Zugehörigkeit zu einem katholischen Staate mit der zu einem protestantischen vertauschen müssen. Waren die Katholiken schon durch die plötzliche Veränderung der staatlichen Verhältnisse

²⁾ Rißling, F. B., Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche, Bd. 1, 1911, S. 162.

scheu und zurückhaltend geworden, so wurden sie durch viele strenge Maßnahmen des absoluten Herrschers und durch die Behandlung seitens seiner Beamten noch mehr eingeschüchtert. Die durch das friderizianische Regime mächtig geförderte aufklärerische Bewegung tat das übrige. So brachte die Zugehörigkeit zum absoluten, aufgeklärten Staate mit der Zeit die Gewöhnung an staatliche Eingriffe selbst in innerkirchliche Verhältnisse mit sich. Daraus erklärt es sich, warum Schlesien in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts von Streitigkeiten zwischen Staat und katholischer Kirche verschont blieb. Dazu waren hier die staatlichen Verhältnisse bereits zu sehr gefestigt; daher erblickte der konservativ gesinnte, der Politik oft verständnislos und gleichgültig gegenüberstehende katholische Bevölkerungsteil Schlesiens keine praktische Notwendigkeit zu einer politischen Betätigung.

Anders lagen die Verhältnisse in West- und Süddeutschland. Gerade zu der Zeit, als im schlesischen Katholizismus das Gefühl für die Würde und die Unabhängigkeit der Kirche fast erloschen zu sein schien, wurde hier durch die Bestimmungen des Reichsdeputationshauptschlusses, durch die willkürlichen territorialen Verschiebungen den Katholiken Anlaß genug geboten, sich zu regen und zu betätigen. Die notwendig gewordene Wiederherstellung der zerstörten kirchlichen Verfassungen durch die in einzelnen Staaten nach dem Wiener Kongreß eingeführten Parlamente gab den „Opfern der Säkularisation“ bereits Gelegenheit zur Mitarbeit. Auch machte die willkürliche Überweisung der Bevölkerung „von dem milden oder lässigen Regiment des Krummstabes unter die Vormundschaft der mittelstaatlichen Bürokratie“ die katholischen Massen, unter welchen sich die „erregbarsten Seile der Nation“ befanden, „für oppositionelle und radikale Ideen in beträchtlich erhöhtem Maße empfindlich“³⁾.

An der Spitze der rheinischen Glaubensgenossen bildeten sich die schlesischen Katholiken heran. In demselben Maße, in dem man in Schlesien sich wieder auf die katholischen Grundsätze unter strenger Zurückweisung aller dogmatischen Verschwommenheit besann, begann man auch hier die staatliche Bevormundung ungern zu ertragen. Der staatliche Druck löste bald einen Ge-

³⁾ Martin Spahn, Zur Vorgeschichte des Zentrums, Hochland VIII, S. 421.

gendruck aus: Der Klerus setzte sich zur Wehr. Gerade in den ersten Regierungsjahren des katholikenfreundlichen Königs Friedrich Wilhelm IV. wurden die ersten Stimmen des Unwillens in Schlesien laut. (Vgl. die einschlägigen Jahrgänge der „Historisch-politischen Blätter“.) Sie blieben zunächst auf den Klerus beschränkt.

Als aber unter der Einwirkung der Reaktion die im Sturmjahr 1848 proklamierte Gleichheit aller Konfessionen, so wie sie von den Katholiken verstanden wurde, nicht kam; als sich die staatlichen Übergriffe in die jetzt gesetzlich garantierten Rechte der katholischen Kirche noch mehrten; als nun als Gegenwehr gegen die unparitätische Behandlung des katholischen Volksteiles sich die „Katholische Fraktion“ im preussischen Abgeordnetenhaus konstituiert hat und mit aller Kraft die Forderung, die Besetzung der Staatsstellen im Zahlenverhältnis der Konfessionen vorzunehmen, stellte: da öffneten auch Schlesiens katholische Blätter ihre Spalten den Schmerzenstönen über die ungerechte Zurücksetzung der katholischen Schlesier. Gerade hier in der alt-preussischen Provinz war die systematische Zurückdrängung des katholischen Elementes von allen Ämtern fast vollständig durchgeführt. So waren in Schlesien, das nach der amtlichen Bevölkerungsaufnahme von 1861/62 unter den 3 390 695 Einwohnern 1 654 860 Katholiken und 1 649 235 Protestanten zählte⁴⁾, im Jahre 1863

der Oberpräsident,

die 3 Regierungspräsidenten und

die 3 Abteilungsdirigenten

} sämtlich protestantisch.

Von 59 weltlichen Regierungsräten gehörten nur einige dem katholischen Bekenntnisse an; unter 55 Landräten zählte man nur 5 Katholiken; von 60 Kreisgerichtsdirektoren waren nur 16, von 45 Domänenbeamten und Pächtern nur 4 und von 43 höheren Forstbeamten nur 2 katholisch. (Br. S. 1863, S. 286.)

⁴⁾ Sie verteilten sich folgendermaßen auf die drei Bezirke: Regierungsbezirk Breslau: 510 034 Kath. — 751 096 Protest., Regierungsbezirk Oppeln: 999 787 Kath. — 105 665 Protest., Regierungsbezirk Posen: 145 039 Kath. — 792 474 Protest.; davon waren 2 539 094 deutschsprechend; 719 361 polnischsprechend („Br. S.“ 1863, S. 245, nach dem neuesten Doppelheft der „Zeitschrift des kgl. preuss. statist. Büros“; und „Br. S.“ 1865, S. 185, nach der „Preuss. Statistik“ 1864).

Aber auch in allen höheren Kommunalstellen überwog die Zahl der Protestanten bei weitem. Nicht günstiger lagen die Zustände auf dem Gebiete des höheren Schulwesens.

Unter den 23 Gymnasien zählte man nur 8 katholische; von 6 Realschulen I. Ordnung war nur 1 katholisch; von 2 höheren Bürgerschulen war ebenfalls 1 katholisch⁵⁾.

Immer und immer wieder rief man auch nach Parität der Staatsleistungen für Kirchen- und Schulzwecke und erhob Klagen über die Ungleichheit der Verwendung der Kommunalabgaben zu Ungunsten des katholischen Bevölkerungssteiles. So erhielten (nach Wiese, Das höhere Schulwesen, Schl. B. 1871, Nr. 257) im Jahre 1864 die schlesischen protestantischen Anstalten 17 337 Taler Staatszuschüsse und 39 306 Taler städtische Zulagen, die katholischen Anstalten nur 1923 Taler Staatszuschüsse⁶⁾ und 126 Taler städtische Zulagen⁷⁾. (Die Simultanschulen bekamen nur städtische Beihilfen in der Höhe von 5 600 Talern.)

Vielfach herrschten an sogenannten paritätischen Volksschulen Verhältnisse, die an ein protestantisches Unterrichtsmonopol grenzten. So wurden aus der Knappschaftskasse, der ein Teil der nach der schlesischen Bergordnung den katholischen Kirchen und Schulen zustehenden sogenannten Freikux-Gelder zufließ, 1855 folgende besondere Hüttenschulen unterhalten:

Ort	Zahl der kath.		Zahl der protest.	
	Schüler	Lehrer	Schüler	Lehrer
Königshütte	314	1	60	2
Olewiß	195	1	94	2
Malapane	100	0	100	2
Baruschowiß	63	0	17	1
Friedenshütte	42	0	6	1

⁵⁾ Br. J. 1866, S. 243, nach dem „Zentralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen“ von Stiehl, Sept./Okt.-Heft 1865.

⁶⁾ Die finanzielle Unterhaltung der kath. Gymnasien in Schlesien lag vor allem dem „Hauptschulfonds“ ob, der aus dem kath. Kirchengut hervorgegangen war und 38 665 Taler zuschoß.

⁷⁾ Diesen Zuschuß gewährte Leobschütz. Nach der Schl. B. 1871, Nr. 258, gab es in ganz Preußen kein ähnliches Beispiel, wo eine „protestantische“ Stadt in dieser Weise eine katholische Minderheit berücksichtigte.



Von den sechs protestantischen Schülern in Friedenshütte waren je 2 die Kinder des Lehrers bzw. eines höheren Beamten; nur 2 gehörten den Knappschaftsmitgliedern an (Schl. R. 1855, S. 280).

Es ist daher nicht zu verwundern, daß die in den katholischen publizistischen Organen Schlesiens immer wieder erhobenen Klagen über verletzte Parität ihre Wirkung auch auf das breite katholische Volk nicht verfehlten. Die politisch und sozial entrechtete katholische Masse Schlesiens, welche niemals die einer strengen Durchführung der Parität entgegenstehenden Gründe zu erkennen imstande war, bemächtigte sich um so leidenschaftlicher dieser Frage, je gleichgültiger sie sich bisher ihr gegenüber verhalten hatte. Sie sah sich nun von meist nicht einheimischen, der Sprache und Eigenart des katholischen Oberschlesiers unkundigen protestantischen Beamten bürokratisch ungeschickt behandelt. Auch merkte sie, daß man die Protestanten in jeder Weise berücksichtigte, daß ihre Kirchen und Schulen mit staatlicher Hilfe ausgebaut⁸⁾ und ihre Kolonien im Oppelner Bezirk gefördert wurden. Von steigender Unzufriedenheit erfüllt — denn der Mann aus dem Volke war von der Berechtigung seiner Forderung nach arithmetischer Durchführung der Parität durchdrungen —, gelangte das katholische Volk zu einem noch engeren Anschluß an seine Kirche, die allein sich seiner annahm und bereits in vielen sozialen Vereinen gerade für die Ärmsten unter den Armen sorgte. Willig schloß es sich daher den von der Kirche empfohlenen Vereinen an, unterzeichnete ohne Bedenken die ihm vorgelegten Petitionen und wählte kirchlichgesinnte katholische Abgeordnete.

Suchen wir nun die Gründe festzustellen, warum diese stets akute Frage zu so entschiedenen Ungunsten des katholischen Volksteiles ausfiel! Jeder, der es als hinreichend zur Lösung bzw. Beleuchtung der Paritätsfrage betrachten wollte, die Tatsachen augenscheinlicher Imparität einfach festzustellen und statistisches Material herbeizubringen, würde den eigentlichen Kern derselben nicht recht kennen lernen. Durchaus notwendig ist es, die katholischen Ansprüche von einem durch die obwaltenden Zeitverhältnisse bedingten Gesichtspunkte aus zu betrachten.

⁸⁾ In der Zeit von 1830—48 wurden in Schlesien 28 protestantische Pfarreien errichtet, davon 14 auf königliche Kosten. Vgl. „Histor.-polit. Blätter“, 1854, S. 483.

Da der Staat bei Berufungen für höhere Beamtenstellen sich naturgemäß nach der Befähigung der Bewerber richten muß, so ist bei einer Untersuchung der Paritätsverhältnisse die erste Aufgabe, festzustellen, ob katholische Beamte in einer dem Prozentsatz studierender (bzw. den Anforderungen genügender) Katholiken entsprechenden Anzahl vorhanden sind. Nur wenn ihre Zahl nicht im rechten Verhältnis zu der Zahl der für die Verwaltung höherer Ämter vorgebildeten Katholiken steht, ist der Vorwurf der Imparität berechtigt, dagegen führt eine Schlußfolgerung von der Gesamtkatholikenzahl auf die Zahl der in höheren Beamtenstellen sich befindenden leicht irre.

Schlesien wies einen großen Mangel an solchen zur Bekleidung höherer Ämter befähigten Kräften katholischen Bekenntnisses auf. Dieser ergab sich notwendig aus dem systematischen Fernhalten der Katholiken vom höheren Studium. Bereits ein Jahr nach dem Hubertusburger Frieden erließ König Friedrich der Große folgende den Gymnasialbesuch der Katholiken einschränkende Verordnung: „ . . . Was wir zu bestmöglicher Verhütung, daß die Kinder der Bauern, Gärtner und auch schlichter Leute katholischer Religion nicht weiter so häufig als bisher geschehen, studieren und sich besonders nicht dem geistlichen Stande widmen sollen . . . Euch (den Steuerräten) in Abschrift zufertigen, daß

1) keine Kinder der Bauern, Gärtner oder noch geringerer Leute, ohne daß ihre Eltern bei dem Landrate des Kreises vorher davon Anzeige tun und einen Lizenzschein erhalten, in die lateinische Schule getan werden, und daß

2) dergleichen Subjekte mit Lizenzscheiden weiter nichts als die vier ersten Klassen zu besuchen vergönnt sein sollen.“ (St. Bonifatiuskalender, Berlin 1879, S. 36.)

Aber auch noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts suchte man das Bildungstreben der schlesischen Katholiken zu unterbinden. Wie der Abgeordnete Ziegler am 3. März 1863 im Abgeordnetenhaus nachwies (Br. H. 1863, S. 210), standen im Jahre 1858 den 3705 protestantischen Gymnasialschülern Schlesiens 14 protestantische Gymnasien, dagegen den 3428 katholischen nur 8 katholische höhere Schulen zur Verfügung, so daß bei der zunehmenden konfessionellen Abschließung der Katholiken eine starke Überfüllung der katholischen Anstalten sich ergab, die naturgemäß eine Benachteiligung des Unterrichts zur Folge haben mußte.

Doch auch die Katholiken ihrerseits hielten sich mehrfach von der Vorbereitung für eine von vornherein aussichtslose Laufbahn fern. Vielfach war es das Fehlen von Mitteln, das ihnen ein höheres Studium unmöglich machte; ist doch der Mittelstand, der Stolz der norddeutschen Bevölkerung, unter den schlesischen Katholiken fast gar nicht oder wenigstens recht spärlich vertreten.

Dieser Mangel an geeigneten katholischen Bewerbern um höhere Verwaltungsstellen konnte auch durch katholische Adelsmitglieder nicht behoben werden, da sich diese damals vielfach noch von Staatsgeschäften fernhielten. Von nicht geringem Einfluß auf die Paritätsverhältnisse war auch der Umstand, daß bei der Auswahl der Beamten für die von der polnischsprechenden Bevölkerung bewohnten Teile Schlesiens vor allem germanisatorische Tendenzen maßgebend waren.

So sehen wir, daß erst das Zusammentreffen von Ursachen mannigfachster Art die Paritätsfrage in Schlesien zu so entschiedenem Nachteil der Katholiken ausfallen ließ.

3. Die katholischen Schlesier und die Abgeordnetenwahlen bis zum Jahre 1866

Das Eintreten für die verfassungsmäßig garantierte Gleichberechtigung war der Hauptgrund für die Wahl katholischer Abgeordneten im Jahre 1852, die zur ersten dauernden Parteibildung der Katholiken führte. Jedoch bereits im Revolutionsjahr 1848 wirkten Schlesiens Katholiken in der Wahlbewegung tatkräftig und erfolgreich mit. Auf eine Aufforderung des Schlesischen Kirchenblattes hin erklärten nach einem Aufruf einiger Geistlichen mehr als 50 Gemeinden, zum Teil ganze Pfarochien, sich auf Grund des Wahlprogramms der Kölner Katholiken an den Wahlen zu beteiligen. Auf dieses Programm hin wurden in Schlesien in die Frankfurter Nationalversammlung 8 Klerikale, fast nur Theologen und Juristen, nämlich Professor Kahlert (Leobschütz), Prof. Ambrosch (Ohlau), Alexander von Ballh (Beuthen), Fürstbischof von Diepenbrock (Oppeln), Fürst von Richnowski (Ratibor), Örtel (Habelschwerdt), Prof. Rugen (Frankenstein), R. Walter (Neustadt), und in die Berliner Nationalversammlung eine noch größere Zahl Katholiken, neben Geistlichen nur Bauern, gewählt (Schnabel, F., Der Zusammenschluß des politischen Katho-

lizismus im Jahre 1848, 1910, S. 34). Für die Wahlen zum preussischen Parlament im Jahre 1849 wurde von den Katholiken fast gar nicht agitiert. Die Ergebnisse waren für sie dementsprechend auch ungünstig. Offenbar hatte unter den schlesischen Katholiken eine vollständige Verwirrung Platz gegriffen, so daß einzelne Zweigvereine des „Schlesisch-katholischen Vereins“ entgegen ihren Bestimmungen geschlossen für eine bestimmte Partei stimmten.

Vom Jahre 1852 an nahm die Wahlbewegung unter den schlesischen Katholiken ein entschieden konfessionelles Gepräge an. Die reaktionären Bestrebungen, die sich immer stärker fühlbar machten, ließen sie um ihre Freiheit fürchten. Schon der von Kultusminister von Ladenberg 1850 unternommene Versuch, den bei der Eidesleistung der ein Staatsamt bekleidenden katholischen Geistlichen auf bischöflichen Befehl bisher gemachten Vorbehalt „salvis ecclesiae iuribus“ (unter Vorbehalt der Rechte der Kirche) auszumerzen, erregte in den katholischen Kreisen berechtigtes Aufsehen; stand doch mit diesem Vorgehen eine zeitweilige Amtsentsetzung mehrerer Geistlichen im Zusammenhange, nämlich des Breslauer Universitätsprofessors Bittner, des Oppelner Regierungsrates (späteren Weihbischofs) Bogedain und der Religionslehrer Kühn und Runkel. Auch die anlässlich der Jesuitenmissionen entstandene Fehde zwischen dem Breslauer Domkapitel und der evangelischen Kirchenbehörde, mit der sich sogar Polizeipräsident und Staatsanwalt beschäftigten, trug nicht dazu bei, das katholische Volk zu beruhigen. Vor allem aber ließen die Räumerschen Erlasse, durch welche die Abhaltung von Jesuitenmissionen erschwert und der Besuch des Kollegium Germanikum in Rom ohne vorherige ministerielle Genehmigung mit Verlust des Heimatrechtes bedroht wurde, die offensichtlich gegen die verfassungsmäßig garantierten Grundsätze der Glaubens- und Unterrichtsfreiheit verstießen, in den katholischen Kreisen vollends das Gefühl der Furcht aufkommen, daß die politische Reaktion auch auf das Gebiet der kirchlichen Freiheit übergreifen werde. Als bald darauf sogar das Unterschreiben einer an den König gerichteten, um Aufhebung der Ministerialerlasse bittenden Adresse, solange sie in dem Versammlungslokal des Breslauer Zentralvereins auslag, polizeilich untersagt wurde, da galt es Dr. Wick, die schlesischen Glaubensgenossen zur Wahrung ihrer Interessen bei

der Wahl aufzurufen. Zum erstenmal setzte eine systematische und konsequente Wahlagitatio unter den Katholiken ein, boten doch die staatlichen Maßnahmen eine gute Basis hierfür. Nicht nur in den katholischen Blättern, sondern auch in der „Schlesischen Zeitung“ wurde der Aufruf: „An die katholischen Urwähler Schlesiens“ veröffentlicht, der folgendermaßen schließt: „Die Frage legt als die entscheidende den von Euch zu Wählenden vor: Verpflichten Sie sich, nur einen solchen in die II. Kammer zu wählen, welcher die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Parität, der Artikel 12—18 und 70 der Verfassung aus allen Kräften zu verteidigen sich anheischig macht? Die Antwort bestimme Eure Wahl, welche Ihr auch als redlich gesinnt Euch bekannten Nichtkatholiken nicht versagen möget.“ (Schl. R. 1852, S. 536, 541.)

Der Erfolg blieb nicht aus. Während in Breslau alle verfassungstreuen Elemente sich zur Abwehr der reaktionären Bestrebungen vereinigten und auch die Katholiken, die hier zu schwach waren, um selbständig vorzugehen, den liberalen Kandidaten ihre Stimme gaben, erwarben ihre Glaubensgenossen in der Provinz 14 Sitze, und zwar 9 im Bezirk Oppeln und 5 im Breslauer Bezirk. Von den Gewählten traten 9, darunter 6 oberschlesische Abgeordnete, der neugebildeten „Katholischen Fraktion“ bei, und zwar Graf Ballestrem (Neustadt-Falkenberg), Justizrat Dziuba (Kreuzburg-Rosenberg), Bürgermeister Gorekhy (Oppeln), Gutsbesitzer Reymann (Oppeln), Pfarrer Kranz (Neiße-Grottkau), Kanonikus Ulrich (Kosel-Leobschütz), Oberamtmann Müller (Striegau-Schweidnitz), Freirichter Spittel und Bürgermeister Warnatsch (beide in Neurode-Glag-Habelschwerdt gewählt). Daß der Anschluß dieser 9 Schlesier an die neugegründete Fraktion einzig durch das katholische Bewußtsein veranlaßt wurde, ersehen wir daraus, daß sich in der Folgezeit die politischen Gegensätze unter ihnen nicht ganz überbrücken ließen. Der strengkonservative Graf Ballestrem trat bereits 1853 aus der Fraktion aus. Aber auch einige „linksorientierte“ Schlesier gerieten 1855 durch die Unterstützung eines in der Fraktion vergeblich gestellten Antrages auf Einführung der geistlichen Ehegerichte für ganz Preußen mit dem Gros in Konflikt. (Donner H., Die kath. Fraktion, Diss. 1909, S. 67).

Während der nun folgenden Legislaturperiode wurden die Anträge der Katholischen Fraktion und die kirchenpolitischen Verhand-

lungen in der Kammer durch die katholischen Blätter Schlesiens regelmäßig und gewissenhaft verbreitet. Diese Veröffentlichungen dienten gleichsam als Rechenschaftsberichte, durch welche die Verbindung der Abgeordneten mit ihren Wählern lebendig erhalten wurde. Aus dem Umstande, daß die spezifisch-katholischen Anträge regelmäßig abgelehnt wurden ¹⁾, ergab sich für die Katholiken die Notwendigkeit, bei den Wahlen noch mehr als bisher auf die Konfession der zu Wählenden zu achten. Daher trat auch im Jahre 1855 das Schlesische Kirchenblatt mit allem Eifer für das konfessionelle Moment bei den Wahlen ein. „Wir werden nicht empfehlen,“ schrieb es kurze Zeit vor den Wahlen, „Männer zu wählen, welche die jetzigen Herren Minister systematisch unterstützen; wir werden ebensowenig empfehlen, Männer zu wählen, welche die Herren Minister systematisch angreifen; wir haben nur zu empfehlen, Männer zu wählen, welche die Rechte der katholischen Bevölkerung kennen und offen zu vertreten den Mut haben.“ (Schl. K. 1855, S. 264.) Wiederum finden wir Breslau Katholiken an der Seite der Liberalen, um gemeinsam mit ihnen die Konservativen niederzustimmen, während auf dem platten Lande die wirtschaftlich abhängigen katholischen Wähler zum Teil dem konservativen Element zum Siege verhalfen. Die Zahl der katholischen Abgeordneten Schlesiens stieg auf 19, und zwar wurden 14 im Oppelner und 5 im Breslauer Bezirk gewählt; 12 Abgeordnete schlossen sich der Katholischen Fraktion an, nämlich Ob.=Reg.=Rat Osterrath (Oppeln), Kreisgerichtsrat Reimelt (Neustadt=Falkenberg), Kreisrichter Wolff (Kosel=Leobschütz), Domkapitular Neukirch (Rhynik=Plesch), geistl. Schulrat Barthel (Frankenstein=Münsterberg), die Pfarrer Kühn (Tost=Gleitwitz), Poppe (Katibor), Strauß (Lubliniz=Gr.=Strehlig), Mitschke (Glag=Habelschwerdt) und die 3 auch schon 1852 gewählten Abgeordneten Gorecki, Kranz und Ulrich. Dieses Wahlergebnis befriedigte jedoch das Breslauer Katholikenorgan nicht. Außer der Gleichgültigkeit und dem geringen politischen Interesse der katholischen Wähler

¹⁾ So konnte der Abg. Georg von Vinde, ein Protestant, bei der Ablehnung der die Parität an der Breslauer Universität betreffenden Anträge nicht umhin, die Äußerung zu tun: „Ich bedaure es lebhaft, daß die Anträge dieser Herren (der Kath. Fraktion) selbst dann, wenn ihnen das Recht entschieden zur Seite steht, dennoch die Majorität in diesem Hause nicht finden.“ Schl. K. 1854, S. 107.

machte es vor allem die behördlichen Wahlbeeinflussungen für diesen Wahlausgang verantwortlich. Anerkennende Worte findet es aber für die Wahlthätigkeit des Klerus: „Wir haben auch schon sonst aussprechen hören, daß die Wahlen überall da gut für die katholischen Interessen ausfallen würden, wo die katholischen Geistlichen ihre Schuldigkeit erkennen und tun. Ist dieses richtig, dann drängt es uns vor allem, der katholischen Geistlichkeit im Regierungsbezirk Oppeln unsern Dank und unsere Hochachtung auszusprechen.“ (Schl. R. 1855, S. 535.)

Unter dem Eindrucke des Systemwechsels vollzog sich 1858 die Neuwahl der Abgeordneten. Diese Wahlen, die infolge des Regierungswechsels, des Unterlassens amtlicher Wahlbeeinflussung recht ruhig vor sich gingen und eine völlige Umgestaltung der Parteiverhältnisse zur Folge hatten, brachten nur 8 schlesische Anhänger der Katholischen Fraktion in die Kammer nach Berlin. Zu den wiedergewählten Volksvertretern Osterrath, Kühn, Nitsche und Wolff traten neu hinzu: Ober-Tribunalrat Schüg (Neurode-Glas-Habelschwerdt) und die Geistlichen Rosmeli (Rybnik-Ples), Münzer (Kosel-Leobschütz) und Siz (Neiße-Grottkau). Daß im Ohlauer Wahlkreise der Klerikale Kandidat, dem nur 20 Stimmen zum Siege fehlten, unterlag, wurde der katholischen Geistlichkeit, die z. T. für den protestantischen Laien gestimmt hatte, zugeschrieben. Diese Methode der Hervorhebung der für die Katholiken besonders günstigen oder ungünstigen Wahlverhältnisse, der wir hier zum erstenmal begegnen, gestaltete sich später bis zur Namensnennung der dabei beteiligten Personen aus, so daß bald notgedrungen jeder Geistliche glaubte, hinter den andern Agitatoren bei der Wahlvorbereitung nicht zurückstehen zu dürfen.

Hatten die reaktionären Versuche nach Beseitigung der Verfassung die Katholiken bisher der Linken genähert, so waren es die kirchenfeindlichen Bestrebungen des zur Herrschaft gelangten Liberalismus, die sie nun zu einem Zusammengehen mit den Konservativen veranlaßten. Das Eintreten der Liberalen für die italienische Einheitsbewegung und die kleindeutsche Lösung der Deutschen Frage, ferner für die Zivilehe und die Trennung der Schule von der Kirche hatten eine Kluft zwischen den Katholiken und ihren bisherigen Bundesgenossen geschaffen, die sich nicht mehr überbrücken ließ. Als sich die Neugruppierung der Par-

teien kaum vollzogen und das Zentrum, wie sich die Katholische Fraktion, einem Wunsche der Regierung entgegenkommend, nach den in der Mitte des Abgeordnetenhauses eingenommenen Sitzen jetzt nannte, seine Stellung unter den Begnern der liberalen Politik eingenommen hatte, fing das Schlesische Kirchenblatt schon Anfang 1860 an, auf die künftigen Wahlen hinzuweisen; mußten doch die katholischen Wähler erst mit der Schwenkung ihrer Fraktion vertraut gemacht werden. Kurz rechnete es mit dem Liberalismus ab und begann auf die Verbindung mit den Konservativen vorzubereiten. Die Zeitung bedauert es, daß konservative Männer, wie Verlach, nicht wiedergewählt worden sind, denn „man müßte solche entschiedene Charaktere eher wählen als manchen katholischen Deputierten, der heutzutage noch nicht über die Kapitalfrage, ob rechts, ob links, mit sich einig geworden ist“ (Schl. R. 1860, S. 64). Darum wird auch der Reißer Abgeordnete Allnoch, der, obwohl Katholik, sich der Partei „Schulze-Deitsch“ anschloß, wiederholt als abschreckendes Beispiel in dem Blatte erwähnt.

Der Wahlkampf von 1861 gestaltete sich nun zu einem recht erbitterten. Die Agitation scheint mehr als bei den früheren Wahlen in den Händen der Geistlichen gelegen zu haben, die dadurch, daß die im Jahre 1859 abgehaltene III. Breslauer Diözesan-Konferenz die Frage, ob der schlesische Klerus sich um Landtagsmandate bewerben solle, nach einer „eingehenden, sehr würdevollen und interessanten Besprechung“ bejahte, einen starken Rückhalt erhielt. In rührigem Wettbewerb suchte man in Versammlungen und Aufrufen alle Stände für die klerikale Partei zu interessieren. In großen Mengen wurden Flugschriften, besonders unter das Landvolk verteilt, so daß die Regierung zu Oppeln sich am 18. 11. im Kreisblatt gegen diese von Geistlichen, Lehrern und Dorfschulzen verbreiteten Schriftstücke einzuschreiten veranlaßt fühlte, weil sie „unwahre Behauptungen enthalten, die Ansichten der katholischen Landbevölkerung über einige von der Staatsregierung vorbereiteten Gesetzeswürfe irreführen oder gar den Frieden des Volkes zu stören und die katholische gegen die protestantische Bevölkerung aufzuregen geeignet seien“ (Schl. R. 1861, S. 625). Der Erfolg dieser erbitterten Wahlagitation, bei der sich die Katholiken bereits zur Sprengung von liberalen Wahlversammlungen hinreißen ließen, war befrie-

digend. 10 Katholiken Schlesiens, darunter 5 Geistliche, rückten in die Reihen der Zentrumsfraktion ein. Außer Osterrath, Wolff und Münzer, die wiedergewählt wurden, erhielten Mandate Kreisgerichtsrat Joigis (Oppeln), Staatsanwalt Dr. Kräsig und Rittergutsbesitzer Sieber (beide in Neiße-Grottkau) und die geistlichen Herren Biernagki (Groß-Strehlitz), Strzybný (Katibor), Wanjura (Pleß-Rybník) und Strecke (Neurode-Glaß-Habelschwerdt).

Von einer Agitation von der eben beschriebenen heftigen Art ist auf seiten der Katholiken im Jahre 1862 nichts zu merken. Selbst die Hauptstreitfrage, die des Verfassungskonfliktes, welche zur Wahlparole geworden war, wird in den katholischen Blättern kaum erwähnt. Bei der eifrigen Wahlpropaganda der Linksliberalen ist es nur zu verwundern, daß die schlesischen Klerikalen, die zwei Mandate verloren, demnach mit acht Mitgliedern ins Parlament zurückkehrten²⁾, nicht noch geschwächer aus dem Wahlkampfe hervorgingen. Sicherlich hatten sie diesen noch günstigen Wahlausfall dem Umstande zu verdanken, daß der zur Wahlfrage gewordene Kampf um das Budgetrecht und die Heeresreform der Mehrzahl der Wähler noch unverständlich war und die meisten von ihnen, gewöhnt in geistlichen Angelegenheiten den Rat des Klerus einzuholen, gewiß auch in der Wahlsache deren Rat annahmen.

Schwere Kämpfe standen nach der plötzlichen Auflösung des Abgeordnetenhauses im Jahre 1863 der konfessionellen Zentrumsparthei bevor. Ihre Stellung während des dramatischen Verfassungskonfliktes auf der Seite der Regierung hat ihr den Haß der Linksradikalen zugezogen. In verstärktem Maße setzten daher die publizistischen Organe der schlesischen Katholiken, vor allen die neugegründeten „Breslauer Hausblätter“, angesichts der Wahlen die Bekämpfung der liberalfortschrittlichen Kammerpolitik fort. Die religiösen Motive, von welchen sie sich leiten ließen, waren eben zu stark, als daß sie das „unchristliche“ Vorgehen der kleindeutschen Majorität zu billigen vermocht hätten. Eifrigst empfahlen sie, katholische, charakterfeste Männer zu wählen,

²⁾ Zu den wiedergewählten schlesischen Zentrumsabgeordneten Osterrath, Wolff, Münzer, Biernagki, Strzybný, Wanjura kamen neu hinzu: Graf Renard (Groß-Strehlitz-Dublinitz) und Erzpriester Junke (Kreuzburg-Rosenberg).

die bereit sind, für die Rechte der Kirche und des Landesherrn mutig einzutreten. Es war zu befürchten, daß bei der fieberhaften Tätigkeit der Fortschrittspartei und infolge der Stellungnahme der Zentrumsfraktion im Verfassungskonflikte viele katholische Wähler sich von ihrer Partei abwenden würden. Daher gingen die Katholiken mit den Konservativen ein Kompromiß ein. Elf Klerikale, darunter sechs aus Kompromißwahlen hervorgegangene, traten als Schlesiens Vertreter in die neue Session ein, nämlich Foitzik, Münzer, Osterrath, Graf Renard, Wolff und die zum erstenmal gewählten Abgeordneten Ökonom Albers (Neurode-Glas-Habelschwerdt), Kreisgerichtsrat Engelbrecht (Groß-Strehliß-Publinitz), Oberamtmann Jaensch (Rybnitz-Pleß) und die Pfarrer Mader (Neustadt-Falkenberg), Schnapka (Rybnitz-Pleß), Welgel (Rattibor) (Wendorf S., Die Fraktion des Zentrums (Kath. Fraktion). Diss. 1915, S. 106). Die sechs Kompromißabgeordneten verdankten ihre Wahl hauptsächlich der auf dem flachen Lande noch starken konservativen Partei. Mit ihr gingen sie auch, in der Zentrumsfraktion einen rechten Flügel bildend³⁾, stets zusammen. Wenn wir sie daher außer Betracht lassen und weiterhin bedenken, daß von den übrigen fünf nicht durch Kompromiß errungenen schlesischen Mandaten drei nur solchen Männern zufielen, „die in persönlichem Vertrauensverhältnis mit ihrem Wahlkreis lange schon verbunden waren“⁴⁾, dann merken wir, wie weit die Schwächung bzw. Zerfegung der Zentrumsparlei auch in Schlesien fortgeschritten war.

Daher war das Eintreten der schlesisch-katholischen Blätter für die Wahl von Zentrumskandidaten im Jahre 1866, wo die Katholiken ohne konservative Unterstützung vorgingen, von vornherein aussichtslos. Bot bereits die Haltung der Zentrumsfraktion im Verfassungskonflikt den Gegnern reichlich Agitationsmaterial, so konnte erst recht die von den „Breslauer Hausblättern“ ausgegebene Wahlparole: auf „1) Austrag des schleswig-holsteinischen Konfliktes auf dem Wege des Vergleichs zwischen Preußen und Österreich unter schuldiger Rücksicht auf die anderen deutschen Bundesstaaten und 2) Förderung der deutschen Reform

³⁾ Nach Wendorf S. a. a. O. S. 106 gehörten ihm an: Engelbrecht, Foitzik, Jaensch, Graf Renard, Schnapka und Welgel.

⁴⁾ So vertraten Osterrath und Wolff seit den Wahlen von 1855, Münzer seit 1858 ununterbrochen dieselben Wahlkreise.

und Einigungsfrage im Wege der Vereinbarung unter den deutschen Regierungen und Staaten, aber entschiedenste Abweisung jeder revolutionären Vergewaltigung zu diesem Zwecke (Br. H. 1866, S. 326), angesichts der herrlichen Siege in Böhmen und der sich anbahnenden kleindeutschen Lösung der Deutschen Frage auf keinen großen Anklang rechnen. Zum erstenmal griff auch der Breslauer Fürstbischof in die Wahlpropaganda ein. In einem vom 12. Juni 1866 datierten Erlaß an den Diözesanklerus wurde zunächst der Wunsch geäußert, die Geistlichen möchten wegen der Nachteile, welche durch ihre mit einer Mandatsübernahme verbundene lange Abwesenheit der Seelsorge erwachsen, sich nicht mehr um eine Wahlkandidatur bemühen. Diese bischöfliche Anordnung und die Katholikenhege, die als Folge der stets bekundeten großdeutschen Gesinnung der katholischen Presse losgebrochen war, ließen die Befürchtung aufkommen, die Geistlichkeit werde sich nun von der Wahlthätigkeit völlig fernhalten. Daher wies sie Fürstbischof Dr. Förster in dem Pastorale vom 21. Juni auf ihre staatsbürgerlichen Pflichten hin mit den Worten: „... Eben jetzt tut es mehr Not als je, daß Ihr nicht nur die Pflichten Eures heiligen Amtes als Seelsorger, sondern auch Eure Obliegenheiten als Staatsbürger mit strengster Gewissenhaftigkeit erfüllt... Für solches Wirken, Ehrwürdige Brüder, ist Euch ein reiches Feld bei den bevorstehenden Wahlen geöffnet, wenn Ihr mit Ruhe, Besonnenheit und Umsicht und fern von jedem Parteitreiben und aller Machinationen offen und ehrlich Euren Einfluß darauf richtet, daß sich das Vertrauen der Wähler nur solchen Männern zuwende, an deren Sittlichkeit, Glaubenstreue und Vaterlandsliebe kein Makel haftet, die mit einem versöhnlichen Sinne einen festen selbständigen Willen verbinden...“ (Br. H. 1866, S. 399).

Doch aller Eifer war vergebens. Als am Tage der Schlacht von Königgrätz auch die Entscheidung im Wahlkampfe fiel, da vermochten die Katholiken Schlesiens ihrer auf 15 Mitglieder zusammengeschmolzenen Zentrumsfraktion kein Mitglied mehr zu stellen⁵⁾.

Suchen wir, nachdem uns die bisherige Untersuchung in diesem Kapitel mit der Tendenz, den angewandten Mitteln und

⁵⁾ Der infolge seines wirtschaftlichen Übergewichts wiedergewählte Graf Renard trat dem Zentrum nicht mehr bei.

den Ergebnissen der Wahlthätigkeit der schlesischen Katholiken vertraut gemacht hat, nun den Stand der politischen Entwicklung der katholischen Wahlberechtigten festzustellen, soweit dies mit Hilfe statistischer Angaben über das Maß der relativen Wahlbeteiligung möglich ist!

Beteiligung der Schlesier an den Wahlen in das Abgeordnetenhaus⁶⁾.

Regierungsbezirk	Prozentverhältnis der Zahl der Teilnehmer zur Zahl aller Wahlberechtigten													
	Teilnehmer an den Urwahlen der I. Abteilung							Teilnehmer an den Urwahlen der II. Abteilung						
	1849	55	58	61	62	63	66	1849	55	58	61	62	63	66
Breslau	67	47	59	60	59	63	60	58	32	43	45	44	47	46
Oppeln	63	46	57	59	59	51	53	54	34	48	48	48	40	41
Liegnitz	72	48	52	61	58	58	62	65	34	43	46	44	44	50

Regierungsbezirk	Prozentverhältnis der Zahl der Teilnehmer zur Zahl aller Wahlberechtigten													
	Teilnehmer an den Urwahlen der III. Abteilung							Gesamtzahl der Teilnehmer an den Urwahlen						
	1849	55	58	61	62	63	66	1849	55	58	61	62	63	66
Breslau	38,6	15,6	21,2	23,3	29,5	28,8	26,0	41,9	18,9	25,7	27,3	32,5	32,2	29,6
Oppeln	33,4	16,0	24,6	25,4	27,3	19,9	22,4	38,3	21,2	30,2	31,1	32,5	24,8	27,1
Liegnitz	44,6	16,2	22,6	23,4	25,5	25,3	27,6	46,7	20,2	26,9	28,2	29,5	29,1	31,8

Vergleicht man in den beiden tabellarischen Übersichten die für den Oppelner Bezirk angeführten Prozentsätze mit denen der übrigen schlesischen Wahlbezirke, so fällt deutlich ein in bezug auf den Grad der Wahlbeteiligung zwischen Oberschlesien und den beiden anderen Teilen der Provinz bestehender Unterschied auf. Aus den Tabellen geht zunächst hervor, daß im Jahre 1849 im Regierungsbezirk Oppeln die Teilnahme an den Wahlen in allen Abteilungen nicht die Höhe aufwies, die sie in Mittel- und Niederschlesien erreichte. Ebenfalls nahm Oberschlesien, wiederum

⁶⁾ Zusammengestellt nach den Angaben in der „Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Büros“, II. Jahrg. 1862, Nr. 4/5, S. 112; V. Jahrg. 1865, Nr. 3, S. 46 ff. und 58 ff.; VII. Jahrg. 1867, Nr. 7, 8, 9, S. 236 ff. — Für die Wahl von 1852 fehlen statistische Unterlagen.

in allen drei Klassen, an dem gewaltigen Rückgang in der Wahlbeteiligung im Jahre 1855 nicht in dem Maße teil, wie die anderen schlesischen Wahlbezirke. Den dadurch gewonnenen Vorsprung in der relativen Teilnehmerzahl behielten die oberschlesischen Wahlberechtigten der 2. und 3. Abteilung bis zu den Wahlen von 1862 bei. Während aber der Breslauer und Liegnitzer Bezirk ihren im Jahre 1862 erreichten Stand auch bei den nächsten Wahlen im allgemeinen behaupteten, war 1863 im Regierungsbezirk Oppeln dagegen eine auffallende Abnahme der relativen Wählerzahl zu verzeichnen, die im Jahre 1866 nur zu einem geringen Teile wieder ausgeglichen wurde.

Wie ist nun die unterschiedliche Stellung zu erklären, die Oberschlesien unter den drei Wahlbezirken der Provinz bezüglich der Wahlbeteiligung in dieser Zeit einnahm?

Bestimmend auf die Teilnahme an den Wahlen wirkt das politische Interesse der Wahlberechtigten. Dieses aber wird durch mancherlei Umstände, z. B. durch einen niedrigen Kulturzustand, durch drückende Not der Bevölkerung, durch die mit dem Zerstreutwohnen verbundenen Nachteile u. a. m., wesentlich herabgemindert. Die hohe Steuern zahlenden Bürger übten damals unstreitig eifriger ihre politischen Rechte aus als die unbemittelten Landeshewohner. Oft mag der armen, von den Stätten der Bildung entfernt wohnenden und politisch ungeschulten Bevölkerung, die erst zum Zwecke der Wahlrechtsausübung weite Strecken zurücklegen mußte, das Versäumen der Tagesarbeit als ein größerer Nachteil als das Fernbleiben von der Wahl erschienen sein. Wenn nun im Regierungsbezirk Oppeln trotz der gerade hier herrschenden, das Maß der Wahlbeteiligung herabdrückenden Verhältnisse die relative Wahlteilnahme die der anderen schlesischen Bezirke überstieg, dann kann der Grund hierfür nur in dem von den übrigen Schlesiern verschiedenen religiösen Bekenntnisse der oberschlesischen Bevölkerung gelegen haben. Schon daraus, daß gerade die 3. Abteilung einen höheren Grad der Beteiligung aufwies, läßt sich schließen, daß die Konfession der Wähler auf die eifrigere Ausübung des Wahlrechtes von Einfluß war.

Die verhältnismäßig schwache Wahlbeteiligung der Oberschlesier im Jahre 1849 wurde hauptsächlich bedingt durch den tiefen Stand ihrer politischen Bildung. Die auffallende Verminderung

der Wahlteilnahme in allen schlesischen Bezirken im Jahre 1855 war eine im ganzen preussischen Staate als eine Folge der reaktionären Einwirkungen sich äussernde Erscheinung. Daß aber im Bezirk Oppeln der Rückgang der Wahlbeteiligung verhältnismäßig beschränkt blieb, war ein Erfolg der hier bereits mächtig auflebenden katholischen Agitation. Die öftere Wiederholung der allgemeinen Wahlen und die damit verbundene Erörterung der hierher einschlägigen Fragen in der Tagespresse schärften naturgemäß den Sinn für die Bedeutung dieses Vorrechtes, was sich praktisch in der Hebung der Teilnehmerziffern bei den Wahlen in allen Bezirken zeigte. Daß aber der Oppelner Bezirk den relativ höchsten Grad der Wahlbeteiligung in Schlesien bis zum Jahre 1862 aufwies, ist ein Beweis für den mächtigen Einfluß, den die katholische Weltanschauung selbst auf diesem Gebiete auszuüben vermag. Desto auffallender ist der plötzliche Rückgang der Wahlbeteiligung in allen drei Klassen in Oberschlesien im Jahre 1863. Man geht nicht fehl, wenn man der „moralischen Orientierung“ in der Politik die Schuld für diese Erscheinung beimißt. „Die Religion Christi anerkennt,“ wie die Br. H. 1863, S. 522, schrieben, „jede Regierungsform . . . Man kann nicht behaupten, daß die eine oder andere Staatsform durchaus schlecht sei; selbst der gemäßigte Despotismus oder die absolute Herrschaft eines einzelnen ist unter Umständen notwendig, für die Heranbildung eines Volkes heilsam und an und für sich auch nicht unsittlich, wenn nur rechtliche und sittliche Mittel gebraucht werden.“ So sehen wir, daß die katholische Weltanschauung die Frage nach der Form des Staates offen läßt. Wie sie keine Entscheidung darüber fällt, ob die monarchische oder republikanische Regierungsform vorzuziehen sei, so nahm sie auch keine Stellung zu der Frage, ob der von der fortschrittlichen Kammermehrheit nach 1862 unternommene Versuch, auf friedlichem Wege in Preußen das parlamentarische Regierungssystem einzuführen, gebilligt werden sollte oder nicht. Als nun gerade diese Frage zur Wahlparole erhoben wurde, mußten unter den politisch ungeschulten schlesischen Katholiken angesichts der gewaltigen Propaganda der liberal-fortschrittlichen Parteien Gegensätze zutage treten; denn wenn auch die Katholiken in kirchlicher Hinsicht ein gemeinsames Ziel verfolgten, so war unter ihnen in außerkirchlichen Fragen noch kein taktisches Zusammengehen zu verzeichnen.

So mag eine gewisse Katlosigkeit die katholischen Schlesier beherrscht haben. Während sich ein großer Teil der Wahlberechtigten 1863 der Ausübung des Wahlrechtes enthielt ⁷⁾, wandte sich eine nicht geringe Zahl anderen Parteien zu. Die Br. J. (1863, S. 521) klagten daher, „daß selbst die Katholiken, welche doch unverbrüchlich geltende Grundsätze in der geoffenbarten Religion besitzen, sich nicht mehr überall zurechtfinden und in sich politisch gespalten, ganz verschiedene Wege gehen“. Aus dieser Notlage heraus gingen die Katholikenführer mit den ebenfalls schwer ringenden Konservativen das bereits erwähnte Kompromiß für die Wahlen von 1863 ein. Der katholischen Stimmen nicht mehr sicher, suchte Dr. Wick in der Folgezeit die schlesischen Katholiken wenigstens vor dem Abschwanken in das gegnerische Lager abzuhalten, indem er ihnen mahnend zurief: „Gar nicht stimmen ist schließlich noch besser, als gegen das Gewissen seine Stimme abzugeben; das eine kann zuzeiten ohne Sünde geschehen, das andere niemals.“ (Br. J. 1864, S. 790.) Doch es war umsonst. Trotz der stärkeren Wahlbeteiligung im Jahre 1866 ist doch kein Zentrumsabgeordneter in Schlesien mehr gewählt worden. Der Verfassungskonflikt hat die Fraktion ihren Wählern entfremdet ⁸⁾. Auch mag der Umstand, daß dazumal die politische Überzeugung im Leben des einzelnen mehr als heute von mate-

7) Daß 1863 die Wahlbeteiligung im Regierungsbezirk Oppeln besonders gering war, beweist auch — namentlich im Vergleich mit der gewaltigen Wahlbeteiligung in der Provinz Posen —, daß die Revolution in Russisch-Polen nicht den mindesten Einfluß auf die Oberschlesier ausübte. Eine polnisch-nationale Bewegung fehlte hier völlig.

8) Wie die Zahl der schlesischen Zentrumsvertreter, wenn man von den 1863 gewählten sechs Kompromißabgeordneten abzieht, von dem Zeitpunkt an, wo alles Interesse sich der verfassungspolitischen Streitfrage zuwandte, stetig abnahm, zeigt folgende Übersicht:

Zahl der Abgeordneten, die sich der „Kath.“ bzw. „Zentr.“Fraktion anschlossen:

Regierungsbezirk	1852	55	58	61	62	63	66
Oppeln	6	10	6	9	8	4 (+6)	—
Breslau	3	2	2	1	—	1	—
Gesamtzahl:	9	12	8	10	8	5 (+6)	—
Darunter waren Geistliche:	2	8	5	5	5	2 (+2)	—

riellen Rücksichten beherrscht wurde, gerade in den katholischen Seilen Schlesiens eine besondere Rolle gespielt haben. Der kleine, abhängige Landmann, welcher der Tragweite des Wahlaktes sich noch nicht recht bewußt war, stimmte unter dem Einfluß seines Gutsheeren in dessen Sinne, um sich vor materiellem Schaden zu schützen.

Noch war die Zeit nicht gekommen, wo arme Hüttenarbeiter zugunsten ihrer Grundsätze und nicht zugunsten ihres Brotes Wahlstimmen abgaben und die parlamentarische Stellung der Katholiken verstärken halfen.

4. Die großdeutsche Färbung der katholischen Blätter Schlesiens und die Katholikenhege von 1866

Als im Jahre 1848 in Frankfurt die Frage nach der politischen Einigung Deutschlands zur Sprache kam und die Gemüter aller Deutschen stark erregte, da zeigte es sich, daß auch in Schlesien, trotz der langen Zugehörigkeit zum preussischen Staate, die Sympathien für Österreich nicht ganz erloschen waren. Rückhaltlos stellten sich Schlesiens katholische Blätter auf die großdeutsche Seite. So schrieb das „Schlesische Kirchenblatt“ anläßlich des Welferschen Antrages im Jahre 1849: „Uns will es durchaus nicht als ‚überalpische‘ Verblendung erscheinen, wenn der katholische Preuze, belehrt durch die unliebsamen Erfahrungen früherer Jahre, eingedenk unserer berühmten papiernen Parität, sich erst ein wenig besinnt, ehe er sein verhängnisvolles ‚Ja‘ abgibt für die Schöpfung einer zweiten ähnlichen Parität, die ganz Deutschland umfassen würde. . . . Andererseits will es uns sogar als eine Anmaßung bedünken, Deutschland ein protestantisches Oberhaupt oktroyieren zu wollen, während die Mehrzahl seiner Bewohner Römlinge sind. Soll allein die katholische Majorität keine Berücksichtigung verdienen, da ja doch sonst die absolute Mehrheit immer maßgebend ist? . . . Rund heraus kann der Katholik bekennen, daß er nichts einzutenden haben würde gegen die Erhebung der österreichischen Dynastie auf den Kaiserthron des Reiches, ohne fürchten zu müssen, daß der billig Urteilende ihn darob tadeln werde. Außer der Konfession spricht für das Haus Habsburg auch das historische Moment“ (Schl. K. 1849, S. 171). Auch in der Folgezeit, besonders während der

Leitung des ehemaligen Jesuitenzöglings Dr. Lorinser, bekannte sich das Blatt unumwunden zu dem großdeutschen Gedanken. Nicht in einzelnen Artikeln, nicht in zufälligen Äußerungen einiger Korrespondenten bewies es das Interesse für ein katholisches Kaisertum; vielmehr war die österreichfreundliche Gesinnung der Zeitung aus ihrer gesamten Haltung ersichtlich. Vor allem haftete den der Feder Lorinsers entstammenden Artikeln eine antipreußische Färbung an; dagegen zeichneten sich die von Dr. Wick verfaßten „Kirchlichen Umschauen“ durch mannhaften preußischen Patriotismus aus. Jedoch auch er gelangte aus der scharfen Vertretung der katholischen Interessen heraus im Jahre 1859, als die italienische Einheitsbewegung die Frage nach der politischen Neugestaltung Deutschlands kräftig hervortreten ließ, zu einer großdeutschen Stellungnahme. Seine österreichischen Sympathien verleugnete er auch in den 1863 von ihm begründeten „Breslauer Hausblättern“ nicht, sondern trat, je mehr die Verhältnisse zu einer Lösung der Deutschen Frage drängten, desto eindrucksvoller für eine österreichische Hegemonie im Deutschen Reiche ein.

Es wäre jedoch verfehlt, das Großdeutschtum der katholischen Schlesier mit dem ihrer west- und süddeutschen Glaubensgenossen auf dieselbe Stufe zu stellen. „Von Natur aus ruhiger, dachten die Schlesier nüchterner und nahmen trotz ihrer österreichischen Zuneigung eine von Übertreibung freie Haltung in der Deutschen Frage ein.“ So hat das Übergewicht der Schlesier auf der II. allgemeinen Katholikenversammlung Deutschlands in Breslau 1849 es vermocht, die Kölner Bestrebungen nach Behandlung politischer Fragen in den katholischen Vereinen, die damals gleichbedeutend waren mit dem Eintreten für die großdeutsche Sache seitens der Vereine, zu Falle zu bringen. Blinde Anhänger der Donaumonarchie mit ausgesprochen antipreußischem Charakter sind in Schlesiens wohl gar nicht vertreten gewesen. Es ist auch eine schiefe Auffassung, die Breslauer Fürstbischöfe wegen ihrer Doppelstellung in Preußen und Österreich etwaigen von letzterer Seite aus auf sie geübten Einwirkungen für zugänglich zu betrachten. Einen Melchior von Diepenbrock, der bis zu seinem Tode seinem protestantischen Könige treue Freundschaft zu halten imstande war, wird man ob seiner großdeutschen Haltung, die er durch die Beglückwünschung Friedrich Wilhelms IV. anlässlich des Olmüher

Vertrages bewies, deshalb nicht antipreußischer Gesinnung bezichtigen dürfen. Wiederholt haben einzelne Handlungen der preußischen Regierung wohlwollende Beurteilung, die Verdienste der Hohenzollern um die katholische Kirche rückhaltlose Anerkennung seitens der katholischen Blätter in Schlesien gefunden. (Vgl. Schl. R. 1855, S. 533.) Und gerade die katholischen Zeitungen waren es, welche während des Verfassungskonfliktes, als fast die ganze schlesische Presse gegen Bismarcks resoluten Vorgehen Partei nahm, die Rechte der Krone verteidigten. Sogar einen Verfechter des kleindeutschen Gedankens wies der schlesische Katholizismus auf. In seiner recht eindrucksvollen Schrift: „Die katholischen Interessen und die Deutsche Frage in Preußen,“ Breslau 1849, trat der Breslauer fürstbischöfliche Kanzleirat Rintel warm für Preußens Vorherrschaft in Deutschland ein. Ja, selbst der von antipreußischer Gesinnung nicht ganz freizusprechende Dr. Lorinser glaubte die übertrieben großdeutsche Politik der katholischen Presse West- und Süddeutschlands nicht billigen zu können und wandte sich scharf gegen die Zeitungen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, „der österreichischen Politik um jeden Preis das Wort zu reden und die preußische bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu verdächtigen und anzugreifen“, da er „aus guten Gründen die österreichischen Zustände in sehr vieler Hinsicht für faul“ hielt, und der Überzeugung war, „daß die katholische Kirche in Preußen, mit den Zuständen anderer Länder verglichen, in sehr vieler Beziehung Ursache hat, sich Glück zu wünschen“ (Schl. R. 1857, S. 615). Wenn auch Rintels Schrift in Schlesien keinen großen Einfluß auszuüben vermochte, wenn auch Lorinsers Artikel in einem gewissen Grade taktischer Notwendigkeit entsprungen sein soll¹⁾, so zeugen doch, angesichts der begeisterten großdeutschen Haltung der meisten deutschen Katholiken, die Publikationen dieser beiden einflussreichen Schlesiener dafür, daß im schlesischen Katholizismus, offenbar durch die lange Zugehörigkeit zum preußischen Staate, eine gerechtere Würdigung der „protestantischen Ziele“ Preußens anzutreffen war.

¹⁾ Müller, Leonhard, Die Publizistik . . . Bd. I, S. 37, ist der Ansicht, daß Lorinser deshalb gegen die großdeutsche Katholikenpresse vorging, um den „Groll des Polizeipräsidenten“, den er sich infolge der völligen Ignorierung des Geburtstages des Königs in dem „Schl. R.“ zugezogen hatte, zu beschwichtigen.

Im übrigen waren es konfessionelle Erwägungen, welche die Stellungnahme der Katholiken für Österreich veranlaßten. Die gerade in Schlesien so ausgeprägte Disparität mußte in der katholischen Bevölkerung dieser Provinz die Furcht vor einer noch stärkeren Berücksichtigung der protestantischen Religionsgesellschaft in einem Kleindeutschland, in dem der Protestantismus das zahlenmäßige Übergewicht erlangen würde, aufkommen lassen. Dazu faßte man auf katholischer Seite das Eintreten der kleindeutschen Parteien im preußischen Parlament für die „Befreiung der Ehe und Schule vom Einfluß kirchlicher Meinungen“ sowie für die mit der Revolution verbündeten italienischen Einheitsbestrebungen als einen Kampf gegen ihre Kirche auf. „Das kleindeutsche Philisterium,“ schrieb das „Schlesische Kirchenblatt“ 1861, S. 458, „hat einen antikirchlichen Hintergrund und Beigeschmack und insofern ist es für uns Katholiken Pflicht, ihm zu widerstehen.“ Schließlich war man sich immer mehr dessen bewußt, daß ein Kleindeutschland mit preußischer Spitze nur „durch Blut und Eisen“ zu erreichen sei, und vor diesem „unseligen Bruderkriege“, dessen Leiden und Lasten vor allem die Schlesier würden fühlen müssen, von dem man auch starke konfessionelle Erbitterung befürchtete, schreckte man zurück.

Doch nur die dünne Oberschicht der katholischen Bevölkerung Schlesiens gehörte bewußt der großdeutschen Richtung an. In der breiten Volksmasse war eine feste Stellungnahme in der Deutschen Frage auf welche man sich hätte stützen können, nicht vorhanden. In diesen der Kirche treu ergebenden Kreisen hatte eine, weniger in durchdachten Urteilen wurzelnde als vielmehr nur gefühlsmäßige Parteinahme für ein katholisches Kaiserreich, in welchem eine stärkere Berücksichtigung der kirchlichen Interessen zu erwarten war, sich entwickelt. Doch diese war nicht von Dauer. Da der tiefere Grund des großdeutsch-kleindeutschen Gegensatzes der Masse nicht einleuchtete, schwenkte ein großer Teil der schlesischen Katholiken während des Verfassungskonfliktes, wie es die Wahlergebnisse beweisen, in das liberal-kleindeutsche Lager über. Bereits 1861 klagte das „Schlesische Kirchenblatt“, S. 459, daß es sich „nicht mehr auf alle verlassen könne, die katholisch sind“, und sprach von „solchen Katholiken, welche bei den Interessen Deutschlands nicht mehr an die Interessen der Weltkirche zu denken scheinen, welche doch sicher die Interessen des katholischen Deutschlands sind“.

Trotzdem ließen sich die „Breslauer Hausblätter“ von ihrer einmal eingeschlagenen großdeutschen Richtung nicht abhalten. Je offener sich Preußens Streben nach der Führung in Deutschland offenbarte, je näher die nur auf gewaltsame Weise mögliche Lösung der Deutschen Frage heranrückte, desto schärfer griff die katholische Presse Schlesiens die Gewaltpolitik Bismarcks an. Als aber eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich unvermeidlich geworden war, da stellte sich Dr. Wied sofort rückhaltlos auf Preußens Seite und wahrte von nun an eine patriotische Haltung, die auch dem Gegner Achtung oönotigte. „Sobald der Krieg wirklich beginnt,“ so heißt es in seiner Parole für die Katholiken vom 16. Juni 1866, die auch in anderen katholischen Blättern Aufnahme gefunden hatte, „hört von selbst jede Diskussion auf, welche nur geboten war, solange noch Hoffnung auf friedliche Austragung des Streites vorhanden. Jeder Untertan, welches auch immer seine Ansicht von den Ursachen des Krieges, hat dann ferner nur den Gesichtspunkt im Auge zu behalten, wie er seiner Gewissens- und vaterländischen Pflicht im ganzen Sinne genüge. Alle Anreizungen gegen die im Befehl Gottes begründete Untertanenpflicht müssen entschieden zurückgewiesen werden. Der katholische Soldat auf dem Schlachtfelde, wie der katholische Bürger im Staate, dürfen es an sich nicht fehlen lassen, Gott zu geben, was Gottes, und dem König, was des Königs. Desertion wie Verrat bestrafen mit gleicher Schande und Mafel.“ (Br. H. 1866, Nr. 48, 45.)

Doch zu spät trat diese Umkehr in der Haltung der katholischen Presse Schlesiens ein; denn schon hatte in den akatholischen Blättern ein Lügenfeldzug begonnen, der dem Waffengange den Stempel eines Religionskrieges aufzudrücken bestrebt war. „Viel-fache Anzeichen deuten darauf hin,“ schrieb damals die Kreuzzeitung, „daß ein Religionskrieg im Anzuge, vielleicht ebenso blutig, als vor 200 Jahren der Dreißigjährige Krieg war.“ In höchst ungerechtfertigter Weise wurde die politische Zuverlässigkeit der schlesischen Katholiken verdächtigt. Und so brach auch bald, zunächst in der Diaspora der Breslauer Diözese, vor allem in Brandenburg, eine Heze gegen die „österreichisch gesinnten“ Katholiken los, die sich schnell auch nach Schlesien fortpflanzte. Bald war ein Verleumdungsnetz fast über die ganze Provinz gespannt. Wenn es auch hier nicht zu Sätlichkeiten gekommen ist, wie an

mehreren Orten Brandenburgs, so hatten die schlesischen Katholiken doch unter Beschuldigungen gröbster Art zu leiden. Die unwahrscheinlichsten Gerüchte wurden verbreitet. Bis an den Hof von Berlin reichten die Fäden der schlesischen Denunzianten. Ein „mit offener Legitimation versehener“ Berliner Abgesandter hatte die Aufgabe, Schlesien, vor allem die Grafschaft Glatz, zu bereisen, um zu erkunden, wie weit die Gerüchte über österreichische Propaganda seitens der katholischen Geistlichkeit auf Wahrheit beruhen. Die über die Katholiken verbreiteten volksverheerenden Nachrichten vershulden ihre Wirkung nicht. Man schreckte selbst vor Belästigung des Fürstbischofs nicht zurück. Nicht nur gelangten eine Menge Schmähbriefe, einzelne mit Todesdrohung, an ihn, sondern er wurde sogar auf offener Straße von einem Weibe „mit den gemeinsten Schimpfworten insultiert“. Die Bewegung nahm schließlich solche Dimensionen an, daß sich die Breslauer Provinzialregierung und mehrere Landräte veranlaßt fühlten, auf Einstellung der Heterereien gegen die katholische Bevölkerung hinzuwirken (Br. H. 1866, S. 422, 463).

Es ist daher durchaus verständlich, wenn unter den schlesischen Katholiken, die durch diese traurigen Vorkommnisse und die immer noch nicht gemilderte Disparität mißtrauisch gemacht wurden, nach dem Kriege der Gedanke erwachte, sich nun politisch zu organisieren, um, wenn es notwendig werden sollte, ihre Rechtsstellung geschlossen zu verteidigen.

5. Die Organisation und Ultramontanisierung der katholischen Massen in Schlesien

Für das Gedeihen einer die gesamten Katholiken Schlesiens umfassenden politischen Organisation war der Boden bereits gut vorbereitet. Die frische kirchliche Stimmung, die bald nach jenem Tiefstand der Jahrhundertwende sich der von der Romantik beeinflussten gebildeten Kreise bemächtigt hatte, ergriff nach und nach auch das Volk. Seiner religiösen Bedürfnisse nahmen sich, nachdem 1848 die staatlichen Schranken gefallen waren, zwei Faktoren mit besonders großem Eifer an. Es waren dies die kirchlichen Orden und der niedere Klerus, die in der Lehre bzw. in der Lebensweise der Menge am nächsten standen. In rühriger Wechselwirkung entfalteten diese bald eine für die Ent-

wicklung des Katholizismus sehr vorteilhafte Tätigkeit. Zur Belebung des katholischen Sinnes trugen vor allem die durch die Jesuiten, Redemptoristen und wohl auch durch Franziskaner abgehaltenen Volksmissionen bei. In der Zeit von 1851 bis 65 wurden in Schlesien 54 Missionen allein durch Jesuiten abgehalten (Bernh. Duhr, S. J., *Urkunden zur Geschichte der Jesuiten-Missionen*, 1903, S. 82). Die hierdurch erzeugte religiöse Erneuerung bildete die Grundlage für die gleichzeitig einsetzende Organisationsfähigkeit des katholischen Klerus. Nirgendwo ist eine feinere Anpassungsfähigkeit an die allgemeinen Zeitverhältnisse und eine bessere Ausnutzung der modernen Bewegungsfreiheit anzutreffen, als in den katholischen Organisationen.

Aus dem kirchenpolitischen Breslauer Zentralverein, dem Urstamm aller späteren katholischen Vereine Schlesiens, ging zunächst der bereits Anfang November 1848 eingeführte St. Vinzenzverein hervor, dessen Zweck im allgemeinen materielle Unterstützung und sittlich religiöse Hebung des Volkes ist. Dazu trat 1851 der Bonifatiusverein, der sich zur Aufgabe stellt, die kirchlich bedrängten Glaubensgenossen in der Diaspora durch Geldmittel zu unterstützen, um ihnen die Erhaltung ihrer Kirchen und Schulen zu ermöglichen. Hierzu gesellte sich im Februar 1851 der zunächst in Goldberg ins Leben gerufene Borromäusverein zur Verbreitung guter und wohlfeiler katholischer Schriften und Gründung von Volksbibliotheken. Doch man setzte es sich zum Ziel, möglichst viele Stände, jedes Alter und Geschlecht durch Vereine zu erfassen. Neben dem im Dezember 1851 in Schlesien eingeführten Gesellenverein entstand als ein besonderer Zweig des Vinzenzvereines im Jahre 1855 der Lehrlingsverein. Das weibliche Geschlecht organisierte man außer in besonderen Frauenkonferenzen des Vereins vom hl. Vinzenz, einer speziell schlesischen Einrichtung, die zur Trennung vom Pariser Generalvorstand führte, bereits im Dezember 1848 in den Frauenvereinen unter dem Namen St. Hedwigsverein, aus dem später die mit der Pflege verwahrloster Kinder sich beschäftigende Kongregation der Hedwigschwestern hervorging. Weibliche Dienstboten und ihre Herrschaften schlossen sich zu dem 1855 in Breslau konstituierten „Verein zur sittlichen Hebung weiblicher Dienstboten“ zusammen. Zu der Organisation der katholischen studierenden Jugend der Breslauer Universität, die schon 1849 zu einem „Leseverein“

zusammentrat, aus dem im Jahre 1855 die Studentenverbindung „Winfridia“ hervorging, gesellte sich die der katholischen Ritterschaft, die im „Verein schlesischer Malteser“ sich ein Gemeinwesen schuf¹⁾. Schon suchte seit 1855 der „Priesterverein zur Dotierung deutscher Mission“ durch seine Opferspenden die Missionsstationen in ihrem Bestande zu sichern; schon hat der ebenfalls Missionszwecken dienende Franz-Xaververein in den Gemeinden tiefe Wurzeln gefaßt; ja, selbst „die Kinder beeiferten sich im Kindheit-Jesu-Verein durch Gebet und kleine Spenden Seelen für den Himmel zu erwerben“. Und neben all diesen Vereinen wurde eine Menge geistlicher Kongregationen und Bruderschaften für die verschiedensten Stände gegründet. Selbst der in Oberschlesien weit verbreitete Mähigkeitsverein, der bisher enge konfessionelle Grenzen nicht gekannt hatte, wurde 1851 in die Form einer kirchlichen Bruderschaft zusammengefaßt. Es gab schließlich „keine katholische Pfarrkirche, bei der nicht wenigstens eine Bruderschaft bestünde, kein zu seiner Kirche haltender Katholik, der nicht, oft von Jugend an, mindestens einer Bruderschaft angehörte“²⁾.

So wurden in rührigem Wettbewerb alle Kräfte dem Aufbau der katholischen Kirche Schlesiens dienstbar gemacht. Die Erfolge blieben auch nicht aus. Schon 1851 zeichnete Fürstbischof von Diepenbrock in seinem auch an den befreundeten König gesandten Hirtenbrief vom 1. Adventsonntag in hellen Farben das frische Leben, das Missions- und Vereinstätigkeit in seiner Diözese geschaffen haben. Im Jahre 1860 vermochte das „Schlesische Kirchenblatt“, S. 1, zu berichten: „Das katholische Volk Schlesiens ist nicht zurückgeblieben, wo es galt, kirchlichen Sinn durch lebendiges Bekenntnis und Opfer zu offenbaren. Zahllose Kirchen, Schulen, Wohltätigkeits-Anstalten, Bruderschaften und Vereine geben davon Zeugnis. Das Vereinswesen entwickelt sich immer schöner und segensreicher in der mannigfachsten Gestalt, und es bedarf meist nur einer geringen Anregung, um recht Großes zu schaffen.“ Und in der Tat nahmen die schlesischen

¹⁾ Der schlesische Malteserorden erhielt 1867 die Rechte einer juristischen Person, nachdem er sich bereits auf den Kriegsschauplätzen von 1864 und 1866 betätigt hatte.

²⁾ Lamprecht, R., „Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart“, 1913, Bd. II, S. 90.

Vereine einen bedeutenden Aufschwung und leisteten viel Gutes. So wies der nach der Trennung von Paris zur schlesischen Erzbruderschaft erhobene Vinzenzverein in den Jahren 1857 bzw. 1866 folgenden Stand auf³⁾:

Im Jahre	Zahl der Konferenzen	Mitgliederzahl		In Reichstalern:		Zahl der unterstützten		
		tätige M.	Ehren-M.	Einnahmen	Ausgaben	Familien	Waisen	Lehrlinge
1857	53	1339	2655	14663	13519	1588	534	80
1866	109	3221	5082	30150	29411	3029	435	236

Aber auch die anderen schlesischen Unterstützungsvereine standen an Opferwilligkeit dem Vinzenzverein nicht nach. So spendeten⁴⁾:

der	in der Zeit von	Reichstaler
Priester-Verein	1855—67	10 726
Kindheit-Jesu-Verein	1851—67	45 722
Bonifatius-Verein	1850—67	80 914
Franz-Xaver-Verein	1835—67	131 481
Michaelis-Verein	1860—67	170 000

Nicht minder große Fortschritte hatten auch die übrigen katholischen Vereine in Schlesien aufzuweisen. Dem Borromäusverein, der 1854 erst 15 Hilfsvereine mit 194 Mitgliedern und 43 Teilnehmern⁵⁾ zählte, gehörten im Jahre 1866 bereits 121

³⁾ Schl. R. 1858, S. 123; 1867, S. 135. Sogar der französische „Monde“ fühlte sich 1864 zu dem Urteil bewogen: „Der Verein vom hl. Vinzenz von Paula steht in Schlesien in der schönsten Blüte . . . „Br. H.“ 1864, S. 15!

⁴⁾ Die in diesem Kapitel angeführten statistischen Zahlen stützen sich auf gelegentliche, an den verschiedensten Stellen des Schl. R. und der Br. H. vorkommenden Angaben und auf „Dr. Marx, Generalstatistik der kath. Vereine Deutschlands“, Trier 1871, S. 22 ff. Ihre Auswahl gestaltete sich insofern recht schwierig, als es nicht immer klar ersichtlich ist, ob sich die Angaben auf die Diözese Breslau oder auf die Provinz Schlesien beziehen, und ob in ihnen die schlesischen Teile der Prager und Olmüher Diözese mitberücksichtigt sind.

⁵⁾ Die Teilnehmer genießen, ihren geringeren Beitragszahlungen entsprechend, die Vereinsvorteile nicht in vollem Umfange.

Hilfsvereine mit 1719 Mitgliedern und 834 Teilnehmern an. Bis 1867 wurden insgesamt für 30 000 Taler Bücher bezogen. Der Wert der vom Bonner Zentralverein den Schlesiern geschenkten Bücher betrug allein in der Zeit von 1861—65 etwa 4 500 Taler⁶⁾. Die erst 1867 innerhalb des Vinzenzvereines begründete besondere „Konferenz zur Verbreitung guter Schriften“, die namentlich die Armen unentgeltlich mit Schriften meist religiösen Inhalts zu versehen sich zur Aufgabe stellte, hat allein im Gründungsjahre 27 000 Broschüren in Schlesien verbreitet. Die Zahl des im Breslauer Dienstbotenverein organisierten weiblichen Dienstpersonals bewegte sich seit 1858 zwischen 1000 und 1500 und die der demselben Verein angehörenden Herrschaften zwischen 300 und 400, Einen besonders lebhaften Aufschwung nahmen die Gesellenvereine. Schon 1859 wies die Breslauer Diözese 22 Vereine auf. Ihre Zahl stieg bis 1867 auf etwa 80 mit 3500 Gesellen und 2400 Ehrenmitgliedern. Nahezu 400 Deputierte aus 60 Vereinen eilten zu der II. Generalversammlung 1865 nach Breslau, und bei der III. Generalversammlung im Jahre 1867 konnten sie den Kölner Generalpräsidenten Schäffer, Rolpings unmittelbaren Nachfolger, begrüßen. Ihre Stiftungstage gestalteten sich zu reinen Volksfesten, vor allem in Oppeln, wo Anfang der 60er Jahre mehrmals sogar der protestantische Regierungspräsident an ihnen teilnahm. So gibt die große Zahl der Vereine und ihrer Mitglieder einen Maßstab für den Umfang des Einflusses, den die katholischen Führer Schlesiens mit ihrer Hilfe auf die verschiedensten Bevölkerungsschichten auszuüben imstande waren.

Das Ziel, das die Vereine zu erreichen strebten, war die Hebung des kirchlichen Bewußtseins. Aber zugleich lag ihnen auch die Tendenz zugrunde, das neu erweckte kirchliche Leben vollends in die von Rom gewiesenen Bahnen zu lenken. Unter der Leitung der Mainzer und nach der Devise: „Befreiung der Kirche von den letzten Resten der staatlichen Bevormundung und engster Anschluß an Rom“ suchte man systematisch „alle Stände, Alter und Geschlecht durch Vereine aller Art ins Interesse zu ziehen und dem Gesamtverein oder katholischen Verein

⁶⁾ Seit 1863 wurden auch polnische Schriften durch die Vereine eingeführt. Br. S. 1863, S. 508.

Deutschlands einzuverleiben, damit von diesem aus allein die echt katholische Meinung gemacht und dirigiert werden könne“⁷⁾). Auf diese Weise wurden immer neue Kanäle errichtet, durch welche sich die Propaganda für die in Rom basierende Richtung des Katholizismus weiter ausbreiten konnte. Geschickt wußte man den so geschaffenen, gewaltigen Organisationsapparat mit der Autorität der Kirche zu verbinden und ihn zugleich in den Dienst der sozialen Sache zu stellen. Bereits im Jahre 1850 äußerte sich das Schlesische Kirchenblatt (S. 205) über das Verhältnis der katholischen Vereine zum „Proletariat“ folgendermaßen: „Für den sogenannten vierten Stand Hilfskassen zu gründen, Bibliotheken anzulegen, Leseabende zu veranstalten, seine Kinder in Bewahranstalten aufzunehmen, seine Kranken zu besuchen, seinen Geschäftslosen Arbeit zuzuweisen, Seelsorge in seiner Mitte auszuüben: das ist der große Vorsatz, den der über fast ganz Deutschland verbreitete katholische Verein gefaßt hat, und den nun die einzelnen Ortsvereine ins Leben zu führen haben“⁸⁾). Und eben diese charitativ soziale Tätigkeit ist der Ausbreitung der durchweg von ultramontanem Geiste beseelten Organisation gerade unter den ärmeren Schichten der katholischen Bevölkerung zugute gekommen.

Daß mit der Zeit auch der schlesische Katholizismus ein ultramontanes Gepräge annahm, das zeigte sich zum erstenmal im Jahre 1859, als ein Teil des Kirchenstaates durch das damals neu erstehende Italien annektiert wurde. Eine gewaltige Erregung bemächtigte sich darüber der Katholiken Schlesiens. Eine an den Papst gerichtete Ergebenheitsadresse, an der sich auch der höhere Adel beteiligte, erlangte 107 000 Unterschriften; mehr als 20 000 Sailer gingen in kürzester Zeit zur Unterstützung des bedrängten Kirchenoberhauptes nach Rom. Ja, sogar schlesische Freiwillige eilten zur päpstlichen Armee⁹⁾, in der sie begeistert

⁷⁾ Friedrich, F., Gesch. d. vatikanischen Konzils, Bd. I, S. 296, 1877.

⁸⁾ Der „Kath. Verein Deutschlands“ ist auf der ersten Generalversammlung der Katholiken im Oktober 1848 zu Mainz durch Zusammenschluß der Einzelvereine entstanden. Ihm verdanken die meisten katholischen Sozial- und Standesvereine ihre Gründung bzw. Verbreitung.

⁹⁾ Es waren dies vor allem die damals in Süddeutschland sich aufhaltenden schlesischen Handwerksburschen, die ihren Weg über die Alpen lenkten, um in das päpstliche Heer einzutreten.

für ihren heiligen Vater ihr junges Leben hingaben. So beging der Reifer Verein im Jahre 1860 sein 12. Stiftungsfest „als Totenfest für die im Kampfe für die gerechte Sache des hl. Vaters Gefallenen“ (Schl. R. 1860, S. 533).

Unaufhaltsam schritt die Entwicklung in der einmal eingeschlagenen Richtung fort. Das Martyrium, in dessen Glorienschein die Person des Papstes erglänzte, bewies sich hier wieder als das zugkräftigste Mittel für die Propaganda. Nicht weniger als 3300 Abnehmer fand die päpstliche Anleihe im Jahre 1861 in Schlesien. Von neuem wurde der seit 1854 ruhende katholische Verein in Breslau am 6. 11. 1860 eröffnet, in welchem nun die Ereignisse im Kirchenstaate einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden. Zur dauernden Unterstützung des bedrängten kirchlichen Oberhauptes wurde der Michaelisverein auch in Schlesien eingeführt. Schon visitierte (1863) „ein Römer“, nämlich der der deutschen Sprache nicht mächtige Ordensgeneral der Barmherzigen Brüder Monsignore Alfieri, die schlesischen Niederlassungen (Br. S. 1863, S. 589). Und bedurfte es im Jahre 1859 noch der Anregung seitens des Klerus, so brach sich die Begeisterung für den hl. Vater 1867 spontan aus dem Volke Bahn. Vier biedere Handwerksmeister aus dem oberschlesischen Wallfahrtsorte Deutsch-Biefar forderten ihre Glaubensgenossen auf, in einer Adresse den königlichen Schutz für die souveräne Unabhängigkeit des Papstes anzurufen, und gaben damit die Anregung zu begeisterten Rundgebungen für den Papst nicht nur in Schlesien, sondern in ganz Deutschland. „Wenn wir aber als Laien aus dem Antriebe unseres katholischen Bewußtseins diese Motion hier stellen,“ schrieben damals die vier Oberschlesier, „so geschieht dies aus dem Grunde, daß es nicht etwa den Anschein gewinne, als sei diese Begeisterung für unser Kirchenoberhaupt einzig ein künstliches Erzeugnis geistlicher Anstrengungen.“ (Br. S. 1867, S. 906.) Ein Aufruf zur Sammlung für den bedrängten Papst hatte in Schlesien überraschend guten Erfolg; und die Art der Spenden erinnert lebhaft an die zu Beginn der Freiheitskriege auf dem Altar des Vaterlandes dargebrachten Opfer. Innerhalb 5—6 Wochen wurde in Schlesien „neben 37 000 Talern bar, 430 Taler in Pfandbriefen, 7000 Frank, ein Certifikat über 100 Scudi, 4 Goldstücke, ein goldener Ring u. a. m., gespendet“ (Br. S. 1867, S. 996). So hatten die katholischen Schlesier

1867 nicht nur die in ganz Deutschland veranstalteten päpstlichen Kundgebungen veranlaßt, sondern sie gingen auch in der Fürsorge für den hl. Vater in Deutschland voran. (Vgl. Br. S. 1867, S. 982, Anmerkung.)

Gewaltig waren demnach die Erfolge, die der Klerikalismus seit 1848 in Schlesien errungen hatte. Die römisch-katholischen Ideen hatten sich auf der ganzen Linie durchgesetzt. In ihrem Sinne hatte man ja unermüdlich in den ständig an Zahl wachsenden Vereinen das katholische Volk Schlesiens organisiert.

Wenn es auch entschieden zu weit führt und für Unkenntnis der katholischen Kirche und ihren Einrichtungen zeugt, die sozialen oder gar kirchlichen Vereine, vor allem in dieser Periode, politischer Tendenzen zu verdächtigen, so muß doch zugegeben werden, daß diese Vereine der späteren politischen Organisation indirekt doch zugute kamen. Zunächst gewann die katholische Bevölkerung durch das bis ins einzelne gehende Vereinswesen an Geschlossenheit und Widerstandskraft, Dadurch, daß die katholischen Kräfte in diesen Vereinen *dauernd* zusammengefaßt waren, wurde aber auch *jede* weitere — also auch die politische — Organisation erleichtert. Schließlich mußte die durch das katholische Vereinswesen erzielte Hebung des innerkirchlichen Lebens, weil sie unwillkürlich eine Erstarkung des Selbstgefühls nach sich zog, zu einer auch nach *außen* gerichteten Betätigung der Katholiken für die kirchlichen Rechte führen. So wurde in der Tat durch die katholischen Vereine die Basis geschaffen, auf der, als die Neuconstellation der politischen Verhältnisse nach dem Kriege mit Oesterreich die Katholiken zu neuer Tätigkeit rief, in der politischen Organisation ein Neubau errichtet werden konnte, dem die Stürme des Kulturkampfes nichts anzuhaben vermochten.

Überblicken wir, nun rückschauend, noch einmal die in den letzten Kapiteln behandelte Entwicklung des schlesischen Katholizismus!

Mit der erstarkenden Rechtgläubigkeit gewann man in immer weiteren katholischen Kreisen Schlesiens die Überzeugung, daß sich — im Gegensatz zu den Nichtkatholiken — der katholische Bevölkerungsteil, teilweise durch eigene Schuld, nicht in der ihm nach seiner Zahl und Bedeutung zukommenden Stellung befindet. Ihr aus religiösen Beweggründen herleitbares Streben, sich und ihrer Kirche zu der verfassungsmäßig garantierten Freiheit zu verhelfen,

führte zur Wahl katholischer Abgeordneten. Ihre wiederum aus dem katholischen Bewußtsein heraus sich erklärende Furcht vor einer noch krasserem Disparität in einem unter der Hegemonie des protestantischen Preußen stehenden Kaiserreich drängte sie in das großdeutsche Lager und damit zugleich in einen Gegensatz zu den liberal-fortschrittlichen Parteien. Diese österreichischen Sympathien der Klerikalen und ihre Stellungnahme gegen die kleindeutschen, damals in Schlesien recht starken Linksparteien hatten die Katholikenhege zu Beginn des Krieges von 1866 zur Folge. Die dabei vorgekommenen Übergriffe führten, da auch der Antwille über die auch jetzt noch nirgends praktisch zum Ausdruck gebrachte Gleichberechtigung sich verstärkt hatte, nach dem Kriege zu der ersten politischen Selbständigkeitsbewegung der schlesischen Katholiken.

So war das Leitmotiv aller von den Klerikalen unternommenen Maßnahmen ein konfessionelles, welches sich immer mehr in dem Hauptbestreben verdichtete, ihrer Kirche endlich in den unbeschränkten Genuß der ihr gesetzlich zukommenden Rechte zu verhelfen. Und dieses Bestreben mußte bei der damaligen Stellung der Katholiken im Staate notwendigerweise ins Politische führen.

II. Die politische Selbständigkeitsbewegung der schlesischen Katholiken nach dem Kriege mit Österreich

1. Das selbständige Vorgehen der katholischen Schlesier bei den Wahlen zum konstituierenden Reichstag

Einen tiefen, fast erschütternden Eindruck machte der Ausgang des Krieges 1866 auf die meisten Katholikenführer. Ihr großdeutsches Ideal war dahin. Nach hartem Kampfe hatte Bismarck das katholische Österreich aus Deutschland ausgeschlossen. Nur schwer fanden sich die Führer und mit ihnen ein großer Teil der Katholiken mit dem neugeschaffenen politischen Zustande Deutschlands ab. Wie nun im Westen der Bischof Freiherr von Ketteler „den Weg gewiesen“, so war es im Osten der unermüdlich tätige Dr. Wick, der „den Anschluß an die neue Zeit“ fand und seine Getreuen zu weiterem Schaffen rief.

Die Notwendigkeit einer politischen Betätigung der Katho-

lifen war jetzt dringender als vor dem Kriege, denn durch die Niederlage der Donaumonarchie war zugleich auch der Katholizismus empfindlich getroffen. Hoffnungslos zur Minderheit verurteilt, war der katholische Volksteil mehr als bisher auf sich selbst angewiesen, zumal die politische Entwicklung zur Auflösung der Zentrumsfraktion im preussischen Abgeordnetenhaus geführt hatte, und in dem neugegründeten Norddeutschen Bunde die schärfsten Gegner der Katholiken, die Nationalliberalen, sich anschickten, die eigentliche Regierungspartei zu werden. Als nun das Jahr 1867 der praktisch-politischen Arbeit ein geräumiges Feld eröffnete, da nahmen auch Schlesiens Katholiken ihr Schicksal bewußt in die Hand. „Sie hofften jetzt von der Gerechtigkeit Preußens, was sie früher von dem Übergewicht Österreichs erwarteten. Sie verloren zwar den materiellen Schutz Österreichs, aber sie gewannen die Kraft der Selbsthilfe, welche sie, sobald es nötig wird, mit den Mitteln des modernen Verfassungsstaates ihre Rechtsstellung verteidigen läßt.“ (Bachem a. a. O., Bd. I, S. 428.) Wirksam griffen sie zunächst in die Wahlbewegung ein.

Noch verfügten die schlesischen Katholiken über keine Zentralorganisation, der eine unmittelbare Betätigung bei den Wahlen oblag. Der Schwerpunkt der Agitation lag vielmehr in den Kreisstädten, wo katholische Wahlkomitees errichtet wurden. Die Wahl der Maßnahmen, die zur Gewinnung des erforderlichen Einflusses der Katholiken in den Parlamenten notwendig waren, wurde den einzelnen Wahlauschüssen überlassen. Man war aber von der Notwendigkeit der Kleinarbeit bei der Wahlagitation noch bei weitem nicht allgemein überzeugt. Selbst in der Provinzhauptstadt kam es erst am Vorabend der Wahl zum konstituierenden Reichstag zur Gründung einer noch recht lockeren Vereinigung katholischer Wähler unter dem Namen „Katholischer Wahlverein“. Auch ist in mehreren ganz katholischen Kreisen Oberschlesiens ein besonderes katholisches Wahlkomitee nicht festzustellen. So begnügte man sich z. B. in Oppeln, Neustadt, Gr.-Strehlig-Kosel und Grottkau-Falkenberg mit den dort bereits aufgestellten Kandidaten, dem Herzog von Ratibor und den Grafen Hans von Oppersdorff, von Renard und Fred von Frankenberg. Gewiß hat der Umstand, daß diese Magnaten infolge ihres wirtschaftlichen Übergewichtes, das bei der unterwürfigen oberschlesischen Bevölkerung selbst bei den geheimen Wahlen eine nicht zu unter-

schäzende Rolle gespielt hat, ihres Wahlsieges sicher waren¹⁾, die Katholiken vor einem besonderen Vorgehen abgehalten. Auch entsprachen wohl diese Herren als Katholiken im allgemeinen den Wünschen derjenigen Wähler, welche vor allem einen Mann ihrer Konfession in den Reichstag senden wollten. Wo jedoch örtliche Ausschüsse der Katholiken ins Leben traten (vgl. die Tabelle a. d. Seite 54), da wurden mit großem Eifer und verhältnismäßig geschickt die Wahlvorbereitungen getroffen. Durch persönliche Fühlungnahme der Komiteemitglieder mit den Wählern wurden letztere zur Mitarbeit veranlaßt oder wenigstens zur Einsicht der Notwendigkeit katholischer Wahlen geführt. Während man in einer Anzahl von Wahlbezirken eigene Männer aufstellte, strebte man in andern, weniger sicheren Kreisen dahin, daß diejenigen Kandidaten, die Wert auf die Stimmen der Katholiken legten, sich bereit erklärten, für die katholischen Forderungen einzutreten. Wie entschieden man bereits damals vorging, geht daraus hervor, daß in Ratibor dem Fürsten Lichnowski, der, obwohl selbst katholisch, den Wünschen der Klerikalen nicht entsprach, der Herzog von Ratibor gegenübergestellt wurde. Auch wagten es die Katholiken im Pleß-Kybniker Wahlkreise, dem daselbst so mächtigen protestantischen Fürsten von Pleß noch in der letzten Stunde in dem Katholiken Fürsten Radziwill²⁾ einen Gegenkandidaten aufzustellen. Bei dem Fehlen einer eigenen parlamentarischen Organisation war es jedem katholischen Volksvertreter freigestellt, welcher — nicht ausgesprochen gegnerischen — Fraktion er sich anschloß. So hoffte man durch die Verteilung der katholischen Abgeordneten auf die verschiedenen Parteien, die Hilfe aller in Anspruch nehmen zu können.

1) Hierüber äußerte sich nach den Wahlen die „Schl. Z.“, Nr. 417. Beilage 1, vom 8. 9. 1867, folgendermaßen: „Die Magnaten sind vollkommen in der Lage, die Mehrzahl der Wahlkreise, namentlich in Oberschlesien, nach freiem Abereinkommen unter sich zu verteilen. Nicht bloß, wenn sie selbst in einem Wahlkreise von dem Einflusse des größten Grundbesitzes für sich Gebrauch machen, sondern auch, wenn sie ihren Einfluß zugunsten eines politischen Freundes verwerten wollen, gelingt es ihnen mit leichter Mühe, die gewünschte Wahl mit großer Majorität durchzusetzen.“

2) Fürst Radziwill erhielt 3011, der Fürst von Pleß 12 776 Stimmen. Ein katholisches Wahlkomitee scheint in diesem Bezirk nicht bestanden zu haben.

Obwohl die Breslauer Hausblätter wiederholt darauf hingewiesen hatten, daß die katholische Wahlbewegung „nicht den Spezialzweck der Bildung einer katholischen Fraktion, sondern überhaupt die Anteilnahme der katholischen Preußen an den Geschicken des Vaterlandes und die Wahrung auch der katholischen Bevölkerungsinteressen in der Vertretung im Auge habe“³⁾, wurde die einseitig konfessionelle Auswahl der Kandidaten allgemein verübelt. Man glaubte, daß die Katholiken Sonderinteressen erstrebten und nicht mit aufrichtiger Hingabe die patriotischen Angelegenheiten fördern könnten und wollten. Von allen Seiten suchte man daher ihre Wahlagitation zu dämpfen. So wurden den katholischen Kandidaten Dr. Rünzer (Glas-Habelschwerdt) und Dr. Sigler (Frankenstein-Münsterberg), obwohl beide in dem Rufe standen, „sehr patriotisch“ zu sein⁴⁾, dennoch „ministeriell“ Konservative gegenübergestellt. Die heißen Kämpfe um das Mandat von Reife, wo der katholischerseits aufgestellte General Vogel von Falckenstein in der engeren Wahl durch Zuhilfenahme der Garnison, die gegen ihn zu stimmen angewiesen war, von Dr. Friedenthal geschlagen wurde, bewiesen, „daß die sogenannten Konservativen im Reifer Kreise selbst einen Konservativen bei katholischer Gesinnung nicht mögen“ (Br. S. 1867, S. 147, 174). Die Sumulte, welche anlässlich der ersten und einzigen katholischen Wahlversammlung in Breslau hervorgerufen wurden, zeigten grell den scharfen Widerstand, den man der Selbstständigkeitsbewegung der Katholiken entgegenstellte.

Trotzdem war der Erfolg dieses ersten politischen Selbstständigkeitsversuches nach den immerhin noch unvollkommenen Vorbereitungen seitens der Katholiken geradezu überraschend. Die allgemeine Volksmeinung konnte ja bei dem zum erstenmal in Anwendung gekommenen direkten Wahlmodus auch mehr zum Ausdruck gelangen als bei den indirekten Klassenwahlen. So erhielt⁵⁾ bei den Wahlen zum verfassungsberatenden Reichstag des Norddeutschen Bundes im Februar 1867:

³⁾ Br. S. 1867, S. 189. Eine ähnliche ausdrückliche Erklärung gab später auch der „Kath. Wahlverein“ ab.

⁴⁾ Sie schlossen sich nach der Wahl der „Freikonservativen Vereinigung“ an.

⁵⁾ Berücksichtigt sind hier nur diejenigen Wahlkreise, in welchen sich katholische Wahlausschüsse einwandfrei feststellen lassen.

im Wahlkreise	der katholische Kandidat	Stimmen
Glab-Habelschwerdt	Domherr Dr. Rünzer	6765
Frankenſtein-Münſterberg	Prof. Dr. Sigler	6565 ⁶⁾
Beuthen-Zabrze	Geh. Rat Wilh. Ulrich	5720
Beuthen-Tarnowitz	Graf H. Schaffgotsch	5435
Reiße	Bogel v. Faldenstein	4799 ⁷⁾
Ratibor	Herzog v. Ratibor	3191 ⁸⁾
Striegau-Schweidnitz	Pfarrer Simon	1624
Reichenbach-Neurode	Geistlicher Rat Müller	1246
Ologau	do.	310
Breslau-Ost	Geh. Rat v. Görz	987
Breslau-West	Prof. Dr. Elbenich	731 ⁹⁾

Drei Katholiken, nämlich Dr. Rünzer, Dr. Sigler und Ulrich, traten als Vertreter der schlesischen Klerikalen in den konstituierenden Reichstag ein. Voller Genugthuung über diesen Sieg schrieb Dr. Wick nach den Wahlen (Br. H. 1867, S. 141): „Das katholische Volk Schlesiens hat bei den Reichstagswahlen fast allgemein kundgegeben, daß es sich fernerhin nicht mehr zu der erniedrigenden Rolle herzugeben willens ist, die ihm die Widersacher seiner heiligsten Interessen bisher angedeihen ließen, indem sie es für sich einstingen, um auf seinen Schultern emporzuſteigen. Das katholische Volk hat sich ermannt und von seinem Wahlrecht zum Schutze seines Rechtes Gebrauch gemacht, nachdem es wahrgenommen, wie die bestehenden politischen Parteien es durch so viele Jahre zumeist an der Nase herumgeführt, um hinterher die „dummen Katholiken“ auszulachen und über sie als „privilegierte Dummköpfe“ zur Tagesordnung überzugehen.“

Scharf geißelten die katholischen Blätter die vielfach vor-

⁶⁾ Im ersten Wahlgange erhielt Sigler 4445 Stimmen; es fehlten ihm nur 47 Stimmen zum Siege.

⁷⁾ Der erste Wahlgang brachte ihm 4144 Stimmen, dem Gegenkandidaten Dr. Friedenthal nur 3189, der aber in der Stichwahl 5266 Stimmen auf sich vereinigte.

⁸⁾ Der Herzog von Ratibor siegte mit 8750 Stimmen im Wahlkreise Oppeln, wo ein besonderer katholischer Wahlausschuß nicht festzustellen ist.

⁹⁾ Sämtliche in dieser Abhandlung angeführten Reichstagswahlergebnisse sind zusammengestellt nach der Wahlstatistik von A. Philipp, Die Reichstagswahlen von 1867–83, Berlin 1883.

gekommenen Wahlbeeinflussungen seitens ihrer politischen Gegner. So wurden die Personen, welche die Katholiken durch Entziehung von Pachtacker zu einer akatholischen Wahl getrieben hatten, an den Pranger gestellt; ebenso hob man die Tatsache hervor, daß in einigen Breslauer Bezirken katholische Wähler, die abstimmen wollten, die Stimmabgabe auf ihren Namen durch Betrüger bereits geschehen vorfanden. Schon damals regten die Breslauer Hausblätter an, für die wegen der klerikalen Abstimmung brotlos gewordenen Arbeiter eine Hilfskasse zu gründen. Besonders ereiferten sie sich jedoch über die katholischen Geistlichen, welche zugunsten andersgläubiger Kandidaten agitiert und hierzu sogar die Kanzel benützt hatten, denn „solche Agitation ist zwar nicht gefährlich, wegen der befürworteten Person, wohl aber wegen des Prinzips, indem sie das katholische Volk anleitet, bei wichtigen Schritten der Religion nicht die ihr überall gebührende Bedeutung beizulegen, und sich daran zu gewöhnen, über andere guten Eigenschaften eines Kandidaten diese erste zu übersehen“ ¹⁰⁾.

2. Die Gründung des „Katholischen Volksvereines“ in Breslau, 1867

Es war natürlich, daß die Selbstständigkeitsbestrebungen unter den Führern der schlesischen Katholiken nach den Wahlen beträchtlich zunahmen. Schon längst beherrschte Dr. Wick der Gedanke von der Notwendigkeit einer einheitlichen Tätigkeit der schlesischen Katholiken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Nun war er gewillt, an die Stelle des der Reaktion zum Opfer gefallenen „Schlesisch-katholischen Vereins“ eine ungleich stärkere Katholikenorganisation zu setzen, deren Zuständigkeit bewußt auf das politische Gebiet ausgedehnt werden sollte. Nach zwei vorbereitenden Versammlungen im April und Mai kam unter seiner Leitung Anfang Juni die Gründung des „Katholischen Volksvereines“ in Breslau zustande, dessen Zweck die „Besprechung und Wahrung der Rechte und Interessen der katholischen Bevölkerung in Staat und Gemeinde“ (§ 1) war. Die Gründungsmitglieder glaubten, wie sie auf den Schlachtfeldern mit ihren evangelischen Brüdern vereint ihr Leben zu opfern bereit waren,

¹⁰⁾ Br. S. 1867, S. 147, 134, 146, 154, 142.

nun im gleichen Grade wie diese ihre Mitwirkung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens betätigen zu müssen; sie verpflichteten sich, mit vereinten Kräften nicht nur für die politischen, sondern auch für die kommunalen Rechte der katholischen Bevölkerung einzutreten. Die erste Rundgebung des Vereines, der Aufruf vom 8. Juni, wies ausdrücklich auf die weite Ausdehnung der Vereinsbestrebungen hin: „Nicht etwa um einen Verein für spezifisch kirchliche Zwecke, sondern um einen Verein für die Gesamtinteressen der katholischen Bevölkerung in Staat und Gemeinde und deren nachdrückliche Wahrnehmung handelt es sich hier.“ (Br. J. 1867, S. 453, 468.) Geplant war, die Organisation über die ganze Provinz auszudehnen. Jeder Erzpriester erhielt 50 Stück Programme zur Weiterverbreitung zugesandt. So sollten sich nach dem Plane der Führer in allen katholischen Teilen Schlesiens gleichzeitig und nebeneinander Volksvereine bilden, „um das mißhandelte Recht der Katholiken gegen ihre Bedränger zu schützen“.

Es waren nicht rein egoistische Motive, welche die Katholiken Schlesiens zum Zusammenschluß drängten. Gerade die Schlesier wollten — auf den Boden der vollendeten Tatsache sich stellend — nach dem Kriege mit Österreich ehrlich mitarbeiten an dem Ausbau des erweiterten Vaterlandes. Darum fühlten sie sich auch stets tief verletzt, wenn ihr Patriotismus in Zweifel gezogen wurde. Immer und immer wieder hielten die Führer und die katholischen Blätter die öffentliche Abweisung dieser Bezeichnungen für notwendig. Kamden doch die katholischen Schlesier ihren Pflichten gegen den Staat nicht nur soweit nach, wie es durchaus notwendig ist, um nicht mit den Gesezen in Konflikt zu geraten, sondern sie beobachteten eine Haltung, welche ihnen seitens der katholischen Presse Rheinlands sogar „Anfeindungen“ zugezogen hatte, da man sie für zu gouvèrnemental, für zu preußisch hielt“ (Br. J. 1867, S. 858). So erklärte sich nicht nur der „Katholische Wahlverein“ ausdrücklich gegen die Bildung einer besonderen katholischen Fraktion in den Parlamenten, weil diese das Mißtrauen der Regierung hervorrufen könnte (im Gegensatz zu manchen die Bildung befürwortenden Stimmen des Westens), sondern auch die katholischen Abgeordneten Schlesiens waren ausnahmslos preußisch gesinnt, wie der Anschluß der überwiegenden Mehrzahl von ihnen an die „Botschafterpartei“ bewies. Wieder-

holt billigten es die „Breslauer Hausblätter“, „wenn die schlesisch-katholischen Abgeordneten bei aller katholischen Gesinnungsentschiedenheit, soweit das durch das Gesetz Gottes geregelte Gewissen keinen Einspruch erhebt, die Staatsregierung bei dem Bundeswerke unterstützen“ und traten warm für ein Schutz- und Trugbündnis mit den süddeutschen Staaten ein (Br. J. 1867, S. 169, 232, 613). So wies auch Dr. Wick in einer Wahlrede hin, „daß es Sache der Katholiken nicht sei, gegen die jetzt vorhandenen staatlichen Verhältnisse anzukämpfen, sondern in dem wie immer erweiterten Vaterlande Hand anzulegen, um sich die ihnen gebührende Bedeutung und Beachtung zu sichern und den Argwohn zu entwurzeln, als seien sie eine preußenfeindliche Partei, welche sich den Pflichten gegen das Vaterland entziehe“ (Br. J. 1867, S. 858). Deshalb konnten die Breslauer Hausblätter (S. 372) nach den Reichstagswahlen mit Recht schreiben: „Die katholisch-schlesische Wahlagitation hat sich durch die Tatsachen als eine ganz unzweifelhaft patriotische erprobt, und jeder weitere Widerstand gegen dieselbe, der sich in das Gewand der patriotischen Vaterlandsfreundschaft hüllen wollte, würde nur das eine bekunden, daß man überhaupt die katholischen Bewohner nicht zu einer entsprechenden Vertretung kommen lassen wolle, nicht weil sie unpatriotisch, sondern weil sie katholisch sind.“

3. Die Wahlen zum norddeutschen Reichstage und zum preußischen Abgeordnetenhaufe

Zu den Wahlen zum norddeutschen Reichstage erließ der Breslauer „Katholische Volksverein“, in den der „Katholische Wahlverein“ aufgegangen war, ein eigenes Wahlprogramm, das folgendermaßen lautete:

„1) Wir können keinem Kandidaten unsere Stimme geben, welcher, dem erblichen Königtum in Preußen grundsätzlich abhold, Bestrebungen unterstützen möchte, die mit dem Bestande und der gedeihlichen Entwicklung der konstitutionellen preußischen Monarchie unverträglich sind.

2) Wir verlangen, daß unsere Kandidaten die zu Recht bestehende Reichsverfassung als die Grundlage Norddeutschlands anerkennen und sich im Reichstage an dem Verfassungsausbau in dem Sinne betätigen, daß alle norddeutschen Volksstämme in der Reichsverfassung den Schutzbrief ihrer begründeten Rechte und berechtigten Freiheiten finden.

3) Wir erwarten, daß unsere Vertreter alle rechtlichen Bestrebungen mit Ernst unterstützen, die eine Versöhnung und Einigung unseres Gesamt Vaterlandes bezwecken.

4) Wir fordern, daß unsere Kandidaten nicht allein für die Grundrechte der preußischen Staatsverfassung, sondern auch für die der katholischen Kirche gewährleisteten Rechte und Freiheiten mit Entschiedenheit eintreten und dafür wirken, daß dieselben im ganzen Bundesgebiete zur Anerkennung und Ausführung gelangen,

5) In der inneren Politik darf der katholische Abgeordnete mit gutem Gewissen eine freiheitliche Entwicklung unterstützen, welche wohlbegründete Rechte und Glaubensgrundsätze nicht verletzt und gefährdet. Feinde aller Willkürherrschaft wissen wir uns mit denen einig, die das Heil aller wollen. Auf Parteinamen legen wir kein Gewicht, geben aber nur dem Kandidaten unsere Stimme, der als unabhängiger, charaktervoller Christ ein warmes Herz für das Wohl des Staates und der Kirche hat.“ (Br. J. 1867 S. 680.)

Die Agitation unterschied sich nicht wesentlich von der früheren. Die Zahl der Kreise, in welchen besondere katholische Wahlkomitees sich betätigten, nahm daher nur gering zu. So gleich auch das Ergebnis der Wahlen im allgemeinen dem vom Februar. Wenn auch hier und da die Zahl der katholischen Stimmen beträchtlich abnahm, so war das keine spezifische Erscheinung der klerikalen Wahlen; hatte doch die Wahlbeteiligung im ganzen gegen die im Februar einen auffallenden Rückgang aufzuweisen. Das Resultat der Wahlen zeigt folgende Übersicht:

Wahlkreis	Kandidat	Stimmen
Beuthen-Zabrze	Ulrich	5984 ¹⁾
Olaz-Habelschwerdt	Dr. Künzer	4670
Frankenstein-Münsterberg	Dr. Gihler	3937
Leobschütz	von Savigny	1999
Publinitz-Tost-Oleisitz	von Savigny	1058
Breslau-Neumarkt	Dr. Wid	1727
Beuthen-Tarnowitz	Pfarrer Schaffranek	1579
Ologau	Müller	1131
Striegau-Schweidnitz	Simon	688
Breslau-Ost	von Görz	872
Breslau-West	Dr. Elvenich	535

¹⁾ Im ersten Wahlgang gewann er 4010 Stimmen; die Wahlbeteiligung war hier stärker als im Februar.

Vier Mandate wurden von den Klerikalen in Schlesien erobert, von ihnen ging aber eins, nämlich Leobschütz, auf das der auch in Koblenz-St.=Saar gewählte Karl v. Savigny verzichtete, in der Nachwahl an den nationalliberalen Katholiken Engel wieder verloren. Wiederum waren es Ulrich, Dr. Rünzler und Dr. Sigler, die als Sieger aus der Wahl Schlacht hervorgingen. So verfügten Schlesiens Katholiken auch weiterhin über Abgeordnete, die bereit waren, für die Forderungen ihrer Kirche mit Entschiedenheit einzutreten. Da aber im Wahlkreise Beuthen-Tarnowitz die Klerikalen dem Ansturm der Nationalliberalen gegenüber die schwersten Einbußen erlitten²⁾, auch im Bezirk Beuthen-Saßnitz ihr Kandidat Ulrich, der bei der Wahl im Februar mit 1200 Stimmen Majorität gesiegt hatte, erst in der engeren Wahl sein Mandat eroberte, das katholische Meißel diesmal von der Aufstellung eines klerikalen Kandidaten völlig absah, und in den übrigen katholischen Bezirken Schlesiens sich auch „keine Regungen zur katholischen Emanzipation von fremder Parteifnechtschaft“ bemerkbar machten, befriedigte der Wahlausfall die Breslauer Katholikenführer nicht.

Die nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses notwendig gewordenen neuen Landtagswahlen gaben den Wahlbezirken, „welche sich in den Reichstagswahlen stark bloß gestellt“ hatten, Gelegenheit, durch desto größeren Eifer bei diesen Wahlen ihrem katholischen Namen Ehre zu machen. Dr. Wick verhehlte sich nicht die Schwierigkeiten, die der klerikalen Agitation bei diesen öffentlichen Klassenwahlen entgegenstanden, auch war er sich dessen bewußt, daß die rasche Aufeinanderfolge der Wahlen mäßigend auf die Beteiligung wirken werde. Da aber ein günstiges katholisches Wahlresultat gerade bei dem indirekten Wahlmodus die politische Reife und Mündigkeit der Katholiken beweisen, dadurch ihnen das nötige Ansehen nach außen verschaffen und die Erreichung mancher Wünsche fördern würde, so glaubte er um dieses Preises willen mit einer verhältnismäßig regen Wahlbeteiligung katholischerseits rechnen zu dürfen. Immer mehr erweiterten sich die Ziele dieses Führers. Begnügte er sich bei der Auswahl der Kandidaten für den konstituierenden Reichstag

²⁾ Ihre Stimmenzahl sank von 5435 auf 1579, während die Zahl der nationalliberalen Stimmen sich fast gleich blieb.

im allgemeinen mit der Garantie, die ihm deren Zugehörigkeit zur katholischen Kirche bot, so forderte er von den in den norddeutschen Reichstag zu Wählenden bereits „außer dem katholischen Tauffchein auch die katholische Bekenntnistreue und katholische Überzeugung“. Zugleich sollten sie „in den öffentlichen Angelegenheiten bewanderte Männer sein, die nicht nur zu urteilen und zu sprechen verstehen, sondern auch den Mut haben, eine selbständige Meinung zu vertreten.“ (Br. H. 1867, S. 453.) Beschränkte man sich bei den beiden Reichstagswahlen auf die überwiegend katholischen Wahlkreise, so suchte man jetzt auch in den gemischtkonfessionellen Bezirken einigen Einfluß zu erlangen. Nach Wicks Parole sollten auch hier möglichst viele katholische Wahlmänner durchgebracht werden, welche bei der Hauptwahl auch für nichtkatholische, aber den katholischen Kircheninteressen nicht abholden Landtagskandidaten stimmen dürfen. „Man muß ihnen gewisse unerläßliche Bedingungen zum ausdrücklichen Akzept vorlegen und ihr öffentliches Ehrentwort verlangen, daß sie in diesen Punkten im Sinne der katholischen Wähler stimmen wollen, damit man sie nötigenfalls, wenn sie ihr Ehrentwort brechen sollten, mit dem rechten Namen benennen kann.“ (Br. H. 1867, Nr. 84.) Zu diesen Bedingungen zählte man die Aufrechterhaltung der der katholischen Kirche zustehenden Verfassungsrechte und das Eintreten für die konfessionelle Schule.

Dr. Wicks Bemühungen und Ratschläge waren jedoch vergebens; er fand sich durch den Wahlausgang in seinen Erwartungen auf das schwerste enttäuscht. Die Landtagswahlen wiesen in der ganzen Provinz, besonders aber in den katholischen Bezirken, eine überaus schwache Beteiligung auf. Sie bekundeten die geringe politische Bildung und Selbständigkeit gerade der katholischen Massen Schlesiens recht deutlich. In den von Katholiken bewohnten Teilen der Provinz³⁾ war die Wahlbeteiligung derart schwach, daß in mehreren Ortschaften wegen zu geringer Teilnehmerzahl, die nicht einmal zur Bildung des Wahlvorstandes ausreichte, die Vornahme der Wahl unterbleiben mußte. In einigen Bezirken haben, um überhaupt eine Wahl vornehmen zu können, erst einige Wahlberechtigte herbeigeholt werden müssen.

³⁾ In Breslau hat man von der Aufstellung besonderer katholischer Wahlmänner abgesehen, da der Erfolg den Unkosten nicht entsprochen hätte.

Mehrfach hat tatsächlich ein allgemeiner Verzicht auf das Wahlrecht stattgefunden⁴⁾. Man kann es verstehen, daß anlässlich dieses kläglichen Wahlausfalles Dr. Wick als Schriftleiter der „Breslauer Hausblätter“ (S. 906) verärgert schrieb: „Die Klageberichte . . ., deren Grund lediglich in der mangelhaften Organisation der Kräfte, in der politischen Unreife vieler Leute, die mitreden, und in der Zersplitterung der katholischen Wähler liegt, haben wir einfach zurückgelegt und wollen mit Wahlberichten des ferneren verschont bleiben.“

Die katholische Wahlbewegung in Schlesiens hat somit im Jahre 1867 nach einem vielversprechenden Anfang mit einem Mißerfolg geendet. Auch der Volksverein, von dessen Tätigkeit die Breslauer Führer der Katholiken sich so viel versprochen, hat in der Provinz keine Verbreitung gefunden. Es mangelte an geeigneten Kräften, die ihn auch ohne Verbindung mit einer Zentralleitung, welche nach dem Vereinsgesetz von 1850 politischen Organisationen untersagt war, am Leben zu erhalten vermocht hätten⁵⁾. Wick und seine Mitarbeiter in der Leitung der schlesischen Katholiken waren eben der Entwicklung vorausgeeilt, indem sie jetzt schon eine einheitliche politische Tätigkeit des katholischen Volksteiles in Schlesiens für möglich hielten. „Wenn man weiß,“ schrieb damals die „Schlesische Zeitung“ (1867, Nr. 417, Beilage 1), „daß in ganz Oberschlesien kein einziges politisches Lokal- oder Provinzialblatt erscheint, daß dort nirgend politische Vereine bestehen, keine politischen Versammlungen abgehalten werden, daß rechts der Oder bisher überhaupt nur im Kreise Beuthen einige Ansätze zu öffentlichem Leben hervorgetreten sind, so erklärt sich vieles, was dem uneingeweihten Beobachter anfangs unfassbar erscheinen mag“.

4. Politische Schulung und weitere Organisation der schlesischen Katholiken

Es mag den schlesischen Katholikenführern nach solchen trüben Erfahrungen nicht leicht gefallen sein, sich bei der Politisierung des

⁴⁾ Vgl. die Berichte aus den fast reinkatholischen Wahlkreisen Pleß, Rybník, Ratibor, Reiz, Beuthen in den „Br. J.“ 1867, S. 879, 905, 918.

⁵⁾ Erst der Kulturkampf, welcher gebieterisch politische Arbeit erforderte, sollte ihm einen großen Aufschwung bringen.

katholischen Volkes weiter zu betätigen. Gebieterisch erforderten dies aber die Verhältnisse, zunächst in der Provinzialhauptstadt; vermochten doch die 60 000 Katholiken Breslaus bei den Stadtverordnetenwahlen im Jahre 1868 nicht einen einzigen klerikal-gefinnten Katholiken durchzubringen. Gewiß verminderte der Wahlzensus in einer nicht unbedeutenden Weise den Einfluß der gerade den unteren sozialen Schichten angehörenden kirchlich-gefinnten Katholiken bei den Wahlen, und das einheitliche Vorgehen der Nichtkatholiken erschwerte einen klerikalen Sieg; aber es war doch die Gleichgültigkeit und politische Anreife der Breslauer katholischen Bevölkerung selbst, die eine Vertretung im Stadtparlament durch Glaubensgenossen vollends ausschloß. Darum war es nötig, die politische Unmündigkeit der Masse immer enger zu begrenzen. Diese Aufgabe zu lösen, war der Breslauer „Katholische Volksverein“ bestrebt. Alle wichtigeren Tagesfragen wurden von nun an in seinen Sitzungen in allgemeinverständlicher Weise erörtert. Da gesetzmäßig Frauen zu diesen Versammlungen keinen Zutritt hatten, richtete man Vortragsabende ein, denn „es galt auch die Frauen heranzuziehen zu dem Kampf des Glaubens gegen den Unglauben“ (Br. H. 1869, S. 1258). Diese meist in der Fastenzeit gehaltenen Vorträge erfreuten sich regen Zuspruchs. Sie wurden z. B. im Winter 1867/68 durchschnittlich von 600—1000 Personen — zumeist Frauen — besucht. Bald machte sich der Volksverein als ein gewichtiger Faktor im Leben der Breslauer Katholiken geltend, besonders in dem Streit mit dem Magistrat wegen der Simultanschulfrage.

Als die Stadt Breslau, die neben zwei königlichen Gymnasien, von denen eins katholisch war, sechs städtische höhere Lehranstalten ¹⁾ protestantischen Charakters besaß, die Neugründung zweier höherer Schulen beschloß, baten die Katholiken, daß eine davon katholisch würde. Da der Magistrat, ohne zunächst die katholische Petition zu beantworten, die Simultanisierung der neuzugründenden Schulen beschloß, wandte man sich katholischerseits an das Provinzialschulkollegium und an das Kultusministerium. Trotzdem beide Behörden die Forderungen der Katholiken als berechtigt anerkannten und der Kultusminister von

¹⁾ Nämlich 2 Gymnasien, 2 Realschulen, 2 höhere Töchterschulen. Vgl. „Br. H.“ 1867, S. 451; 1868, S. 636, 646, 881, 893, 921, 933, 941., 953, 957.

Mühler die Simultanisierung untersagte, nahm die Stadt die Kraftprobe auf. Die neuen Schulgebäude ließ man unbenutzt stehen. Der katholischen Petition an das Abgeordnetenhaus folgte eine städtische. Der Kampf wogte hin und her.

Durch solche Nichtbeachtung der Wünsche der katholischen Bürger war naturgemäß deren Rechtsbewußtsein aufs höchste verletzt. Eine von zirka 2500 Personen besuchte Demonstrationsversammlung am 3. Juni 1869, die eine „Volksgerichtssitzung“ über die städtischen Behörden darstellte, bewies, daß die Katholiken nun gewillt waren, mit aller Macht und Entschiedenheit die ihnen nach ihrer Zahl zukommende Stellung zu erkämpfen. Bezeichnend für die Tendenz des katholischen Vorgehens waren die Worte Dr. Wicks: „Während wir hier beschließen und uns für ganz Schlesien organisieren, damit wir ein schlagfertiges tapferes Geistesheer herstellen — denn wir werden in den nächsten Jahren gewaltig wühlen —, müssen wir immer wieder auf unseren Gegenstand zurückkommen und gegen die Simultanschulen Protest erheben.“ (Br. S. 1869, S. 342.) Zum erstenmal seit den Wahlen im Jahre 1867 lenkten Breslaus Katholiken die Aufmerksamkeit ganz Schlesiens auf sich. Die gesamte schlesische Presse beschäftigte sich mit der katholischen Protestversammlung, die eine akatholische Gegendemonstration nach sich zog, bei welcher der Oberbürgermeister Hobrecht das katholische Vorgehen in Schlesien als „sehr beachtenswert“ bezeichnete, weil es „ein Symptom einer mächtigen, weit verbreiteten, flug organisierten Reaktion gegen die leitenden Ideen des öffentlichen Lebens, gegen das Streben nach nationaler und innerer Freiheit sei“²⁾.

Aber auch in der Provinz ist man nicht untätig gewesen. Gerade hier war eine politische Schulung durchaus notwendig, wollte man nicht die katholischen Massen gegnerischen Parteien ausliefern. Eine unablässige und geeignete Anregung seitens der katholischen Presse, öftere Wiederholung von Versammlungen und vor allem im Privatleben das spornende Wort jedes entschieden gesinnten Katholiken: das waren die Wege, auf welchen man bestrebt war, den unteren Volksklassen zum Verständnis der

²⁾ Br. S. 1869, S. 424. Der Minister Dr. Falk gestattete 1872 die Simultanisierung der Schulen in Breslau.

Fragen zu verhelfen, über welche sie ein Urteil in der einen oder der anderen Weise abzugeben hatten. Rege Propaganda führte zur Bildung von katholischen Kasinos, die bemüht waren, bewusste Anhänger, nicht nur Stimmen, für die katholische Sache zu gewinnen. An Geschlossenheit gewann der katholische Bevölkerungsteil ferner durch die sich immer mehr ausbreitenden sozialen und Standesvereine. So gehörten im Jahre 1869 von den 232 preußischen Gesellenvereinen 87 allein der Breslauer Diözese an, und wie emsig hier gearbeitet wurde, das beweisen die an den Diözesanpräses gerichteten Anerkennungsschreiben des Fürstbischofs, des Generalvikars und vor allem das des Kölner Generalpräses. Letzteres schloß mit den Worten: „Die Breslauer Statistik empfehle ich allen Vereinen als Muster, wie denn auch im allgemeinen kein Diözesanvorstand so prompt und exakt ist, wie der von Breslau.“ (Br. H. 1869, S. 233.)

So wurde nach und nach recht wertvolle Arbeit zur Schulung des katholischen Volksteiles in Schlesien geleistet. In langjähriger, mühevoller und zielbewusster Tätigkeit haben die katholischen Führer „das Erdreich gelockert und den Samen ausgestreut. Die Zeit der Ernte nahte heran, aber auch die Zeit des Kampfes. Die Luft war bereits gewitterschwül“³⁾. Als im Dezember 1869 die Klosterfragen im Abgeordnetenhaus zur Debatte kamen, da wollten schon viele Katholiken eine großartige Kriegserklärung vernommen haben. Schon damals rief der Br.-Strehliker Religionslehrer Dr. Wagner seine Glaubensgenossen zur Abwehr auf: „Unsere heiligsten Güter sind in Gefahr. Im Angriff auf unsere Kirche ist die Freiheit unseres Glaubens und Gewissens gefährdet. In der Bedrohung der Klöster ist die Freiheit der Person und der Genossenschaft beleidigt. Durch die Abschaffung der konfessionellen Schule wird das Wohl und das ewige Heil unserer Kinder in Frage gestellt . . . Öffentlich und laut müssen wir gegen die uns feindlichen Bestrebungen protestieren, damit unsere Gegner sich nicht ferner rühmen, ihre Ansichten seien die des Volkes“⁴⁾. Diese Aufforderung, gegen den Oneistischen Antrag Protest zu erheben, blieb nicht unbefolgt. Wiederum war es das „wackere

³⁾ Mah, F., Die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands 1848—1902, Köln 1903, S. 198.

⁴⁾ Dr. Wagner, An die Katholiken Preußens, 1870, vgl. Br. H. 1870, S. 41.

katholische Volk in Schlesien“, das an der Spitze der Bewegung in Preußen marschierte, indem es „nicht allein zuerst Alarm geschlagen, sondern auch mit Hunderten von Adressen, Protesten und Petitionen mit Unterschriften von unabhängigen Männern aller Stände und Berufsclassen zuerst auf den Kampfplatz geeilt ist“ (Br. J. 1870, S. 238, 122).

Damit stehen wir an der Schwelle einer Epoche von wahrhaft allgemeinem Interesse, einer Epoche, nicht nur des schwersten seelischen Duldens, sondern zugleich auch des Aufstiegs der katholischen Kirche zu großartigster innerer Geschlossenheit und herrschender Stellung.

III. Der politische Katholizismus in Schlesien während des Kulturkampfes

1. Die Entstehung einer Phalanx des katholischen Volksteiles

Die katholische Kirche Schlesiens wurde während des Konzilsjahres bis in ihre Grundfesten erschüttert, gewann doch die Antinfallibilitätsbewegung unter der Intelligenz der katholischen Schlesier von Tag zu Tag bedenklich an Boden¹⁾. Doch diese gerade hier recht hochgehende antirömische Woge, die ihren Anfang unter den Breslauer katholischen Hochschullehrern nahm, sich auf die katholischen Gymnasien fortpflanzte und teilweise bis in die Reihen der Geistlichkeit vordrang, brach sich an dem mächtigen Ultramontanismus des schlesischen katholischen Volkes. So unternahm der Breslauer „Katholische Volksverein“ einen energischen

¹⁾ Es wird sich erübrigen, auf die durch das Vatikanische Konzil hervorgerufene Abfallbewegung im schlesischen Katholizismus näher einzugehen, da eine ausführliche Darstellung dieser Vorgänge bereits vorliegt bei Müller Leonhard, Die Breslauer politische Presse von 1742 bis 1861 nebst einem Überblick über die Defade 1861—71, Breslau 1908, S. 330 ff.

Auch die kirchenpolitischen Kämpfe der 70er Jahre bleiben, soweit sie nicht spezifisch-schlesische Merkmale aufweisen, in dieser Arbeit unberücksichtigt. Vgl. hierzu die Artikelserie: „Bilder aus dem Kulturkampf in Schlesien“ von Fr. X. Seppelt, Schl. B. 1924 (vom 18. März bis 18. August).

Vorstoß gegen die Gegner des Unfehlbarkeitsdogmas, indem er vor allem gegen die abtrünnigen Philologen protestierte, und das katholische Volk der Provinz bewies bald darauf seine Treue zu Rom durch eine aus 150 Orten stammende, mit 17 277 Unterschriften versehene Adresse an König Wilhelm, in der es um Intervention für das nun auch seiner letzten Stadt beraubte kirchliche Oberhaupt bat (Br. J. 1870, S. 1845, 1667, 1905). Bis in die Reihen der unmündigen Kinder wurde die Erregung über die schlesische Abfallbewegung und die Beraubung des Papstes getragen, wurde doch sogar unter den Schulkindern eine Unterschriften- und Geldsammlung für den hl. Vater veranstaltet²⁾.

Neben den Widersachern im eigenen Lager, den sogenannten Altkatholiken, erstand der katholischen Kirche bald ein neuer, mächtiger Gegner — im Staate. Die akatholischen Politiker meinten, daß durch die Annahme des Unfehlbarkeitsdogmas die katholische Kirche eine andere geworden sei, die Bischöfe nun nicht mehr selbständig, sondern nur noch Delegierte des absoluten Papstes seien, und daß daher auch der Staat der katholischen Kirche gegenüber eine andere Stellung einzunehmen gezwungen sei. Deshalb suchten sie die Grenzlinie zwischen Staat und Kirche zugunsten des ersteren zu verschieben. Fieberhaft begannen nun auch die schlesischen Katholiken zu rüsten, um den Kampf nach zwei Fronten bestehen zu können. Bereits seit Februar 1870 wurden in Breslau neben den allgemeinen Katholikenversammlungen spezielle Sitzungen für Volksvereinsmitglieder zur Besprechung von Zeitfragen veranstaltet. Eine besondere Versammlung der Vereinsvorstände beschloß am 24. Oktober 1871, die katholischen Vereinsinteressen ständig durch mehrere Männer wahrnehmen zu lassen, deren Tätigkeit sich erstrecken sollte auf: „1. Abweisung ungerechter Angriffe; 2. Sicherung der gewährleisteten Rechte und Freiheiten; 3. Auffindung der Wege, auf denen ein gedeihliches Zusammenwirken der Katholiken möglich ist; 4. Vermehrung der Vereine; 5. Abhaltung von Versammlungen an Orten, wo katholische Vereine noch nicht bestehen und 6. Förderung der katholischen Presse.“ (Schl. B. 1871, S. 257.)

Als aber trotz der dem Katholizismus drohenden Gefahren

²⁾ Schl. B. 1871, S. 221. Das Ergebnis der Kindersammlung waren 7846 Unterschriften und 170 Taler Spende.

die Stadtverordnetenwahlen nicht die der katholischen Bevölkerungszahl entsprechende Vertretung brachten, als sich einige Glaubensgenossen zur Unterschriftsleistung sogar zu einem Protestschreiben gegen die Jesuiten überreden ließen: da erkannte man, daß es noch immer an der nötigen Aufklärung des katholischen Volkes in Schlesiens mangelte, hatten doch die eigens zu seiner Schulung bestimmten Volksvereine bis November 1871 nur an etwa sechs Orten aufkommen können³⁾. Was den Bemühungen des Breslauer Vereinsvorstandes um die Ausbreitung dieser Organisation im Laufe von drei Jahren nicht gelungen war, das erreichte jetzt angesichts des gegen die Katholiken gerichteten Vorgehens eine einzige im November 1871 in der „Schlesischen Volkszeitung“ veröffentlichte Aufforderung zur Gründung von Volksvereinen. Wie mit einem Schlage stand eine Anzahl kirchlichgesinnter katholischer Männer auf, um sich der Erziehung der Massen, durch die sie ihre Anschauungen zum Siege führen wollten, zu widmen. Innerhalb von drei Monaten entstanden etwa 30 „Katholische Volksvereine“ in allen Teilen Schlesiens⁴⁾. Längst war über die Provinz ein Netz von katholischen Standes- und

³⁾ Es ist gelungen, vier dieser ältesten Volksvereine, die alle erst im Jahre 1870 entstanden sind, festzustellen, und zwar in Ranth-Neumarkt, Frankenstein, Reichenbach und Habelschwerdt. Ob in Beuthen, wo ein „blühendes, katholisches Vereinsleben“ herrschte, schon damals ein Volksverein bestand, ist nicht klar zu ersehen. Außer diesen politischen Vereinigungen war eine größere Zahl von „Kasinos“ vorhanden. Diese Vereine, die den geselligen Zusammenhalt der Katholiken bezweckten, betätigten sich bei den Wahlen von 1870/71 tatkräftig auch politisch, vor allem in Ratibor, Beuthen, Rattowitz, Myslowitz, Ologau.

⁴⁾ Bis Februar 1872 sind aus folgenden Orten Vereinsgründungen gemeldet worden: Alt-Berun, Bauerwitz, Deutsch-Piesar, Falkenberg, Gläsendorf, Grottkau, Gr.-Graudenz, Gr.-Wierau, Gr.-Zöllnitz, Kostenthal, Krappitz, Langenbielau, Lissa in Schl., Loewen, Münsterberg, Reibitz, Neustadt, Ober-Ologau, Ober-Rüschmalz, Ottmachau, Peterswaldau, Proskau, Ratiborhammer, Sadow, Schurgast, Eichau, Waldenburg, Ziegenhals, Zobten, Zülz (nach dem lokalen Teile der Schl. B., Dezember 1871, Januar und Februar 1872). In den hier erwähnten kleinen Ortschaften wird der schwierigen lokalen Verhältnisse wegen das innere Vereinsleben wohl mehr dem in den katholischen Kasinos üblichen geadhelt haben. In den von polnischsprechender Bevölkerung bewohnten Teilen Oberschlesiens gründete Miarka, der Schriftleiter des „Katolik“, polnische katholische Vereine unter dem Namen „Polskie Kołko“ (Polnische Vereinigung).

sozialen Vereinen gespannt, doch erst die politischen Organisationen verliehen ihm die nötige Spannkraft.

Diese Neuorganisation der Katholiken mußte als Gegenwirkung entstehen, nachdem die Zeitverhältnisse zu einer Spaltung im Katholizismus selber und zu dem Bestreben des Staates, seine Zuständigkeit auch auf das kirchliche Gebiet auszudehnen, geführt und die politische Herrschaft des Liberalismus begründet hatten. Die dem Vatikan treugebliebenen Kreise waren nun auf sich selbst angewiesen und mußten versuchen, sich auf breiterster Massengrundlage zusammenzuschließen, um sich im Staate und in den Gemeinden durchzusetzen.

In diesen Tagen des beginnenden Kampfes hat sich allmählich eine Wandlung auch in dem inneren Verhältnis der schlesischen Katholiken zu ihrem Vaterlande vollzogen. Im innersten Wesen durchaus preussisch gesinnt, fiel es ihnen anfangs merkbar schwer, ihre bisherige staatsfreundliche Haltung bereits dort aufzugeben, wo nicht direkt wichtige kirchliche Rechte verletzt wurden. So bedurfte es der größten Anstrengung seitens der Breslauer Hausblätter und ihrer Hintermänner, um die Volksvereinsmitglieder zum Widerruf des Mißtrauensvotums zu veranlassen, das sie der einseitig konfessionellen Zeitung wegen der Nichterwähnung des königlichen Geburtstages 1870 ausgestellt hatten⁵⁾. Auch noch bei der Reichstagswahl von 1871 vermochte ein großer Teil des Breslauer Volksvereins das Zusammengehen mit dem patriotischen „königs- und verfassungstreuen Verein“ nicht als eine Gefährdung der römisch-katholischen Prinzipien aufzufassen und ließ es deswegen sogar auf eine Spaltung im Verein ankommen (Br. S. 1871, S. 307, 315, 348). Erst die in den folgenden Jahren sich häufenden Übergriffe gegen die katholische Kirche hatten zur Folge, daß im Breslauer Katholizismus auch in Angelegenheiten, welche die Konfession nicht direkt betrafen, das katholische Moment über das vaterländische siegte. Diese anfängliche Unbestimmtheit im Verhalten der Klerikalen Breslaus, die sich auch in den übrigen Teilen Schlesiens bemerkbar machte, wird wohl ihren Grund zum Teil darin gehabt haben, daß es gerade in dieser Zeit an einer einheitlichen Leitung der schlesischen Katholiken fehlte. Dr. Wicf,

⁵⁾ Br. S. 1870, S. 512, 518, 577, 661, 675, 695; Schl. R. 1870, S. 185.

diese unermüdlich tätige Führerpersönlichkeit, hatte sich nach dem Verkauf seiner Breslauer Hausblätter im Jahre 1869 immer mehr vom öffentlichen Wirken zurückgezogen, bis er nach seiner Berufung in das Domkapitel 1871 endgültig die politische Bühne verließ. Erst im folgenden Jahre erstand in dem Grafen Franz Ballestrem ein neuer Führer, der berufen sein sollte, die politischen Organisationen weiter auszubauen und Schlesiens Katholiken von Sieg zu Sieg zu führen.

Raum waren in Schlesien die Volksvereine in größerer Anzahl begründet, da erging aus dem Westen die Aufforderung an die Katholiken, sich an den von dem Freiherrn von Loe Serporten ins Leben gerufenen „Mainzer Verein deutscher Katholiken“ anzuschließen. Die der Kirche bevorstehenden Gefahren, so meinte man, erfordern ein umfassenderes Vereinswesen als das einer einzigen Provinz. Diese im Entstehen begriffene gesamtdeutsche Organisation stellte sich, da die Verbindung politischer Vereine untereinander gesetzlich verboten war, als einen einzigen Verein dar, der in den verschiedensten Orten Geschäftsführer anstellte. Ihm gegenüber, dem überall großes Interesse und hingebende Bereitwilligkeit zur opferfreudigen Mitarbeit entgegengebracht wurden, nahmen Schlesiens Katholiken eine Sonderstellung ein, die eine starke Mißstimmung hervorrief. Man war in Schlesien um die Existenz der „Katholischen Volksvereine“, die sich bereits gut bewährt hatten, besorgt und warnte daher deren Mitglieder vor dem Anschluß an einen allgemeinen Verein, der seine Lebensfähigkeit und Wirksamkeit erst noch zu beweisen hatte. Außer diesem Nützlichkeitsgrunde waren noch zahlreiche andere Bedenken, die aus der wesentlichen Verschiedenheit der schlesischen Verhältnisse zu den Westdeutschlands sich ergaben, maßgebend für diese von der Auffassung der übrigen Katholiken abweichende Stellung der Schlesier.

Das durch eine gewisse Wohlhabenheit erzeugte Unabhängigkeits- und Selbständigkeitsgefühl der westdeutschen Katholiken, das Bewußtsein der Majorität dem nichtkatholischen Bevölkerungsteil gegenüber, mit dem ein starkes Gemeingefühl verbunden war, dazu die geistige Regsamkeit des fränkischen Stammes, das früher entwickelte politische Leben und die damit verbundene bessere politische Schulung, die größere Zahl schlagfertiger und redgewandter Männer, das dichtere Verkehrsnetz u. a. m.: alles das

sind Momente, die für den hauptsächlich durch Abhaltung großer Volksversammlungen wirkenden Gesamtverein der deutschen Katholiken im Westen Deutschlands recht günstig waren.

Anders lagen die Verhältnisse in Schlesien, wo die Hauptmasse der Katholiken in drückendster Not lebte. Man vergleiche beispielsweise den westfälischen mit dem erst in den 1850er Jahren von den letzten Resten der Hörigkeit befreiten oberschlesischen Bauern, der noch immer kaum viel mehr als ein gewöhnlicher Arbeiter war, der dazu von der ganzen Wucht des grundherrlichen Beamtentums und der Verwaltungsbürokratie in seiner politischen Denkkungsweise in hohem Grade beeinflusst wurde. Aber auch in den schlesischen Städten gehörten die Katholiken zu den minder bemittelten Bürgern, woraus das Vorhandensein von nichtkatholischen Stadtbehörden selbst in vorzugsweise von Katholiken bewohnten Städten sich erklärt. Der tiefe Bildungsstand, die politische Interesselosigkeit, das Fehlen tüchtiger Volksredner, die mangelhaften Verkehrsverhältnisse, vor allem in der katholischen Grafschaft Glatz und in Oberschlesien, zwangen eben, von großen Wanderversammlungen abzusehen und sich auf die Kleinarbeit in den bereits bestehenden Lokalvereinen zu beschränken. Mit aller Energie ging man nun an die Arbeit, um den anderen deutschen Katholiken in keiner Weise nachzustehen.

Emsig betätigte sich hierbei der Adel. Er hat, in unmittelbarer Berührung mit der Natur lebend, Frömmigkeit und Gottvertrauen sich bewahrt. Auch wurde er, in der ländlichen Abgeschiedenheit mit der Masse der katholischen Bevölkerung in Berührung stehend, nach und nach von der innerhalb des Katholizismus herrschenden römischen Strömung erfaßt. Während noch in dem 1848 gegründeten „Schlesisch-katholischen Verein“ nur ganz vereinzelt Adlige anzutreffen waren, beteiligte sich an der 1859 an den Papst gerichteten Ergebenheitsadresse zum erstenmal eine größere Zahl schlesischer Ritter. Zur Zeit der Konzilswirren aber traten einzelne von den im „Verein schlesischer Malteser-Ritter“ zusammengeschlossenen Magnaten bereits durch besonderen Eifer für die päpstliche Sache hervor. So entrüsteten sich mehrere von ihnen — vor allem die Grafen Matuschka, Sierstorpff und Karl Hoyerden — in der Breslauer Katholikenzeitung über die Infallibilitätsgegner unter den katholischen Gymnasiallehrern und wandten sich beschwerdeführend so-

gar an das Kultusministerium (Br. H. 1870, S. 1716, 1776, 1784, 1791, 1792, 1800). Schon im März schlossen sich 10 schlesische Adlige einer Erklärung des Breslauer Theologieprofessors Dr. Bittner an, die „alle für wie gegen die päpstliche Unfehlbarkeit gerichteten Privataadressen mit dem einem Generalkonzil gebührenden Respekt nicht für vereinbar“ fand (Br. H. 1870, S. 235, 419, 425, 391). Als Fürstbischof Dr. Förster nach der auch durch schlesische Malteserritter befürworteten Ablehnung des Grundrechtsantrages der Zentrumsparthei im Reichstage aus dem Malteserverein auszutreten die Absicht äußerte, da erklärten 17 schlesische Ritter sich durch die Reichstagsrede ihres Vereinsbruders, des Grafen Fred von Frankenberg, für tiefverletzt, und die Generalversammlung von 1871 erteilte Frankenberg eine Rüge, was seinen Ausschluß aus dem Vorstande zur Folge hatte⁶⁾. Immer deutlicher machten sich zwei Strömungen innerhalb des Malteserordens bemerkbar. Die inneren Gegensätze wurden noch verschärft durch das siegreiche Vordringen der Alerikalen, durch das den der freikonservativen Partei beigetretenen katholischen Adligen empfindliche Wahlniederlagen beigebracht oder wenigstens der Sieg recht streitig gemacht wurde. Schließlich gewann im Jahre 1873 die ultramontane Gruppe die Oberhand. Unter der Ägide des Herzogs von Ratibor (der geistige Urheber war Graf Frankenberg), des damaligen Baillis⁷⁾ des schlesischen Malteservereins, kam 1873 eine Rundgebung schlesischer katholischer Magnaten zugunsten der Kirchengesetze zustande. Diese sogenannte Staatskatholikenadresse, die zunächst von nur 172 schlesischen und 12 außerschlesischen Katholiken — meist abhängigen Leuten wie Gendarmen, Gutsbeamten, Förstern — unterzeichnet wurde⁸⁾, führte zu einer Spaltung des den charitativen Zwecken dienenden schlesischen Malteservereins. Als die bisherigen neun Vorstandsmitglieder samt dem vom Großmeistertum in Rom bestätigten Bailli, dem Herzog von Ratibor, bei der Wahl im Jahre 1873 durch ultramontangesinnte Ritter ersetzt wurden, schieden 34 Mitglieder aus dem Verein aus und

⁶⁾ Br. H. 1871, Nr. 97, S. 1095; vgl. auch „Schl. Z.“, Nr. 181, 1. Beil.

⁷⁾ Dies ist die Würde zwischen Großprior und Komtur.

⁸⁾ Nach der Überreichung an den Kaiser wurde die Adresse noch einmal in ganz Deutschland in Umlauf gesetzt und erzielte 6—7000 Unterschriften.

gründeten die „Genossenschaft der schlesischen Malteserritter“, die aber weder bei der preussischen Staatsregierung noch auch in Rom die förmliche Anerkennung nachsuchte⁹⁾.

Die klerikalgefinnten Malteserritter nahmen von nun an einen noch lebhafteren Anteil an dem katholischen Leben in Schlesien. Aber auch schon seit der kirchlichen Abfallbewegung waren sie auf jeder wichtigeren katholischen Versammlung vertreten — an dem „Katholikentage“ zu Breslau 1872 nahmen 80 Adlige, meist Schlesier, teil —, wie ja auch ihre Namen unter jeder bedeutenderen Rundgebung prangten und viele Volksvereine ihnen ihre Gründung oder ihren Aufschwung verdankten. So haben Vereine ins Leben gerufen bzw. sie gefördert: Graf Lach Hensel von Donnerstorf und Herr von Woykowski Biedau den Ranth-Neumarkter Volksverein; Graf Praschma den Verein zu Falkenberg, Graf Stolberg den Reichenbacher, Graf Chamare den Frankensteiner, Herr von Schalscha den Schurgaster und Freiherr von Prinz den Ober-Rüschmalzer Volksverein. Daher übertrug man den um die schlesische katholische Kirche so verdienten Rittern auch gern den Vorsitz auf den seit 1874 alljährlich stattfindenden Generalversammlungen der Katholiken Schlesiens.

Diese einmütigen Rundgebungen des katholischen Volksteiles erwiesen sich als notwendig, als der Staat glaubte, mit Ausnahmegeetzen gegen den Katholizismus vorgehen zu müssen und bald durch einschneidende Bestimmungen das blühende katholische Vereinsleben lahmlegte. Die Staatsregierung stellte sich nämlich auf den Standpunkt, daß das kirchliche Oberhaupt der Katholiken eine auswärtige Macht sei, die sich Landesgesetze zu annullieren erühne, sie also für die Katholiken als nicht gültig bezeichne, sofern sie nicht in Rom visiert und sanktioniert seien. Daher mußte sie, wollte sie sich nicht den größten Gefahren aussetzen, gegen die katholischen Vereine scharf vorgehen. Besaß doch der Klerus gerade in der festen Disziplin und weitverbreiteten Organisation des katholischen Volkes das wirksamste Mittel im Kampfe für seine Kirche. Dadurch, daß die staatlichen Behörden dem Begriffe „politische Fragen“ einen immer weiteren Umfang gaben, mußte damals ein katholischer Verein notwendigerweise zu einem po-

⁹⁾ Schl. Z. 1873, Nr. 440; Schl. B. 1873, S. 153, 154, 222; Schl. B. 1879, Nr. 130, S. 5. Am Ende des Kulturkampfes kam wieder eine Einigung der Malteserritter zustande.

litischen werden. Es versteht sich von selbst, daß angesichts der Kampfstellung, die Kirche und Staat in diesen Jahren einnahmen, und der durch die Presse beider Richtungen in der verhängnisvollsten Weise aufgestachelten politischen Leidenschaften selbst in solchen, ursprünglich nicht zu politischen Zwecken gegründeten Organisationen, wie Kasinos, Gesellenvereinen u. a., es gar nicht immer zu vermeiden war, politische Fragen zu berühren (z. B. über die bedrängte Lage der Kirche zu sprechen, zum Festhalten im Kampfe zu ermuntern — also aufzufordern, unter Umständen der staatlichen Gewalt Widerstand zu leisten —, womit aber das politische Gebiet bereits betreten wurde). So war es vor allem in Oberschlesien, wo mangelhafte Kenntnis des Vereinsgesetzes zu Formfehlern führte, nicht schwer, gegen die katholischen Organisationen vorzugehen, zumal man seitens der Regierung bestrebt war, „ganze Arbeit“ zu leisten, wie dieses daraus hervorgeht, daß mehrfach die Schließung von Vereinen verfügt wurde, die gar nicht mehr bestanden. Wenn auch vereinzelt noch neue Vereine entstanden, wenn vielfach nach polizeilicher Auflösung dieselben Vereine unter anderem Namen von neuem ins Leben gerufen wurden (Schl. B. 1875, Nr. 239, 1876, Nr. 29) und einige vorsichtig geleitete Organisationen auch jetzt noch einen bedeutenden Aufschwung nahmen — der Breslauer Volksverein zählte 1876 über 1000 Mitglieder —, so ließ doch der rasche Fortschritt, in welchem das Vereinswesen sich bisher entwickelt hatte, bedenklich nach. Vielfach ist es dem strengen Vorgehen der Behörden gelungen, Mitglieder der katholischen Vereine einzuschüchtern und sie sogar zum Austritt zu veranlassen.

So mußte man sich nach anderen Mitteln umsehen, um wichtige kirchenpolitische Beschlüsse unter die Anhänger zu verbreiten, ihr Gemeinschaftsgefühl zu stärken, und sie jederzeit kampfbereit zu erhalten. Von 1874 an wurden daher alljährlich (außer 1878) Generalversammlungen des gesamten katholischen Volkes Schlesiens veranstaltet, die den großen Vorteil boten, daß die strengen Vorschriften, denen die Vereine unterworfen waren, auf sie nicht angewendet werden konnten. Durch den Wechsel des Tagungsortes dienten sie in wirksamster Weise den Zwecken der Propaganda. Während in den Jahren 1874 und 1875 die in deutscher Gegend gelegenen Städte Breslau und Reife zu Schauplätzen der Katholikenversammlungen erwählt wurden, fanden die Sa-

gungen in den nächsten Jahren in den von Zweisprachlern bewohnten Orten Ratibor, Oppeln und Beuthen statt. Von Jahr zu Jahr vergrößerte sich die Zahl der Besucher dieser Volksversammlungen, die großartige Rundgebungen des immer mehr eine Einheit bildenden schlesischen katholischen Volkes darstellten. Nahezu 6000 Personen, davon die Hälfte polnischer Muttersprache, besuchten seit 1876 alljährlich die schlesischen Katholikentage. Neben gesonderten Frauensitzungen erwiesen sich besondere Versammlungen für die deutsch- bzw. polnischsprechenden Teilnehmer als notwendig. Adlige, Abgeordnete und Vertreter der Presse aller Schattierungen waren zugegen. Wichtige Beschlüsse wurden hier gefaßt und Anregungen gegeben, die in den folgenden Monaten durch zahlreiche Vereins- und Volksversammlungen in die breiten Schichten des Volkes getragen wurden. So erfüllten die schlesischen Katholikentage von einem einheitlichen Mittelpunkt aus immer weitere Kreise mit dem gleichen Geiste und machten sie gleichen Zwecken dienstbar. Bald stellte der schlesische Katholizismus in der Tat ein eigenes „corpus catholicorum“ dar ¹⁰⁾.

Wenn auch die unermüdliche Agitation der Presse und des Klerus den katholischen Bevölkerungssteil zu dieser Einheit zusammengeschweißt hatte, so trugen die oft mit Leidenschaft und kalter Berechnung zugleich angewandten Regierungsmaßnahmen nicht minder dazu bei. „Die Idee, mit Hilfe des Exekutors und Gefängniswärters den Geistlichen zu bekämpfen, ist freilich originell, aber nicht glücklich,“ schrieb damals Dr. Rudolf Mayer in seiner Broschüre: „Die Korruption in Deutschland“ (Schl. V. 1877, Nr. 16, S. 2). „Die Macht des Geistlichen liegt gar nicht im Geistlichen selbst ¹¹⁾, sondern in den Millionen von Christenherzen, welche an diesen Geistlichen glauben, von ihm Trost und Vergebung ihrer Sünden hoffen.“ So mußten auch in Schlesien die Absetzung des Fürstbischofs, die gegen den Klerus geübten Härten in der Anwendung der Maigesetze, der Abereifer mancher

¹⁰⁾ Vgl. „Die Resolutionen und Reden . . .“ der einzelnen Generalversammlungen schlesischer Katholiken. Erschienen für 1874 und 1877 in Breslau; 1875 in Reife (Hucks Verlag); 1876 in Ratibor (Marzellus-Druckerei).

¹¹⁾ Sagten sich doch in den meisten Fällen die schlesischen Gemeinden von ihren Seelsorgern los, sobald diese das Staatsgehalt annahmen.

untergeordneter Regierungsorgane, welche oft harmlose Bestimmungen im kulturkämpferischen Sinne ausnützten, ferner die Eingriffe in das Gebiet der kirchlichen Gebetsvereinigungen und privaten religiösen Andachten u. a. m. die Katholiken ihrem mit solchen radikalen Mitteln vorgehenden Vaterlande entfremden. Vor allem aber war ein derart trauriger Vorfall, wie die Ohlauer Hostienaffäre¹²⁾, bei der ein Gendarm geweihte Hostien, „in denen der gläubige Katholik seinen Herrn und Gott erblickt, vor dem er sich anbetend niederwirft, und dem er nur in tiefster Ehrfurcht sich naht“¹³⁾, dem Tabernakel entnahm und zur Untersuchung in ein Gerichtszimmer brachte, durchaus dazu angetan, die Gemüter auf das höchste zu erbittern. „Es ist traurig,“ schrieb damals die Schl. B. (1876, Nr. 114), „daß wir bereits soweit sind, daß ein Gendarm das Allerheiligste in dem Tabernakel nach dem Büro transportieren darf, wie man alte Lumpen und Gerümpel dorthin schafft, um als corpus delicti oder zur Recognition zu dienen, ohne von seiten der höchsten Instanz einen Tadel zu finden.“

Man muß unter der katholischen Bevölkerung, vor allem Oberschlesiens, längere Zeit gelebt haben, um voll ermessen zu können, welchen Eindruck gerade dieses Ereignis auf die kindlich-frommen, kirchlich-gläubigen Bewohner machen mußte; bäumte sich doch selbst jede ernste katholische Überzeugung auf über diesen Eingriff in das innerste Heiligtum, für welchen die Regierung nicht einmal ein Wort der Mißbilligung hatte. Da bedurfte es keiner Aufbauschung der Dinge, keiner Agitation seitens der Geistlichkeit:

12) Als im April 1876 der Pfarrer von Zottwitz verhaftet wurde, ließ man aus seiner Kirche einige Geräte, darunter den Kelch mit den geweihten Hostien, um sie vor der Entweihung durch den exkommunizierten Kaplan des Ortes zu sichern, in die Pfarrkirche nach Ohlau schaffen. Der Kaplan, der sich dadurch der Möglichkeit, geistliche Funktionen vorzunehmen, beraubt sah, erhob gerichtliche Klage. Während der Verhandlung drang ein Gendarm, ohne hierzu beauftragt zu sein, in die Ohlauer Pfarrkirche ein, bemächtigte sich des Schlüssels zum Tabernakel, entnahm hierauf den einzelnen Kelchen mehrere geweihte Hostien und legte sie dann dem Kläger vor, in der Meinung, dieser werde die Zottwißer Hostien herausfinden. Auf diese Weise hoffte er den Aufbewahrungsort des „geraubten“ Kelches am schnellsten festzustellen.

13) Worte des Abgeordneten Dr. Franz in der Sitzung des Abg.-Hauses vom 12. Mai 1876. Stenogr. Ber., S. 15 099 ff., Schl. B., Nr. 114.

solche Tatsachen, ins Volk geworfen, wirkten besser als viele Hegereden. Und so schmolz denn auch Schlesiens katholische Bevölkerung immer inniger zusammen und bildete bald eine fast unlösbar scheinende Lebens-, Arbeits- und Schicksalsgemeinschaft. Trotz der das katholische Vereinsleben stark lähmenden Kulturkampfmaßnahmen zählte man in Schlesien am Ende der 1870er Jahre noch

- 22 Volksvereine,
- 62 Gefellenvereine mit 5 eigenen Häusern,
- 4 Meistervereine,
- 4 Lehrlingsvereine,
- 10 Borromäus-Bezirksvereine mit 124 Hilfsvereinen,
- 61 Vinzenzvereine mit 112 Konferenzen,
- 1 „Oberschlesischen Bauernverein“,
- 3 Vereine der christlichen Mütter u. a. m.¹⁴⁾.

2. Die katholisch-politische Presse Schlesiens

Eine der wichtigsten Waffen, die den Katholiken im Kampfe mit dem Staate zur Verfügung standen und deren Einfluß nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, war die katholisch-politische Presse. Treffend sagte von ihr ein Redner auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Aachen 1879: „Die katholische Presse ist unsere geistige Artillerie; die Herren von der Presse stehen täglich an den Kanonen; die Infanterie — das katholische Volk — geht keinen Schritt voran, wenn nicht vorher die Presse Breschen in die Reihen der Gegner geschossen hat.“ (May, J., a. a. O., S. 256.)

Von einer katholisch-politischen Presse in Schlesien kann man erst seit der 1863 von Dr. Wick vorgenommenen Gründung der zweimal wöchentlich erscheinenden „Breslauer Hausblätter“ sprechen¹⁾. Aber auch schon vorher betrat das im Jahre 1835

¹⁴⁾ Woerl, Leo, „Führer in das kath.-polit., christlich-soziale und kirchliche Vereinswesen“, 1880, führt insgesamt 220 schles. Vereine an. Diese Zahl scheint jedoch, aus den in den katholischen Blättern Schlesiens vereinzelt vorkommenden Vereinsdaten zu schließen, zu niedrig angegeben zu sein.

¹⁾ Eine politische Tageszeitung besaßen die Katholiken Schlesiens in der Zeit von 1846—1848. Vgl. S. 7, Anmerkung 1, dieser Abhandlung.

ins Leben gerufene „Schlesische Kirchenblatt“, so oft es die Verhältnisse erforderten, mannhaft die politische Arena und kämpfte, besonders unter der Leitung Dr. Lorinßers, seit 1852 nicht ungeschickt für die katholische Sache. So suchte es nach der Bildung der katholischen Fraktion im preussischen Landtage mit Eifer deren parlamentarische Wirksamkeit zum Verständnis des katholischen Volkes zu bringen und ihren Anhang in Schlesien zu vergrößern. Orell beleuchtete es immer wieder die traurigen unparitätischen Verhältnisse der Provinz Schlesien und trat für ihre Abhilfe ein. Dem sich immer stärker fühlbar machenden Mangel eines katholisch-politischen Organs, das dem mächtig erstarkten katholischen Bewußtsein auch auf staatlichem Gebiete Ausdruck verschaffen sollte, suchte Dr. Wick durch die Gründung der „Breslauer Hausblätter“ abzuhelpen. Mutig trat dieses neue Katholikenblatt in den Jahren des parlamentarischen Verfassungskampfes als Annalt der königlichen Rechte auf, stellte sich jedoch, als Bismarcks Streben nach Ausschluß Österreichs aus Deutschland klar zu erkennen war, ebenso entschieden auf die großdeutsche Seite, kämpfte nach 1866 energisch für die Gleichberechtigung des katholischen Bevölkerungsteiles mit dem protestantischen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und unterstützte nach Kräften die Selbstständigkeitsregungen der schlesischen Katholiken.

Der Zustand der katholisch-politischen Presse in Schlesien zu Beginn des Kulturkampfes war nicht gerade erfreulich für einen Katholiken. Außer der aus den „Breslauer Hausblättern“ hervorgegangenen, seit dem 1. Januar 1869 täglich erscheinenden „Schlesischen Volkszeitung“²⁾ und dem 1848 gegründeten Habelschwerdter „Gebirgsboten“ besaß Schlesien nur noch die beiden in polnischer Sprache geschriebenen Wochenblätter „Katolik“ und „Zwiastun gornoslaski“, von welchen letzteres bereits Ende 1872 wieder einging. Selbst das Hauptorgan der Katholiken, die Schlesische Volkszeitung, konnte, mit der mächtigen nichtkatholischen Breslauer Presse ringend, nach einem anfänglichen Aufstieg zu keinem größeren Einfluß gelangen. Die widerlich antipreußische Färbung, die der Rheinländer Birnich, unter dessen Leitung das Blatt bis zum Kriegausbruch 1870 stand, ihm zu geben vermochte, rief wiederholt Proteste aus der schlesischen

²⁾ Diesen Namen führt das Blatt seit dem 1. Juli 1871.

Intelligenz, ja sogar vom Fürstbischof und dem Domkapitel hervor³⁾. Aus schwerer finanzieller Not 1873 durch Spenden gerettet, stieg die Zeitung unter der Redaktion des Konvertiten Dr. Hager während der Kulturkampfjahre zu einem der angesehensten katholischen Provinzialblätter Deutschlands auf.

Die Tendenz sämtlicher Katholikenzeitungen Schlesiens war von Anfang an entschieden konfessionell. Schon 1870 schrieb die „Unita Cattolica“, daß das Mainzer Journal und die „Breslauer Hausblätter“ immer die gesunden Lehren verteidigen, und der „Univers“ bezeichnete dieses Breslauer Katholikenorgan als das „Modell für katholische Zeitungen“ (Br. S. 1870, S. 579). Als während des Kulturkampfes die gegnerische Presse den Katholizismus mit dem Deutschtum für unvereinbar erklärte und sich gerade gegen das, was dem Katholiken heilig ist, in Schmähungen ausließ, da gaben sich die schlesischen katholischen Blätter, sich in der Verteidigung fühlend, einer Gehässigkeit hin, die einer Steigerung oft nicht mehr recht fähig war. Richtig, wenn auch kras und ohne Berücksichtigung der tieferen Motive für dieses Verhalten, kennzeichnete der Kultusminister Dr. Falk am 10. Februar 1879 im Abgeordnetenhaus die von der katholischen Presse Schlesiens angewandte Methode. „Überall,“ so führte er aus, „auch bei den allerunschuldigsten Maßnahmen, wird der Kulturkampf hineingezogen. Tatsachen, die sie irgendwie zu diesem Zwecke verwenden können, bauschen sie in einer Weise auf, malen sie mit brennenden bzw. düsteren Farben, so daß man das Gesicht der Wirklichkeit nicht mehr erkennt. . . Diejenigen Männer, die ihnen aus Überzeugung oder in Ausübung ihrer Berufspflicht entgegen-treten, werden stets persönlich angegriffen. . . , alles, was sie irgend getan haben, so dargestellt, daß es sie verächtlich erscheinen läßt, und haftet wirklich einmal an einem von ihnen ein Fleck, dann wird dafür gesorgt, daß dieser niemals vergessen wird, immer und immer wieder wird die Erinnerung daran aufgefrischt — das ist der Geist der schlesischen Presse.“ (Schl. B. 1879, Nr. 36 S. 3.)

Gewiß, die schlesischen Katholikenblätter hielten die Kulturkampfzeit für viel zu ernst, um zum Nachteil der Sache und ihrer vollen Wahrheit gewisse Rücksichten gegen Personen, selbst des eigenen Lagers, walten zu lassen; aber sie bewiesen hierbei keinen

³⁾ Br. S. 1870, Nr. 89, S. 610, 534, 540, 547. Müller, U., a. a. O. S. 357, 363.

glücklichen politischen Takt und gingen in ihrer Entschiedenheit zu weit. Selbst rein politische Dinge betrachteten sie lediglich vom katholischen Standpunkt aus und bekämpften die entgegengesetzten oder abweichenden Anschauungen als unkatholisch. Daher fühlten sich selbst entschieden katholischgesinnte Männer veranlaßt, über die „Gehässigkeit“, mit der die Schlesische Volkszeitung die „Nicht-, Auch- und Lauffatholiken“ angriff, und über die Ausschließlichkeit, mit der sie die wahre Katholizität für sich allein in Anspruch nahm, ihren Unwillen zu äußern. Mehrfach traten sogar katholische Geistliche gegen die oft grundlosen Anschuldigungen und verletzenden Angriffe des Blattes gegen den Herzog von Ratibor auf, z. B. die Pfarrer von Jastrzemb, Rachowitz und Simmendorf. Auch der Ratiborer Klerus fühlte sich verpflichtet, „schon im Interesse für die Ehre der ganzen achtbaren Familie des Herzogs zu widersprechen, da dem Herzog gewiß absichtliche Schädigungen kirchlicher Angelegenheiten fernliegen“. Ähnlich äußerte sich noch besonders der Ratiborer Stadtpfarrer und Zentrumsabgeordnete Schaffer. (Schl. B. 1871, S. 195, 221, 230, 391.) Der bekenntnistreue Herr von Maubeuge — Landschaftsdirektor von Neiße-Grottkau — schrieb, mit dem rigorosen Vorgehen der Zeitung nicht einverstanden, 1873 unwillig: „Ich kann nicht unterlassen, die Überzeugung auszusprechen, daß die Germania und die Schlesische Volkszeitung das Interesse der katholischen Kirche und das der Katholiken in wahrhaft katholischem Sinne bisher nicht gefördert, sondern demselben mehr Schaden als Nutzen zugefügt haben.“ (Schl. B. 1873, Nr. 238.) Tatsächlich bot das Verhalten der katholischen Presse wiederholt einen Vorwand zu mißtrauischer Behandlung und Zurücksetzung der Katholiken. So verschuldete das unbedachte Vorgehen des Breslauer ultramontanen Blattes, welches die Frage der sogenannten milden Handhabung der Maigesetze in Schlesien aufrollte, die Entlassung des der katholischen Kirche freundlichgesinnten schlesischen Oberpräsidenten von Nordenflicht ⁴⁾.

⁴⁾ Es mögen verschiedene Ursachen zusammengewirkt haben, um die Maßregelung herbeizuführen; entscheidend soll aber das Verhalten des Oberpräsidenten in der kirchlichen Angelegenheit gewesen sein. Mit seiner Zustimmung wurden nämlich die maigesetzlich vorgeschriebenen Anzeigen über Pfarrerernennungen nicht, wie es gefordert wurde, durch die bischöflichen Behörden, sondern durch die Kirchenpatrone der betreffenden Pfarochien erstattet.

Es ist nur zu begreiflich, daß, je länger der Kampf dauerte, desto mehr auch die Sprache der klerikalen Zeitungen solch scharfe Formen annahm, daß die Behörden sich verleßt fühlen mußten. Diese Blätter verkannten eben die letzten Motive für das staatliche Vorgehen gegen ihre Kirche und identifizierten sie schlechtweg mit denen des glaubenslosen Liberalismus. Andererseits hielt es die Regierung für durchaus notwendig, diese Presse zu knebeln, die nach ihrer Meinung Ungehorsam gegen die Landesgesetze predigte, die politische Ordnung bekämpfte und unter den Bewohnern konfessionelle Streitigkeiten hervorrief. Der Schneid der Staatsanwälte brachte es mit sich, daß selbst Äußerungen berechtigter und maßvoller Kritik seitens der klerikalen Publizistik nicht geduldet wurden. So kam es, daß kein ultramontanes Blatt in Schlesien der strafrechtlichen Verfolgung entging. Am meisten aber litten unter dem Drucke der Polizei die polnisch geschriebenen katholischen Zeitungen Oberschlesiens. Diese polnische Presse kann noch nicht als der Ausdruck einer öffentlichen Meinung bezeichnet werden; sie spiegelte nur die Gesinnung der schreibenden Redakteure wider. Mehr Wärme der Begeisterung als Reife des Urteils entfaltend, mußte sie, da sie jede einzelne Frage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der kirchlichen Interessen betrachtete, nicht nur selbst in eine immer schärfere Kampfstellung zu der preussischen Kirchenpolitik geraten, sondern den fast durchweg urteilslosen Leserkreis gleichfalls oppositionell machen.

Das bei weitem einflußreichste Organ der polnischsprechenden Katholiken Schlesiens war der seit dem 1. April 1869 einmal wöchentlich in Nicolai erscheinende „Katolik“, dessen Schriftleiter Miarka es vortrefflich verstand, ihn den Bedürfnissen des obereschlesischen Volkes anzupassen und ihm durch seine volkstümliche Schreibweise schließlich bis in die kleinste Hütte Eingang zu verschaffen. Wiederholt versuchte man, Miarka, dessen Einfluß auf die Leser seines Blattes überaus groß war⁵⁾, zu einer

⁵⁾ Noch heute ist der Name dieses Volksagitators unter der ältesten Generation der polnischsprechenden Bevölkerung Oberschlesiens gut bekannt. Aus den Äußerungen alter Personen, die die Kulturkampfperiode bereits tätig miterlebt hatten, geht hervor, welche Verehrung und blinde Gefolgschaft Miarka bei den Oberschlesiern fand. Ein jetzt 83jähriger Glaubenskämpfer dieser Zeit erzählte mir etwa folgendes: Allwöchentlich

Anderung des Inhalts und der Tendenz des „Katolik“ zu veranlassen (Schl. B. 1872, Nr. 285, 1873, Nr. 83). Als alle Bemühungen erfolglos blieben, ging man mit besonderer Strenge gegen dieses Blatt vor. Jede Nummer mußte von der Oppener Regierung in deutscher Übersetzung sowohl an das Ministerium als auch an den Beuthener Staatsanwalt gesandt werden. Nun folgten häufige polizeiliche Beschlagnahmen, zahlreiche Prozeßverfahren und vielfache Verurteilungen. So wurde Miarka in den Jahren 1871 und 1872 siebenmal, und zwar zu 11 Monaten Haft und zu kleineren Geldstrafen verurteilt, und im Jahre 1875 verbüßten drei Redakteure dieses Wochenblattes gleichzeitig Gefängnisstrafen (Schl. B. 1873, Nr. 35; 1875, Nr. 213, 275, S. 6). Alle diese Maßnahmen und selbst die Gründung neuer Zeitungen — z. B. des seit 1871 von dem altkatholischen Geistlichen Kaminski in Rattowitz herausgegebenen polnischen Blattes „Prawda“ (Wahrheit) und des seit Oktober 1872 in Plesch in deutscher und polnischer Sprache erscheinenden staatskatholischen Organs „Slazak“ (Schlesier) — vermochten den Katolik, dessen Leserschaft Ende der 1870er Jahre auf 8000 stieg⁶⁾, wie die katholischen Zeitungen Schlesiens überhaupt, nicht zu schädigen. Im Gegenteil, den Katholiken wurde dadurch um so eindrucksvoller zum Bewußtsein gebracht, welche Pflichten sie gegen ihre Presse zu erfüllen haben. Die Erkenntnis von der Wichtigkeit und Notwendigkeit eigener Pressorgane breitete sich in allen Teilen der Provinz aus. Aus großer Dürftigkeit hatte sich die klerikale Presse in achtungsgebietender Weise

versammelten wir uns damals in der Regel nach dem sonntäglichen Gottesdienste in der Dorfschenke und in den geräumigeren Bauernhäusern, wo uns von den des Lesens kundigen Mitbewohnern die einschlägigen Artikel des „Katolik“ vorgelesen wurden. Mit größtem Interesse verfolgten wir die kirchenpolitischen Ausführungen. Die Erregung über diese oder jene Regierungsmaßnahmen gegen die katholische Kirche zitterte in uns allei noch auf dem Nachhausewege derart nach, daß wir fast jedesmal beschloßen, auch noch am Abend hier und da zusammenzukommen, um weiter hierüber zu debattieren. Und wenn sich unter uns einmal mehrere Meinungen bildeten, so brauchte derjenige, der mit seiner Ansicht durchdringen wollte, nur zu erklären: „So hat es Miarka gesagt“ —, und sofort stimmten alle seiner Meinung bei.

⁶⁾ Beim Beginn der Verfolgungen hatte er nur 1200, im April 1873 bereits 3500 Abonnenten.

emporgearbeitet. 18 katholische Blätter mit 47 000 Lesern konnte Schlesien im Jahre 1879 aufweisen. Eine Übersicht ergibt folgendes Bild:

Ort der Herausgabe	Name des Blattes	wöchentl.	monatl.	Auflage	Preis des Jahrgangs
Beuthen . . .	Gazeta Górnosłazka	2		3000	4
Breslau . . .	Schlesische Volkszeitung	6		5000	20
" . . .	Deutscher Volksfreund	2		2000	7
" . . .	Schlesisches Kirchenblatt	1		1000	6
" . . .	Breslauer Sonntagsblatt	1		3000	4
" . . .	St. Hedwigsblatt		1	3000	6
" . . .	Schles. Bonifatius-Bereinsblatt		1	750	1,20
Frankenstein .	Frankenstein-Münsterbergische Zeitg.	2		2000	4
Gleitwitz . . .	Oberschlesische Volksstimme	2		2000	5
Habelschwerdt .	Der Gebirgsbote	2		5000	6
Landeshut . . .	Der Feierabend, vierteljährlich			1000	2,40
Neiße	Neißer Zeitung	3		2500	6
"	Katholische Familienblätter		1	2000	1,40
Nicolai	Katolik	1		8000	4
"	Monika			4000	
Ober-Ologau . .	Kathol. Schulblatt, 8 Hefte jährlich			1500	
Ratibor	Ratibor-Leobschüler Zeitung	2		1000	7
Wittichenau . .	Wittichenauer Wochenblatt	1		750	

So besaß der Katholizismus auch in dieser Provinz ein „wohlbestelltes Streitfeld, wo jeder Angriffspunkt mit einer tüchtigen Truppe in vortrefflicher Rüstung verteidigt“ wurde (Woerl, „Rundschau über die katholische Presse zu Neujahr 1878“, S. 85).

3. Die Gründung des „Christlich-konservativen Wahlvereins“ und die Erfolge der Zentrumsparlei in Schlesien

Organisation und Presse waren die starken Pfeiler, auf welchen die wirksame Agitation der Katholiken bei den Wahlen ruhte. Zur Abwehr der antikirchlichen Bestrebungen der Liberalen traten die Klerikalen im Jahre 1870 mit erhöhtem Eifer in die Wahlkampagne ein. Leitete man in den katholischen Gegenden Preußens im allgemeinen aus den Angriffen auf die klösterlichen Niederlassungen im Abgeordnetenhanse die Notwendigkeit eines selbständigen Vorgehens bei den bevorstehenden

Landtagswahlen ab, so wurde dieses Streben nach strengkonfessionellen Wahlen in Schlesiens noch verstärkt durch die antikatholische Lösung der Breslauer Schulfrage (vgl. S. 62 ff. dieser Abhandlung). Gerade diese Angelegenheit lag den ultramontanen Kreisen der Provinzialhauptstadt sehr am Herzen. „Es ist unglaublich,“ schrieb damals hierüber die Spenerische Zeitung (Nr. 116 nach den Br. J. 1869, S. 286), „mit welcher Behemeng von den Führern der katholischen Bewegung in dieser Sache agitiert wird, die sie nun einmal zum Probierstein ihrer Macht erkoren, und die sie durchaus jetzt in ihrem Sinne erledigt wissen wollen...“ Wenn man bedenkt, daß die klerikalen Wünsche, obwohl sie von den höchsten Staatsbehörden als berechtigt anerkannt worden waren, dennoch durch das Abgeordnetenhaus abgewiesen wurden, so wird man erkennen können, für wie überaus nötig Schlesiens Katholiken die Wahl eigener, für die katholischen Rechte und Freiheiten begeisteter Männer hielten. Schon damals (Br. J. 1869, S. 317) wurde die Stellung jedes einzelnen schlesischen Abgeordneten zu der Simultanschulfrage in Breslau genau angegeben, „damit jedermann weiß, wie er sich bei den künftigen Wahlen unserer Abgeordneten zu verhalten habe“. Als nun in dem darauf folgenden Jahre die Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit eine starke Erschütterung gerade in Schlesiens katholischer Kirche hervorrief, war es für die vatikantreuen Kreise selbstverständlich, gegen die die antikatholischen Regungen fördernden liberalen Parteien mit aller Entschiedenheit vorzugehen. Zum erstenmal griffen die Volksvereine und Kasinos in die Wahlpropaganda tatkräftig ein. Die eifrigste Agitation entfaltete der unter der Führung des Grafen Lutz Hendel von Donnersmarck stehende Volksverein von Ranth-Neumarkt. Als erster begründete er ein katholisches Wahlkomitee und hielt eine Anzahl von Wahlversammlungen in verschiedenen Teilen des Kreises ab. Aber auch die „Katholischen Kasinos“ in Ratibor, Beuthen, Königshütte, Rattowitz u. a. m. haben sich um das Zustandekommen klerikaler Wahlen recht verdient gemacht. In den Gegenden, in welchen es an katholischen Vereinen mangelte, nahm sich die Geistlichkeit mit Eifer des Wahlgeschäftes an. Wie groß ihr Einfluß war, ersieht man aus einer Zuschrift „mehrerer Wähler“ aus dem Wahlkreise Pleß-Rybnik, welche hervorhebt, daß es der Klerus in hiesiger Gegend lediglich in seiner Hand habe, ob

katholische Kandidaten aus der Urne hervorgehen oder nicht. Auch der Ratiborer Korrespondent bittet die Geistlichen, die Wahlmänner auf die katholischerseits aufgestellten Kandidaten „gehörig aufmerksam zu machen, denn mehr bedürfe es nicht bei unserem gut katholischen Landvolke“ (Br. H. 1870, S. 1747 und 1898). Sie wurden ferner von ihrem Fürstbischof aufgefordert, dafür zu sorgen, „daß in die gesetzgebenden Versammlungen Vertreter des Volkes gesandt würden, deren Überzeugung und Charakter die Sicherheit gäben, daß sie jeder Schädigung der religiösen Interessen mannhaft entgegenträten und in den vorkommenden religiösen Fragen ihr Votum im Sinne und zur Verteidigung der Kirche abgeben würden. Wir wünschen nicht,“ heißt es in dieser Ermahnung weiter, „daß Ihr Euch zu diesem Zwecke in stürmische Wahlagitationen einlaßt, am wenigsten, daß die Kanzel gemißbraucht werde, um die ohnehin mit jedem Wahlakt verbundene Aufregung von heiliger Stätte noch zu erhöhen. Wir ermahnen Euch aber, in der besonnenen und würdigen Weise, welche dem Seelsorger ziemt, durch Belehrung Eurer Mitbürger auf Erzielung von Wahlen in dem vorbezeichneten Sinne hinzustreben.“ (Br. H. 1871, S. 197.) Dank diesem gemeinsamen Vorgehen von Bischof und Klerus, von Vereinen und Presse, eroberten die Klerikalen sechs ober-schlesische Mandate. Während Erzpriester Funke im Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg und Pfarrer Schaffer im Ratiborer Wahlbezirke an die Stelle von katholischen Konservativen traten, schlugen Erzpriester Schumann in Pleß-Rhybnik und Graf Braschma in Neustadt-Falkenberg je einen freikonservativen Abgeordneten. Die beiden Beuthener Mandate wurden von Graf Lach Hensel von Donnersmarck und dem Kreisgerichtsrat Maiß den Altliberalen entzogen.

Der Gegensatz zwischen den Ultramontanen und der liberalen Partei spitzte sich immer mehr zu. Hatten schon die Verdamnung der liberalen Theorie durch den Syllabus im Jahre 1864 und der durch das Vatikanische Konzil in der katholischen Kirche vollends zur Durchführung gelangte Absolutismus die katholischen feindliche Tendenz im Liberalismus mächtig verstärkt, so erblickten die Liberalen in der gerade jetzt vorgenommenen Gründung der Zentrumsfraktion nichts anderes, als einen Vorstoß gegen ihr nun endlich verwirklichtes Ideal — das neue Deutsche Reich. Die Vor-

gänge in der bayerischen Kammer und die scharfe Betonung des föderalistischen Prinzips mußten die liberale Auffassung, daß die Klerikalen der Reichspolitik ablehnend gegenüberstehen, nur bekräftigen. Andererseits befürchteten die Katholiken, daß die Nationalliberalen, nachdem ihr kleindeutsches Ziel erreicht war, nun dazu übergehen würden, in dem neuerstandenen Deutschen Reiche ihre kirchenfeindlichen kulturpolitischen Forderungen zu verwirklichen, und sie betrachteten daher „die Bildung einer geschlossenen Phalanx katholischer Abgeordneten nur als einen durch die Nothwendigkeit gebotenen Akt der Selbsterhaltung, lediglich dessensiver, nicht offensiver Natur“. Die der klaren Auffassung der katholischen Verhältnisse hinderlichen akatholischen Vorurtheile, die Stellung der gegnerischen Presse gegenüber dem Konzil und der altkatholischen Bewegung in Schlesien, ihre Verdächtigungen und Schmähungen katholischer Institutionen, andererseits der ausschließlich konfessionelle Standpunkt bei den Wahlen, für den die ultramontanen Organe immer eifriger eintraten: alles dieses mußte notwendig auch zu einer Entfremdung zwischen den Klerikalen und den übrigen Parteien führen. Während noch bei den letzten Wahlen zum Landtage die schlesischen katholischen Blätter für einen Kompromiß mit den Konservativen sich betätigt hatten, standen sie bei den Reichstagswahlen 1871 einem Zusammengehen mit dieser Partei ablehnend gegenüber, „weil auf dem Reichstage tief in das katholische Leben einschneidende Fragen zur Diskussion kommen würden, für die einzustehen, ja bloß für sie sich zu erwärmen man einem gläubigen Protestanten nicht zumuten könne“ (Br. S. 1871, S. 348). Bald aber bewies die führende Breslauer Katholikenzeitung auch ihre Unduldsamkeit gegenüber den Feudalen, indem sie nicht nur entschieden Partei nahm gegen diejenigen Volksvereinsmitglieder, die für ein Kompromiß mit dem „königs- und verfassungstreuen Verein“ agitierten, sondern auch als einziges Blatt in Breslau die Veröffentlichung des konservativen Wahlaufsatzes nicht einmal in ihrem Anzeigenteil gestattete. „Die Katholiken haben,“ so rechtfertigte sich die Zeitung, „von den Konservativen als politische Partei nichts zu erwarten, das Lehren vor allem deren Organe, die „Kreuz-“ und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche in der Katholikenhege und in der Begünstigung der wider ihre Kirche in Auflehnung begriffenen Katholiken das möglichste geleistet haben.“ (Br. S. 1871, Nr. 60.)

Schroffer war der Gegensatz zwischen den Klerikalen und den Freikonservativen. Diese Partei setzte sich vorzugsweise aus schlesischen Abgeordneten zusammen, unter denen eine nicht geringe Zahl der katholischen Konfession angehörte. So befanden sich unter den 34 Mitgliedern der „Freikonservativen Vereinigung“ im norddeutschen Reichstage allein 14 Schlesier, darunter 8 Katholiken. Der während der 10. Legisl.-Periode 52 Mitglieder starken „Freikonservativen Partei“ im Abgeordnetenhaus gehörten 19 Schlesier an, von denen zirka 6 katholisch waren¹⁾. Daher mußten die Freikonservativen, durch das klerikale Vorgehen in Schlesien in ihrem Bestande gefährdet, einer katholischen Partei aus allen Kräften widerstreben. „Das bisherige Wirken der gesamten katholischen Mitglieder ohne Ausnahme ist in der That ein für die katholische Kirche nichts weniger als vorteilhaftes, vielmehr geradezu ein nachteiliges gewesen,“ so klagte das Zentrumsorgan in Breslau (1871, S. 197). „Durch ihren Einfluß machen sie viele neu eintretende Mitglieder (der Zentrumsparthei) teils unschlüssig, teils ziehen sie dieselben zu sich herüber.“ Die Entrüstung der ganzen ultramontanen Presse Schlesiens richtete sich besonders gegen den freikonservativen Abgeordneten Dr. Rünzer, der vermöge seiner Stellung als Breslauer Domherr wie auch durch seine öffentlichen Erklärungen gegen die Fraktion des Zentrums, vor allem durch die am 4. Februar 1871 im Abgeordnetenhaus gehaltene, den klerikalen Forderungen in keiner Weise gerecht werdende Rede auf die katholischen Bestrebungen in Schlesien den nachteiligsten Einfluß ausübte. Rünzers großes Aufsehen erregende Landtagsrede, welche die „Schl. Zeitung“ als „eine der bedeutendsten und aufklärendsten“ der Session bezeichnete, bot den antiklerikalen Parteien überaus wertvolles Agitationsmaterial. Selbst unter den Katholiken des westfälischen Industriebezirkes wurde sie in vielen 1000 Exemplaren verbreitet (Br. H. 1871, S. 507). Im Kreise Beuthen haben sich die Gegner der Ultramontanen in ihrer Agitation gegen die zwar katholischen, jedoch selbst freikonservativen Grafen Schaffgotsch und Saurma auf Dr. Rünzer be-

¹⁾ Vgl. Wolffstieg: „Die Anfänge der frk. Partei“, Delbrück: Festchrift, 1908, S. 319.

rufen²⁾. Aber auch vor den übrigen freikonservativen katholischen Abgeordneten glaubten die Breslauer Hausblätter ihre Glaubensgenossen warnen zu müssen, weil diese das Programm des Herrn Miquel, „die katholische Kirche durch Katholiken zu verderben“, verwirklichen helfen (Br. S. 1871, S. 159, 311, 343).

Das gespannte Verhältnis, in welchem die Klerikalen Schlesiens zu den politischen Parteien standen, zwang sie nun zu einem entschiedenen Vorgehen bei den Reichstagswahlen. Eifrig betätigten sich wiederum die katholischen Organisationen. Lobend erwähnt werden die Kasinos von Beuthen, Königshütte, Rattowitz und Myslowitz, die für die katholischen Grafen Schaffgotsch und Saurma agitierten, deren Anschluß an die Zentrumsfraktion sie erhofften, ferner das Ratiborer Kasino, in welchem es, wie im Breslauer Volksverein, wegen Unstimmigkeiten während der Wahlpropaganda zu einer Spaltung kam (Br. S. 1871, S. 507, 973, 1006, 1047). Aber auch der Klerus ist nicht zurückgeblieben, wo es galt, Stimmen für das Zentrum zu gewinnen. Sein Einfluß auf das Landvolk war so bedeutend, daß selbst die in Oberschlesien so mächtigen Magnaten glaubten, ihn nicht entbehren zu können. So baten die Herzöge von Ratibor und Ujest und der Fürst von Richnowski den Fürstbischof um seine Unterstützung für ihre Wiederwahl, „der sich aber nicht entschließen konnte, auf die Anschauungen der Geistlichkeit in dieser Beziehung einen Einfluß auszuüben“ (Br. S. 1871, S. 238). Das Ergebnis der Reichstagswahlen stellt einen nicht geringen Erfolg der Klerikalen dar. Die Gesamtzahl der Zentrumsstimmen in Schlesien betrug 60 649³⁾. Zwar siegte die junge Partei nur in zwei Wahlbezirken über die Freikonservativen, nämlich in Frankenstein-Münsterberg, wo Dr. Kräsig, und in Pleß-Rybnik, wo der Geistliche Rat Müller gewählt wurden, aber sie erwarb dazu noch in mehreren Kreisen eine recht beträchtliche Zahl von Stimmen. So fehlten im Kreuzburg-Rosenberger Bezirke

²⁾ Vgl. Künzers Rede im „Sten. Ber.“, 1871, S. 450 ff.; ferner Müller, L., a. a. O. S. 372 ff.

³⁾ Von ihnen waren im Reg.-Bezirk Oppeln 29 969, im Breslauer Bezirk 26 169 und im Bezirke Liegnitz 4511 Stimmen abgegeben worden. Im Jahre 1867 betrug die klerikale Gesamtstimmenzahl nur 5367. Vgl. Müller, L., Zur Geschichte der frk. und Reichspartei, in der „Schl. Freikonf. Partei-Korrespondenz“ 1914, Nr. 12.

dem Zentrums kandidaten von Aulock, der 6112 Stimmen auf sich vereinigte, nur 289 Stimmen zum Siege, und im Wahlkreise Neisse unterlag Graf von Francken-Sierstorpff einer Mehrheit von gar nur 60 Stimmen. Heiß umstritten war der Pleß-Rybniker Bezirk, die „Domäne der Magnaten“, weshalb die Klerikalen seine Eroberung mit besonderer Genugtuung begrüßten. „Die öffentliche katholische Entschiedenheit als Prinzip für die Wahlen durchgesetzt zu haben, darin liegt die Bedeutung der Pleß-Rybniker Wahl,“ schrieben damals die Breslauer Hausblätter (S. 500). Schon diese Wahlergebnisse verschafften allgemein in Schlesien die Überzeugung von dem Dasein einer Partei, mit der in der Zukunft gerechnet werden muß.

Der Gegensatz, der die Katholiken zunächst von den Nationalliberalen, später auch von den übrigen Parteien trennte, erweiterte sich nach und nach zu einem Konflikt mit dem Staate. Der von den Bischöfen Ledochowski und Ketteler unternommene Versuch, zugunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes eine diplomatische Intervention herbeizuführen, veranlaßte die nationalliberale Partei im Reichstage, sich in der Antwortadresse auf die Thronrede gegen jede derartige, die friedlichen staatlichen Beziehungen gefährdende Einmischung auszusprechen, was zu einer auf diesen katholischen Forderungen beharrenden Gegenadresse der neugegründeten Zentrumsfraktion führte. Außerdem stellte die sonst streng föderalistische klerikale Partei den aus der Minoritätslage der Katholiken durchaus verständlichen, das junge Reichsgefüge in dieser Zeit aber stark gefährdenden „zentralistischen“ Antrag, die preußischen Grundrechtsparagraphen, welche das Verhältnis von Staat und Kirche regeln, in die Reichsverfassung zu übernehmen. Erblickte Fürst Bismarck bereits in diesem Vorgehen der neuen Katholikenpartei einen störenden Eingriff in die seiner Leitung unterliegenden politischen Angelegenheiten, so war er vollends verstimmt über deren partikularistische Haltung und ihre Bundesgenossenschaft mit kleinen Fraktionen und Richtungen, die der festen einheitlichen Gestaltung Deutschlands offensichtlich widerstrebten. Da aber eine offene feindselige Haltung der Regierung den Katholiken gegenüber bis dahin noch nicht wahrzunehmen war, richtete sich nach der Ablehnung der beiden Zentrumsanträge im Reichstage der Groll der schlesischen Klerikalen gegen die Parteien, „die, wenn auch

in politischer Richtung getrennt, immer einig waren, wenn es galt einen Schlag gegen die katholische Kirche auszuführen“. Naturgemäß war man am heftigsten erregt über die Glaubensgenossen, die infolge ihrer Zugehörigkeit zu einer der gegnerischen Fraktionen eine antikatholische Stellung zu dem Zentrumsborgehen einnahmen. So rechnete nicht nur die ultramontane Presse mit ihnen scharf ab ⁴⁾, sondern auch die katholischen Wähler einzelner Kreise stellten ihnen Mißtrauensvoten aus, vor allem den Grafen Schaffgotsch und Fred von Frankenberg. Letzteres führte schließlich zur Veröffentlichung der bekannten Desavouierung der Zentrumsparthei durch den Kardinal-Staatssekretär Antonelli. Schon einige Zeit früher verlangten Glas-Habelschwerdter Katholiken von Dr. Rünzer die Angabe der Gründe, die ihn vom Eintritt in das Zentrum abhalten, und 1872 forderten 150 Mitglieder des Volksvereins Bauertwis die katholischen Landtagsabgeordneten Schön (Frk.) und Spiller (N. = L.) wegen ihrer Abstimmung beim Schulaufsichtsgesetze zur Mandatsniederlegung auf ⁵⁾. Den immer stärker werdenden Angriffen „von oben und von unten her“ vermochte der am schärfsten bekämpfte Domherr Dr. Rünzer nicht mehr zu widerstehen und legte seine beiden Mandate nieder. In der Nachwahl am 11. 9. 1871 gelang es dem Zentrumslandidaten Pfarrer Strecke, den Reichstagswahlkreis Glas-Habelschwerdt zu erobern ⁶⁾.

Einen entscheidenden Vorstoß der Gegner gegen den Bestand der Zentrumsparthei erblickten Schlesiens Klerikale in der Ungültigkeitserklärung der Pleß-Kybniker Reichstagswahl im November 1871. Zugleich fühlten sie sich auch seitens des Staates ernstlich bedroht; mußten doch der bekannte, vom Fürsten Bismarck inspirierte Kreuzzeitungsartikel vom 22. 6. 1871, in dem das Zentrum zum erstenmal offiziell als reichsfeindlich bezeichnet wurde, und die seither ergriffenen Regierungsmaßnahmen die größte Besorgnis der Katholiken hervorrufen. Daraus erklärt sich die nun folgende fieberhafte Tätigkeit der ultramontanen Kreise Schlesiens. Ein

⁴⁾ Vgl.: „Der Reichstag und die frk. Reichspartei“, Br. 5, 1871, S. 671, 695, 709.

⁵⁾ Schl. Z. 1871, Nr. 237; Schl. B. 1872, Nr. 47. — Müller, L., a. a. O. S. 382 ff.

⁶⁾ Das Rünzer'sche Landtagsmandat fiel dem katholischen National-liberalen Schramm zu.

einzigster, unmittelbar nach der Kassierung des schlesischen Zentrumsmandates veröffentlichter Aufruf zur Bildung von Volksvereinen brachte einen Aufschwung der katholischen Organisation, wie man ihn kaum zu hoffen gewagt hatte (vgl. S. 67 dieser Abhandlung). Der erst im Dezember 1871 wegen Invalidität aus dem Heeresdienste ausgeschiedene Rittmeister Graf Franz Vallestrem übernahm jetzt nicht nur den Vorsitz im Breslauer Volksverein, sondern stellte sich sofort auch an die Spitze des katholischen Wahlkomitees für den bedrohten Pleß-Rhybniker Wahlkreis. Zum erstenmal wurden bei dieser Wahlagitation auch in Schlesien Äußerungen laut, die das Vertrauen der Landleute in ihre Obrigkeit und in die Landesregierung abzuschwächen geeignet waren⁷⁾. Massenweise verbreitete Mißrath die an den Katolik gesandten, gegen den freikonservativen Gegenkandidaten, den Herzog von Ratibor, gerichteten Zuschriften unter die Wähler, und in der Schlesischen Volkszeitung setzte eine Fehde gegen den Herzog ein, daß recht denkende Katholiken die öffentliche Abweisung dieser unbegründeten Angriffe für notwendig erachteten (siehe S. 79 dieser Arbeit). Für die schlesischen Zentrumsanhänger war die Pleß-Rhybniker Nachwahl weniger eine Personen-, als vielmehr eine Prinzipienfrage. Daher ist auch die große Freude über den endgültigen Sieg erklärlich, durch den die Partei „gerade in dem Augenblick, wo dem Zentrum von Bismarck die Existenzberechtigung abgesprochen worden, ein neues Vertrauensvotum erhalten hat“⁸⁾. „Es wäre überflüssig, hervorzuheben, daß der heutige Tag zu den schönsten unseres Lebens gehört,“ so äußerte sich über den Sieg die Schlesische Volkszeitung (1872, Nr. 31). Tatsächlich hat sich hier ganz offensichtlich die große Macht der jungen Partei gezeigt. Ein angesehener, im Wahlbezirke angelegener und mächtiger Magnat mußte einem in keinerlei Beziehung zum Wahlkreise stehenden „kleinen Manne“ weichen, der noch bis vor kurzer Zeit seinen Wählern nicht einmal dem Namen nach bekannt war.

Trotz dieses Sieges und der bald darauf erfolgten Gewinnung

⁷⁾ Siehe den vom Fürsten Bismarck im Landtage verlesenen Wahlausruf des Komitees. „Sten. Berichte“, I. Bd., S. 565. — Schl. B. 1872, Nr. 26, 28, 34. Aus diesem Ausruf suchte Bismarck den Beweis für den rein konfessionellen Charakter des Zentrums zu entnehmen.

⁸⁾ Müller, L., Zur Geschichte der freif. und Reichspartei, 1914, Nr. 19.

des durch den Tod des konservativen Grafen von Strachwitz verwaisten Wahlkreises Oppeln, in welchem in der Nachwahl am 19. März 1872 Graf Ballestrem mit nahezu 6000 Stimmen Majorität gewählt wurde⁹⁾, machte sich doch eine gewisse Niederlagenheit im Ton der klerikalen Presse bemerkbar. Der durch die Gegnerparteien und auch seitens des Staates aufgenommene Kampf gegen die Katholiken nahm zu scharfe Formen an, um eine freudige Stimmung im Katholizismus aufkommen zu lassen. Nur das Vertrauen auf die Macht ihrer Religion gab den Klerikalen die nötige Kraft. „Wir stehen in einer Zeitenwende ergreifender Art,“ schrieb damals die Schlesische Volkszeitung (1872, Nr. 33): „Wir sehen, wie sich die Lager abgrenzen, scheiden, spalten; wir sehen, wie die, welche sich Christen nennen und es sind, von denen sich sondern, die es nicht sind und sich doch so nennen. Wir werden vielleicht Ruinen von erschreckender Größe sehen, aber wir werden auch wunderbarer Auferstehung bewohnen. Darum — hoffen wir nicht ohne Grund. Wir stehen in der ewigen Kirche.“

Die Gefahr lag nahe, daß bei einem vereinigten Angriffe der Gegner selbst die dem Katholizismus innewohnenden Kräfte zersplittern würden, wenn es nicht gelang, sie in eine gemeinsame Richtung zu lenken. So drängte die politische Entwicklung zur Zusammenfassung aller katholischen Kräfte Schlesiens bei den Wahlen. Ein einheitliches Wahlvorgehen der schlesischen Klerikalen war um so notwendiger, als sich noch im Jahre 1870 in vielen Teilen der Provinz große Unentschlossenheit und Unentschiedenheit gezeigt hatten. Die Breslauer Hausblätter äußerten sich (1871, S. 275) darüber folgendermaßen: „... Die Wahlberichte und sonstigen Meinungsäußerungen aus der Provinz bezeugen dies. Welche Unklarheit der Ideen, welche Unsicherheit im Handeln gibt sich da nicht zu erkennen, ja, welche Unüberlegtheit und welcher Leichtsinn.“ Auch gab die geringe Zahl der schlesischen Zentrumsmandate — 1871 eroberte die Rheinprovinz 21, Westfalen 8, Schlesien nur 2 klerikale Wahlkreise — der gerade jetzt wegen der Sonderstellung der Schlesier zum „Mainzer Verein deutscher Katholiken“ mißgestimmten westdeutschen Zentrumspresse Anlaß zu Verdächtigungen. (Vgl. S. 69

⁹⁾ Graf Ballestrem erhielt 9847, der Reichsparteiler von Dalwigk 3877 Stimmen.

dieser Abhandlung.) Daher trat am 23. Oktober 1872 unter der Leitung des Grafen Ballestrem eine Anzahl klerikalgesinnter Katholiken aus sämtlichen Ständen und Berufen ¹⁰⁾ in Breslau zusammen und gründete den „christlich-konservativen Wahlverein für Schlesien“, der den Zusammenschluß aller kirchlichgläubigen Elemente — auch der protestantischen — bei den Wahlen erstrebte. Sein Programm lautete (Schl. B. 1872, Nr. 253, S. 6/7):

„Der christlich-konservative Wahlverein für Schlesien hat folgende Grundsätze für seine Tätigkeit aufgestellt:

1) Der Verein steht auf dem gesetzlichen Boden der deutschen Reichsverfassung und der Verfassung des preussischen Staates.

2) Der Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates soll gewahrt, demgemäß den Bestrebungen, welche auf eine Aenderung des föderativen Charakters der Reichsverfassung abzielen, entgegengewirkt und von der Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit des preussischen Staates sowohl als auch der übrigen Bundesstaaten in allen inneren Angelegenheiten nicht mehr geopfert werden, als das Interesse des Ganzen es unabweislich fordert.

3) Das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen ist nach Kräften zu fördern; für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches ist die verfassungsmäßige Feststellung von Garantien zu erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen.

4) An dem Königtum von Gottes Gnaden und den in der preussischen Verfassung ausgesprochenen Grundrechten, welche die Freiheit der Religionsgesellschaften, des Unterrichts, der Presse und des Vereinsrechtes gewährleisten, soll unverbrüchlich festgehalten werden.

5) Die historisch erwachsenen Einrichtungen des Staates, der Provinz und der Gemeinde sollen nicht zerstört, sondern dort, wo sie als verbesserungsbedürftig anerkannt sind, unter Schonung wohlertorbener Rechte zeitgemäß ausgebaut werden.

6) Für jedes von wem immer wohlertorbene Recht soll stets und unter allen Umständen mit allen gesetzlichen Mitteln eingetreten werden.“

¹⁰⁾ Unter den 39 Personen, die den Aufruf unterschrieben, befanden sich 16 Adlige und 10 Geistliche.

Die wichtigsten Satzungen waren:

„§ 1) Zweck des Vereins ist die Wahl solcher Abgeordneten zu Reichstag und Landtag in Schlesien, welche für die im Programm des Vereins ausgesprochenen Grundsätze eintreten und sich zur Geltendmachung derselben den betreffenden Zentrumsfraktionen der gesetzgebenden Versammlungen anschließen wollen.

§ 2) Mitglieder des Vereins sind alle schlesischen Wähler zu Reichstag und Landtag ohne Rücksicht auf ihre Konfessionen, welche diesen Statuten durch Namenunterschrift beitreten.

Der Austritt aus dem Verein ist jedem Mitglied jederzeit gestattet. Auch kann jedes Mitglied aus triftigen Gründen, ohne Angabe derselben, durch den Provinzialvorstand aus dem Verein ausgeschlossen werden nach Anhörung des betreffenden Kreis- und Lokalvorstandes. . . .

§ 5) Die Geschäfte des Vereins werden geleitet durch einen Provinzialvorstand, durch Kreis- und Ortsvorstände.

Der Provinzialvorstand wird . . . von den Kreisobmännern durch absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden auf drei Jahre gewählt.

Die Kreisvorstände . . . werden auf Vorschlag des Provinzialvorstandes mittels öffentlicher Abstimmung durch Händeaufheben auf drei Jahre ernannt.

Die Ortsvorstände . . . werden vom Kreisvorstand ernannt.

§ 7) Der Provinzialvorstand . . . setzt im Einvernehmen mit den betreffenden Kreisvorständen die Kandidaten des Vereins für Reichs- und Landtagswahlen fest und beruft Wanderversammlungen des Vereins.

§ 8) Die Kreisvorstände halten Kreisversammlungen ab. . . Zur Bildung eines Kreisverbandes gehören mindestens 500 Mitglieder. Vereinigungen von weniger Mitgliedern werden einem benachbarten Kreise zugewiesen.“

Während der Breslauer Fürstbischof in einem Schreiben an den Grafen Ballestrem versicherte, „daß er die dem Unternehmen zugrunde liegende Absicht vollkommen zu würdigen weiß und ihm daher seine Unterstützung nicht versagen werde“, sprachen sich sein Domherr Dr. Rünzer und der von Graf Frankenberg geleitete Vorstand des nationalpatriotischen Vereins des Kreises Grottkau-Falkenberg gegen die neue Zentrumsorganisation aus

(Schl. B. 1872, Nr. 276, 282, 283, 284). Zum erstenmal trat dieser Wahlverein in Tätigkeit anlässlich der durch die Mandatsniederlegung des freikonservativen Grafen Eduard v. Oppersdorff notwendig gewordenen Nachwahl im Kreise Neustadt am 20. 5. 1873, bei der der Zentrumskandidat Friedrich Graf zu Stolberg-Stolberg mit 6467 Stimmen über den Reichsparteiler von Tiele-Winkler siegte, der nur 2155 Stimmen auf sich vereinigte.

Die Erbitterung über die gewaltig wogende klerikale Bewegung nahm immer mehr zu. Sie führte notwendig zu erhöhtem Wahleifer auch auf der Gegenseite, bis schließlich als Gegenmaßnahme zu dem klerikalen Wahlverein eine Koalition der Gegenparteien zustandekam. Schon am 19. 4. 1873 erließen „fortschrittliche, nationalliberale, altliberale, freikonservative und nationalkonservative Männer“ von Breslau aus folgenden Aufruf: „An die Wähler. Die Unterzeichneten sind heute zusammengetreten, um die Wähler der Provinz Schlesien bei den bevorstehenden Landtags- und Reichstagswahlen auf die der Selbstbestimmung des preussischen Staates und der Entwicklung des Deutschen Reiches von seiten der staats- und reichsfeindlichen Parteien drohenden Gefahren aufmerksam zu machen und aufzufordern, sich ohne Rücksicht auf Parteiverschiedenheiten zur Wahl von Männern zu vereinigen, welche die Bürgerschaft gewähren, die Staats- und Reichsregierung in ihrer Politik gegen feindliche Übergriffe und Ansprüche zu unterstützen. Es handelt sich nicht um Parteiinteressen: es handelt sich um die Interessen des Staates und des Vaterlandes. Halten wir zusammen in der Abwehr der gemeinsamen Feinde!“ (Schl. B. 1873, Nr. 96.)

So überzog in Schlesien zum erstenmal bei den Landtagswahlen 1873 der gemeinsame Gegensatz zu den Klerikalen die Differenzen zwischen den einzelnen antikatholischen Parteigruppen. Das Vorgehen dieser Vereinigung war derart gedacht, gegenseitig an dem status quo in den Wahlkreisen festzuhalten und überall dort, wo „reichsfeindliche“ Kandidaten bisher gesiegt hatten, mit vereinter Kraft aller Patrioten denjenigen Gegenkandidaten zu unterstützen, welcher nach Lage der Dinge die meiste Aussicht hatte, den Gegner zu verdrängen. Und nun begann der Kampf, der auf beiden Seiten mit allen Mitteln der Verleumdung und Drohung geführt wurde. Von vornherein waren die Kräfte ungleich verteilt, wurden doch die Koalitions-

parteien mächtig gestützt und gefördert durch den Mechanismus der staatlichen und kommunalen Bürokratie. Man bot alles auf, um den Einfluß des Ultramontanismus zu verringern: Landräte griffen zugunsten der Regierungskandidaten in die Wahlfreiheit ein — vor allem in Pleß und Olag —, ultramontane Beamte wurden gemäßigelt, Industrielle warnten vor klerikaler Wahlbetätigung¹¹⁾, der bei der polnischsprechenden Bevölkerung so angesehene Katolik=Redakteur Miarka wurde plötzlich in Haft gesetzt, ja, sogar den Verteilern des Ballestremschen Wahlaufrufes an die Pleß=Khybniker Wähler machte man jezt, 1½ Jahre nach ihrer „Versehlung“, den Prozeß¹²⁾. Vergebens strebten in dieser Not die Katholiken nach einem Kompromiß mit den kirchlich=gläubigen Konserватiven, das sie noch bei der Reichstagswahl 1871 von sich gewiesen hatten (Schl. B. 1873, Nr. 263). Angesichts dieser gewaltigen Verschwörung ergriff selbst die sonst so hochgemute Breslauer Katholikenzeitung die Furcht. Glehend klingen ihre für einen Widerstreit zweier Pflichten zeugenden Worte: „Laßt uns eine Vereinbarung treffen, laßt uns einen Vertrag machen, laßt uns eine Ausöhnung bewerkstelligen. Verlangt nur nicht als Recht, was wir als solches nicht geben können. In friedlicher Übereinkunft können wir viele eurer Wünsche, können wir manche eurer Forderungen erfüllen und ihnen nachgeben. Aber die Omnipotenz des Staates, die Allgewalt desselben über die Kirche können und dürfen unsere Bischöfe nicht anerkennen. Eher und lieber keine Bischöfe, als Bischöfe, welche dem Heiland und den Aposteln hierin so unähnlich wären.“ (Schl. B. 1873, Nr. 253.)

Längst schon war das Mißtrauen der katholischen Wähler gegen die Staatsregierung rege geworden. Erhielt es durch die sich überstürzenden Kirchengesetze immer neue Nahrung, so wurde es noch verstärkt durch mannigfache, während der Wahlagitation in Umlauf gesetzte, oft grundlose Gerüchte. Schon im Mai 1873 sah sich der Landrat von Neustadt veranlaßt, ihnen entgegen=

11) Folgender Erlaß wurde verbreitet: „Eine Beteiligung bei den Wahlen zugunsten der ultramontanen Partei erkläre ich hiermit als eine Verletzung der gesellschaftlichen Interessen, die nicht ohne Folgen bleiben wird.“
Bipine, den 22. Oktober 1873.

Der Generaldirektor der schlesischen Aktien=Gesellschaft. Scharbenig.“
Schl. B. 1873, Nr. 272.

12) Schl. B. 1873, Nr. 201, 250; 115, 240, 242; 138, 136.

zutreten (Schl. B. 1873, Nr. 130). Immer mehr wurden die Katholiken zu dem Glauben getrieben, als seien die Interessen ihrer Kirche dem Gutbefinden protestantischer Majoritäten anheimgegeben. Deshalb forderte auch Fürstbischof Dr. Förster in dem Hirtenbriefe vom 20. Oktober 1873 seine Diözesanen auf, Männer zu wählen, welche „die Rechte des Staates wahren und festigen, aber nicht mit feiler Preisgebung der unveräußerlichen Rechte der Kirche, die allerwege ihre unerschütterliche Liebe und Treue gegen das angestammte, von Gott gesetzte Herrscherhaus bezeugen, aber nicht mit Verrat gegen das geheiligte Oberhaupt des Reiches Gottes, die mit freudiger Aufopferung dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, aber zuerst und vor allem Gott, was Gottes ist“. So gestalteten sich die Landtagswahlen in Schlesien „zu einem großen Plebiszit des katholischen Volkes für seinen Glauben und seine Kirche, zu einem gewaltigen Protest gegen das herrschende kirchenpolitische System“ (Schl. B. 1873, Nr. 208), denn 16 Abgeordnete vermochten Schlesiens Klerikalen der Zentrumsparthei im Abgeordnetenhaus zu stellen, und zwar eroberte ein Mandat ¹³⁾

im Wahlkreise	der Zentrumskandidat	von den	Bemerkungen
Kosel-Leobschütz	Münzer	Freikonservat.	—
"	Knabe	Wilden	—
"	Graf Rayhauf-Sormons	Nat.-Liberalen	—
Bleß-Rybnitz	Gornig	Konservativen	—
"	Marx	Freikonservat.	—
"	Nitsche	—	für den Zentr.-Abg. Schumann aufgestellt
Beuthen-Zabrze	Graf Lash H. von Donnersmard	—	} bereits 1870 für das Zentrum gewählt worden
"	Maß	—	
Neustadt-Falkenberg	Graf Braschma	—	
"	Deloch	Freikonservat.	—
Reiße-Grottkau	Luz	"	—

13) Die Angaben sind entnommen der Abgeordnetenstatistik von Lauter, Fr., Nachtrag zu Preußens Volksvertretung in der 2. Kammer, 1882, S. 228 ff.

im Wahlkreise	der Zentrums-kandidat	von den	Bemerkungen
Neiße-Grottkau	Scholz	Freikonserbat.	} traten zum Zentrum über
Loß-Olewiß	Graf von Hoyerdem	Konserbativen	
Oppeln	Graf Matuschka	"	—
Frankenstein-	Ritsche	Freikonserbat.	trat zum 3. über
Münsterberg	Dr. Krähig	Konserbativen	für Dr. K. wird 1875 Dr. Franz (3.) gewählt

Damit rückte die Provinz Schlesien hinsichtlich der Zahl der klerikalen Abgeordneten in die zweite Stelle in Preußen ein, denn nur von der Rheinprovinz wurde sie darin übertroffen ¹⁴⁾. Mit Recht konnte angesichts dieses Wahleresultates ein Korrespondent an die führende Breslauer Zentrumszeitung (Nr. 263) schreiben: „Jede Entfälschung unserer Geistlichen und auch unserer Redakteure ist, wie jedes Martyrium, eine Saat, deren Ernte uns zuffällt.“

Mit unverminderter Heftigkeit setzte sich der Kampf auch nach den Landtagswahlen fort, mußte man doch zwei Monate später wieder an die Wahlurne treten, um die Vertreter für den deutschen Reichstag zu bestimmen. Wiederum wurde kein Mittel unbenutzt gelassen, welches dazu dienen konnte, den Gegner dem Hasse und der Verachtung des Volkes auszusetzen. Zu den Maßregelungen ultramontaner Beamten gesellten sich nun auch Entlassungen zahlreicher klerikalgesinnter Arbeiter, ja sogar Ausschuß von Katholiken aus den Kriegervereinen ¹⁵⁾. Die Polemik der schlesischen Zentrumspressen richtete sich besonders gegen die Deutsche Reichspartei, mit der sich bei den Reichstagswahlen von 1874 die Klerikalen in Oberschlesien — ausgenommen die Kreise Neustadt und Leobschütz, in welchen nationalliberale Gegenkandidaten aufgestellt wurden — ausschließlich zu messen hatten. Dagegen bemühten sich die Katholikenblätter — wiederum vergeblich — um die Freundschaft der Altkonserbativen. „Noch einmal laßt uns versuchen,“ schrieb

¹⁴⁾ Hier stieg die Zahl der Zentrumsvertreter von 26 auf 40. Westfalen stellte, wie im Jahre 1870, wieder 13 Abgeordnete der Zentrumsparthei.

¹⁵⁾ Schl. B. 1873, Nr. 262, S. 7; 263, S. 7; 265, S. 4; 272 und 273, Nr. 286, ferner 1875, Nr. 213. Wo die Katholiken die Mehrheit hatten, traten die Liberalen aus.

damals das Breslauer Zentrumsorgan (Nr. 275, 263), „ob mit den Altconservativen und den protestantischen Gläubigen vereint vorgegangen werden kann. Noch einmal, ihr Offiziösen, bieten wir euch die Hand zum Frieden.“ Mit größerer Siegeszuversicht als im Monat November sahen sie dem neuen Wahltage entgegen, da die Rücksichten, welche die Katholiken damals hier und da noch von dem Wahlaft fernhielten oder ihre Stimmenabgabe beeinflussten, bei der geheimen Abstimmung in Wegfall kamen. Wieder waren in überraschender Weise die Bemühungen des christlich-conservativen Wahlvereins in Schlesien von Erfolg gekrönt. Die Zahl der Zentrumsstimmen hat sich gegenüber der der letzten Wahlen von 1871 mehr als verdoppelt. Mit 136 660 Stimmen folgte Schlesien bei dieser Reichstagswahl unmittelbar der Rheinprovinz. Zugleich wies es die größte Zunahme an Zentrumsmandaten in Preußen auf, denn acht Zentrumsitze — in der Rheinprovinz sieben — wurden zu den 1871 gewonnenen hinzu erworben. Von den 35 schlesischen Reichstagswahlbezirken gelangten zehn in den Besitz der klerikalen Partei. Es siegte

im Wahlkreise	der Zentrums- kandidat	mit einer Stimmengahl von	über den Gegen- kandidaten	dessen Stimmengahl betrug	Bemerkungen
Gleß-Rybnitz	Müller	13226	Herzog v. Rati- bor, D. R. P.	6425	bereits 1871 erobert
Franken- stein- Münsterberg	Graf v. Chamaré	6498	Plathner, K.	3338	
Glaß- Habelschwerdt	von Ludwig	6605	Dr. Rünzer, D. R. P.	6334	schon in den Nach- wahlen von 1871, 72, 73 v. der Zen- trumspart. gewonnen
Oppeln	Graf von Ballestrem	10501	Graf v. Garnier, D. R. P.	3241	
Neustadt	Graf Stolberg Stolberg	5850	Trippel, N. L.	1553	
Leobschütz	Graf v. Nahhauf- Gormons	4851	Engel, N. L.	3574	
Reiße	Horn	8005	Dr. Friedenthal, D. R. P.	3296	K. = Kon- servativ
Falkenberg- Grottkau	Graf Braschma	7518	Graf Franken- berg, D. R. P.	4676	N. L. = Na- tionalliberale Partei
Beuthen- Zarnowitz	Prinz Radziwill	11623	Graf Guido H. v. Donnersmard D. R. P.	5709	D. R. P. = Deutsche Reichspartei
Beuthen-Zabrze	Edler	8682	Richter, D. R. P.	6253	

In Oberschlesien befanden sich nur noch vier Wahlkreise nicht in der Hand des Zentrums. Doch auch in diesen Bezirken waren die Katholiken dem Siege recht nahe. So erhielten in Lublinitz-
Tost-Gleiwitz, Kreuzburg-Rosenberg bzw. Ratibor die Klerikalen 7310, 6467 bzw. 7160 Stimmen, die hier siegende Deutsche Reichspartei aber erwarb 7755, 7055 bzw. 7903 Stimmen. Schließlich fiel in der nach der Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herzogs von Meßth erforderlichen Nachwahl am 24. 8. 1875 auch noch der Groß-Strehlig-Koseler Wahlkreis dem Zentrum zu. Auch nach dem Tode des hier gewählten Pfarrers Graza behauptete in der neuen Nachwahl vom 18. September 1876 wiederum ein Zentrumskandidat, nämlich Dr. Franz, dieses Mandat. Die Resultate der drei Wahlen veranschaulichen deutlich die Zunahme der ultramontanen Macht in der kurzen Zeit von 1874—76 selbst in diesem von dem mächtigen Herzog abhängigen Wahlkreise. Die Stimmenzahl im Jahre 1874, 1875 bzw. 1876 betrug für den Herzog von Meßth 8505, 7237 bzw. 6449, für die katholischen Kandidaten jedoch 8223, 9007, 9443. Treffend kennzeichnete 1875 die ultramontane „Ratibor-Leobschützer Zeitung“ die günstige Lage der Klerikalen im Regierungsbezirk Oppeln folgendermaßen: „Ganz Oberschlesien ist für den Kulturkampf verloren, der schwarze Heerbann vollständig und kompakt. Nur noch einzelne liberale Scharen kämpfen gleich versprengten Herzogorzen der Ehre halber in dem Gebirge den Verzweiflungskampf“ (Schl. B. 1875, Nr. 226, S. 6.)

So groß auch die Erfolge der schlesischen Katholiken waren, so durften sie doch nicht die Wahlleitung zu einem Nachlassen in der Propagandatätigkeit verführen. Es bestand nämlich für die Klerikalen die Gefahr, einzelne Mandate wieder zu verlieren, da die Gegnerparteien überaus emsig am Werke waren. Welchen Umfang die Wahlbeeinflussung seitens der „Magnatenpartei“ in den bedrohten Kreisen bereits im Jahre 1874 vielfach angenommen hatte, das zeigte das Urteil, das die Wahlprüfungskommission über die Wahl des Prinzen Hohenlohe-Ingelfingen im Bezirk Lublinitz-Tost-Gleiwitz fällte (Schl. B. 1876, Nr. 293, S. 2). „Wenn,“ so heißt es darin, „wie im vorliegenden Falle, in den verschiedensten Wahlbezirken Bestechungen erfolgt seien, wenn Wahlvorstände, wie in Boitschow, das Wahlergebnis gefälscht, unrichtige Wahlprotokolle ausgestellt hätten und Wähler durch ver-

frühen Schluß des Wahlaktes ihres Wahlrechtes verlustig gegangen seien, wenn die Stimmabgabe, wie in vielen Wahlbezirken, kontrolliert und eine geheime nicht mehr zu nennen sei, wenn öffentliche Beamte in umfassendster Weise ihren amtlichen Einfluß zugunsten des einen Kandidaten geltend gemacht und, ebenso wie von Hohenlohesche Beamte, die Wähler mit pekuniären Nachteilen bedroht hätten, auch beim Wahlakt die Öffentlichkeit mehr oder weniger in einzelnen Fällen ausgeschlossen sei, so könne von einer legalen Wahl überhaupt nicht mehr die Rede sein und die wirkliche Majorität durch Berechnung der einzelnen abgegebenen Stimmen nicht mehr festgestellt werden“¹⁶⁾.

Aber auch die Fälle mehrten sich auffallend, in welchen man abhängige, klerikalgesinnte Wähler durch Entziehung ihrer Existenz ihren Grundsätzen untreu zu machen suchte. Wenn auch anzunehmen ist, daß noch andere Gründe die Arbeitgeber zur Entlassung ihrer katholischen Untergebenen veranlaßt hatten, so wird doch das ultramontane Gesamtverhalten der Arbeiter hierfür ausschlaggebend gewesen sein. Im Jahre 1876 veröffentlichte die Schlesische Volkszeitung innerhalb von zwei Monaten¹⁷⁾ gegen 100 Fälle von Arbeitermaßregelungen mit Angabe von Ort und Namen und forderte wiederholt zur Berichtigung oder zur Stellung eines Strafantrages auf. „Täglich haben wir gehofft,“ schrieb sie zum Schluß (Nr. 251), „zumal nachdem die „Schlesische Zeitung“ ausdrücklich dazu aufgefordert hatte, daß Berichtigungen einlaufen, oder daß eine Anklage gegen uns angestrengt werden würde. Wir hatten uns auf beides gefaßt gemacht; denn wir konnten uns nicht verhehlen, daß in aufgeregten Zeiten, zumal bei Artikeln aus den Arbeiterkreisen, leicht etwas mißverständlich oder übertrieben dargestellt uns übergeben werden konnte. Leider ist aber beides bisher nicht geschehen. Die sämtlichen Fälle also, welche wir aufgezählt haben, scheinen uns von den Arbeitern ganz richtig und genau bis auf die kleinste Kleinigkeit mitgeteilt worden zu sein“¹⁸⁾.

16) Infolge des Kommissionsantrages, die Wahl für ungültig zu erklären, legte Prinz Hohenlohe-Ingelfingen im Dezember 1876 das Mandat nieder. Eine Nachwahl fand nicht mehr statt.

17) Nämlich in der Zeit vom 20. September bis zum 23. November 1876 unter der Überschrift: „Zur Charakteristik des schles. Liberalismus.“

18) Um abhängige Klerikale nicht der Gefahr einer Maßregelung aussetzen, wurden für die Landtagswahlen von 1876 vielfach Dienstnachte

Darum setzte auch zeitig genug die Pressekanonade ein, welche die Landtagswahlschlacht vom 27. Oktober 1876 vorzubereiten hatte. Diesmal kam ein neues Moment in die Agitationstätigkeit hinein. Die gemeinsame Front, zu deren Bildung der scharfe Gegensatz zu den Ultramontanen die nationalen Parteien geführt hatte, begann sich aufzulösen. Ein einheitliches Vorgehen gegen die Klerikalen hielt man nicht mehr für so nötig wie zu Beginn des Kulturkampfes, vielmehr ließ man jetzt die Gesetze wirken. So trat unter der Einwirkung des sich langsam bemerkbar machenden reaktionären Zuges auch in Schlesien allmählich eine Scheidung der Konservativen von den übrigen Koalitionsparteien ein. Mit Benugtung hob das Breslauer Zentrumsblatt hervor, „daß auch konservative Landräte an den Wahlartikeln des „Schlesischen Konservativen“¹⁹⁾ ihre Freude haben, und letztere daher bereits in manchen Kreisblättern nachgedruckt worden sind“, forderte aber entschieden, sich bei diesen Landtagswahlen den Konservativen in keiner Weise, auch nicht in den gemischt-konfessionellen Kreisen, zu nähern, da man „ihrer Entschiedenheit und Zuverlässigkeit nicht sicher sei“²⁰⁾. Die Uneinigkeit der Gegner²¹⁾ sowie die Meinung, „daß der Kulturkampf der beste Agitator sei, und daß, wer durch denselben nicht aufgerüttelt worden, überhaupt nicht aufgerüttelt werden könne“, wirkten lähmend auf die katholische Wahlagitation, weshalb die ultramontane Presse zu eifrigerer Tätigkeit ermunterte, und die Schlesische Volkszeitung sich in einem Aufruf sogar an Schlesiens Frauen wandte und sie um ihre Mitarbeit bat (Nr. 229, 224, S. 5). Dem Ansturm der wohlorganisierten christlich-konservativen Partei unterlagen am Wahltag die beiden freikonservativen Abgeordneten in Ratibor, wo die Zentrums-kandidaten Schaffer und Zaruba gewählt wurden, ferner der freikonservative und die zwei nationalliberalen

ultramontaner Bauern zu Wahlmännern bestimmt, während 1870 vornehmlich Geistliche und Lehrer hierzu gewählt worden waren. Vgl. Schl. B. 1876, Nr. 217; ferner Br. J. 1870, S. 1950.

¹⁹⁾ Die unter diesem Namen in der Schl. B. veröffentlichten Artikel waren gegen die Liberalen gerichtet. Schl. B. 1876, Nr. 224.

²⁰⁾ Schl. B. 1876, Nr. 217, 218, 228, S. 6.

²¹⁾ Auch die Fortschrittspartei in Breslau konnte sich zunächst für ein gemeinsames Vorgehen mit den Nationalliberalen nicht entschließen. Schl. B. 1876, Nr. 228, S. 6.

Vertreter des Wahlkreises Neurode-Glag-Habellshwerdt, die Conrad, König und von Ludwig ablösten, und der neukonservative Abgeordnete des Oppelner Kreises, an dessen Stelle Erzpriester Borsch trat. Außerdem behaupteten die Klerikalen die im Jahre 1873 eroberten Mandate mit Ausnahme der beiden Sitze von Beuthen, von denen je einer an die Nationalliberalen bzw. Freikonservativen verloren ging. Hier verließen die 430 katholischen Wahlmänner protestierend gegen das Verfahren der den Vorsitz führenden Liberalen das Lokal vor Beendigung der Wahl, um neue Urwahlen zu beantragen. Eine Neuwahl fand jedoch nicht statt (Schl. B. 1876, Nr. 250). Mit 20 Zentrumsabgeordneten rückten Schlesiens Katholiken in den preussischen Landtag ein²²⁾, und voll Stolz wies die Schlesische Volkszeitung darauf hin, daß den Schlesiern vornehmlich der Ruhm gebührt, die anderweitigen Mandatsverluste des Zentrums gedeckt zu haben²³⁾. „Das katholische Volk hat über Maigesetze, Kulturkampf und Rünzgerianismus wieder einmal klar und deutlich sein Verdict ausgesprochen. Und dies trotz des ungeheuerlichen Dreiklassenswahlsystems und der öffentlichen Stimmabgabe.“ (Schl. B. 1876, Nr. 249.)

Die Auflösung der katholikenfeindlichen Koalition in Schlesien ging nach den Landtagswahlen weiter vor sich. Hatten bisher die Konservativen den liberalen Parteien die Gefolgschaft gekündigt, so trat anlässlich der Reichstagswahlen von 1877 auch eine scharfe Trennung zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei ein. Bereits 1876 wurde in Breslau der „Neue fortschrittliche Wahlverein“ gegründet, der schon bei den Landtagswahlen ein selbständiges Vorgehen der Fortschrittspartei erstrebte (Schl. B. 1876, Nr. 228, S. 6). Der Haß gegen die katholische Kirche, der einst die „Phalanx der heterogensten Elemente“ zustande gebracht hatte, war nun nicht mehr das ausschlaggebende Moment bei der Wahlagitation. Wiederum wurden die bisher verwichenen politischen Parteirichtungen zunächst maß-

²²⁾ An die Stelle der 1873 gewählten Abgeordneten Marx, Dr. Krähig und Graf Praschma traten Osterrath, Dr. Franz und Frhr. v. Huene. Vgl. die Tabelle auf Seite 96 dieser Abhandlung!

²³⁾ Der Ausgleich für den Ausfall der acht Zentrumsitze wurde durch die Gewinnung von sechs neuen Zentrumsmandaten in Schlesien und zwei in Hohenzollern hergestellt.

gebend für das Verhalten der Wähler. Trotzdem aber hatte sich das Verhältnis der einzelnen Parteien zu den Ultramontanen nicht wesentlich gebessert. Beflagte sich das Breslauer Zentrumsorgan, daß die Konservativen trotz der ihnen von den Katholiken bei den Landtagswahlen in fünf schlesischen Wahlbezirken erteilten Unterstützung ²⁴⁾ dennoch in anderen Kreisen dem Zentrumsmann eigene Kandidaten gegenübergestellt hatten (was die Klerikalen jetzt zur rücksichtslosen Aufstellung katholischer Männer selbst in gemischtkonfessionellen Wahlbezirken veranlaßte), so rühmten sich die Freikonservativen in der „Post“ offen ²⁵⁾, „daß sie lieber den negativen Geistern zum Siege verholfen oder zu verhelfen gesucht haben, als daß sie einen gläubigen Katholiken unterstützt hätten“. So beherrschte der Gegensatz zu den Klerikalen, wenn auch in vermindelter Stärke, auch die Reichstagswahlen im Jahre 1877.

Wiederum folgten die Massen der katholischen Wähler Schlesiens willig den Weisungen ihrer Führer, und wieder hatte die Klerikale Partei in dieser Provinz einen großen Erfolg zu verzeichnen. Sie behielt nicht nur die im Jahre 1874 eroberten 10 Wahlkreise, sondern entriß der Deutschen Reichspartei noch die Mandate von Ratibor, Lublinitz-Sost-Gleitwitz und Groß-Strehlitz-Kosel ²⁶⁾. So befand sich, mit Ausnahme des Wahlbezirktes Kreuzburg-Rosenberg, ganz Oberschlesien im Besitz der Zentrumsparlei. Ferner gehörten ihr noch zwei mittelschlesische Wahlkreise. Es ist verständlich, wenn Schlesiens katholische Presse diesen Sieg mit überschwenglichen Worten feierte. „Die Grandenherrschaft in Oberschlesien ist gestürzt,“ so äußerte die Schlesische Volkszeitung (Nr. 12) ihre Freude, „das übermütige Magnatentum völlig aufs Haupt geschlagen, der Staatskatholizis-

²⁴⁾ Auf den Rat der Schl. B. (1876, Nr. 181, 218) hin, einen Deutsch-Konservativen einem Nationalliberalen vorzuziehen, stimmten die Katholiken für die konservativen Kandidaten in den Wahlbezirken Gohrau-Steinau-Wohrlau, Militsch-Trachenberg, Ols-Namslau-Wartenberg, Schweidnitz und Löwenberg. Schl. B. 1876, Nr. 250. Auch bei den Reichstagswahlen 1877 kam es zu einem Kompromiß in Gohrau-Steinau-Wohrlau, Grünberg-Freystadt und Rothenburg-Hoherswerda.

²⁵⁾ Schl. B. 1876, Nr. 273, 250.

²⁶⁾ Hier wurden von Wallhofen, von Schallsha und Dr. Franz gewählt. Der Gr.-Strehlitz-Koseler Bezirk fiel bereits in der Nachwahl 1875 an das Zentrum. Siehe S. 99 dieser Arbeit.

mus in der Niederlage der freikonservativen Grandseigneurs und ihres geistlichen Appendix Dr. Künzer gerichtet. . . . Sie alle, alle sind hin, hin für immer! Oberschlesien ist unser, denen es von Gottes und Rechts wegen gehört! . . . Wir haben den stolzen, in den ober-schlesischen Industriebezirken mit der Geldaristokratie liierten Adel der Geburt glänzend aus dem Felde geschlagen, geschlagen trotz des für uns durchaus widrigen Windes, trotz allen Druckes, aller Hindernisse und aller unerschöpflichen staatlichen und pekuniären Hilfsmittel und Truppen auf feindlicher Seite. Dazu kommt, daß unsere Siege nicht etwa Pyrrhussiege, sondern zum größten Teil wahrhaft glänzende sind. Wir erinnern nur beispielsweise an Pleß-Rybnitz, wo der Geistliche Rat Müller mit 9000 Stimmen Majorität über den herzoglichen Gegner obsiegte; an Beuthen-Tarnowitz, wo 13 524 gegen 7455 Stimmen stehen; an Oppeln mit 10 664 Stimmen gegen 3856; an Groß-Strehlitz-Kosel mit 11 856 gegen 2248 Stimmen; an Neiße mit 10 441 ²⁷⁾ gegen 2247 Stimmen und an die beiden neuertworbenen Kreise Lublinitz-Tost-Gleitwitz und Ratibor mit resp. 11 811 gegen 5992 und 10 523 gegen 6774 Stimmen. Doch nicht genug mit diesen Erfolgen in katholischen Kreisen, haben wir auch — gottlob — in vorwiegend protestantischen Wahlbezirken relative Siege zu verzeichnen. In drei solchen Kreisen stehen unsere Kandidaten mit zur Stichwahl, und zwar in Neurode-Reichenbach, Gr.-Wartenberg-Ols und in Löwenberg ²⁸⁾. In anderen Kreisen, wie in Steinau-Wohlau, haben wir dem konservativen Kandidaten, welcher uns die nötigen Garantien gegeben, zum Siege verholfen ²⁹⁾. Außerdem liegt in mehreren Kreisen, so in Striegau-Schweidnitz, Landeshut-Jauer-Bolkenhain, wo eine Stichwahl erforderlich, die Entscheidung in unserer Hand. . . ³⁰⁾. Die Provinz Schlesien hat in der Tat im Jahre 1877 von allen katholischen Gegenden des Deutschen Reiches am besten gewählt ³¹⁾.

²⁷⁾ Nach Philipps a. a. O. S. 54 nur 8 173 Zentrumsstimmen.

²⁸⁾ Nämlich mit den Sozialdemokraten, der Deutschen Reichspartei und den Nationalliberalen. In allen drei Bezirken unterlag das Zentrum, das mit den Deutschkonservativen vereint vorging. Schl. B. 1877, Nr. 17.

²⁹⁾ Vgl. Anmerkung Nr. 24, S. 103.

³⁰⁾ Hier unterstützte das Zentrum die Deutschkonservativen.

³¹⁾ Außer in Schlesien eroberte das Zentrum nur noch in Hannover

Eine schwere Bloßstellung der Katholikenpartei brachte das Eintreten der Schlesischen Volkszeitung für den mit dem National-liberalen Vasker im Wahlbezirke Breslau-Ost in der Stichwahl stehenden Sozialdemokraten Bähke. Der christlich-konservative Wahlverein beschloß, wohl als Entgelt für die Wahlenthaltung der Nationalliberalen bei der Stichwahl im Neurode-Reichenbacher Kreise, welche die Niederlage des Zentrums herbeigeführt hatte³²⁾, hier ebenfalls Enthaltung von der Wahl. „Da Stimmenenthaltung aber in diesem Fall Parteinahme für Vasker ist,“ schrieb das Breslauer Zentrumsorgan (1877, Nr. 18, S. 6), „so werden wohl oder übel die politisch klaren Katholiken sich zuletzt doch dafür entscheiden müssen, getrost ihre Stimme dem Sozialisten Bähke zu geben.“ „Daß die Katholiken,“ rechtfertigte sich das Blatt, „welche dies tun, darum nicht den sozialistischen Prinzipien zustimmen, versteht sich von selbst.“ Diese „Verbrüderung“ der Katholiken mit einer Partei, „welche mit einem Stoß die Fundamente ihrer Existenz zu zertrümmern die redlichste Absicht hat,“ wirbelte in der akatholischen Presse Schlesiens viel Staub auf. Als der Sozialist unterlag, schrieb die „Breslauer Morgenzeitung“: „Der unnatürliche Beistand hat nichts gefruchtet, wird aber den Ultramontanen von der Bürgerschaft Breslaus nicht so bald vergessen werden.“ Trotz dieser Drohung brachte zwei Jahre später anlässlich der im Wahlbezirk Breslau-West stattgefundenen Nachwahl vom 4. Februar 1879 die Schlesische Volkszeitung als einziges Breslauer Blatt die Wahlanzeige für den Sozialdemokraten Kräcker. Wenn man bedenkt, daß von derselben Zeitung im Jahre 1871 die Aufnahme des konservativen Wahlaufzuges verweigert worden war, so kann man ermessen, wie sehr der Kulturkampf das führende schlesische Katholikenorgan gewandelt hat.

Unter dem Eindrucke des sich anbahnenden wirtschaftspolitischen Umschwungs vollzog sich die Agitation zu der durch die Reichstagsauflösung notwendig gewordenen Neuwahl im Jahre 1878. Die Klerikalen befanden sich diesmal in einer verhältnis-

ein neues Mandat, dagegen verloren Bayern und Hessen je einen Sitz; auch ging die Zahl der Zentrumsstimmen fast in allen katholischen Teilen Deutschlands etwas zurück. Vgl. die Tabelle S. 113.

³²⁾ Die Stimmen verteilten sich hier folgendermaßen: I. Wahlgang: Sozialdem. 5829, Zentrum 4811, Nat.-Liberalen 4449, Konservative 1027 Stimmen. Engere Wahl: Sozialdem. 6657, Zentrum 6167 Stimmen.

mäßig günstigen Lage. Sie brauchten nicht besondere Angriffe zu befürchten³³⁾, hatten doch die anderen Parteien bei der Arbeit vollauf. Immer seltener hörte man etwas von der Reichsfeindschaft der Ultramontanen, ja es machten sich bereits vereinzelt Neigungen bemerkbar, das Zentrum für die große Koalition der Staatserhaltenden zu gewinnen. Trotz dieser veränderten Lage beschloß die Wahlleitung der schlesischen Katholiken, die nicht ohne Benugtung beobachten konnte, wie alte Freunde und bisherige Verbündete einander bekämpften, bei der Hauptwahl wieder überall eigene Kandidaten aufzustellen und auf schwächliche Kompromisse und unpolitische Wahlenthaltungen zu verzichten. Wiederum sollte zunächst von den Prinzipien Zeugnis abgelegt und erst bei den Stichwahlen Realpolitik getrieben werden. Deshalb warnte die Breslauer Katholikenzeitung entschiedener als je vor einem Zusammengehen mit der konservativen Partei schon bei dem ersten Wahlgange. Sie drohten sogar den niederschlesischen Geistlichen, die für ein Kompromiß mit den Feudalengagitierten, nicht davor zurückzuschrecken, den Streit hierüber bis in ihre Pfarochien hineinzutragen und die Katholiken vor einer etwaigen Gefolgschaft ihrer Seelsorger abzuraten, „weil der Kulturkampf den Wahlen für die Katholiken das Gepräge einer Glaubensstat aufgedrückt hat“³⁴⁾.

Im allgemeinen waren die klerikalen Führer des Erfolges sicher, besonders in Oberschlesien, das sie bald ganz zu beherrschen hofften. Es gelang ihnen jedoch nicht, das letzte bisher hartnäckig behauptete „Bollwerk der schlesischen Brandenpartei“, den Kreis Kreuzburg-Rosenberg, zu erobern, der mit einer Mehrheit von nur 48 Stimmen der Deutschen Reichspartei verblieb. Auch hatten die Katholiken den Verlust des Wahlkreises Rattowitz-Zabrze zu beklagen, der infolge der stärksten Wahlbeeinflussung seitens der Gegner in den Besitz ebenfalls der Deutschen Reichspartei überging. „Truppweise wurden die Arbeiter von ihren

³³⁾ Die akatholische „Schlesische Zeitung“ schrieb damals: „Aus Furcht vor einer Zersplitterung der antiultramontanen Wahlstimmen sich dem Gebot der Herren Wahlennmacher wieder einfach zu unterwerfen, ist wahrlich nicht vonnöten. . . Zunächst muß alle Kraft daran gesetzt werden, die Wahlen dem lokalen Sinne und den realen Bedürfnissen der Nation entsprechend zu gestalten.“ Schl. Z. 1878, Nr. 143, S. 2.

³⁴⁾ Fhrg. 1878, Nr. 141, 148, 154, 155, 160 und 164.

Aufsehern zur Wahl geführt, die Zettel ihnen erst vor dem Wahllokal eingehändigt und dann zu vier Mann von den Aufsehern zur Wahlurne begleitet," so äußerte sich hierüber das Breslauer Zentrumsorgan. Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb: „Auch in unserer Provinz sind verwerfliche Versuche gemacht worden, die freie Wahl zu fälschen, aber alles in den westlichen Provinzen Geschehene ist doch nur ein schwacher Schatten dessen, was aus dem genannten schlesischen Wahlkreise glaubhaft berichtet wird.“³⁵⁾ (Schl. B. 1878, Nr. 248, S. 6.)

Daher sahen die Klerikalen die Veränderung im schlesischen Zentrumsbesitzstande nur als eine vorläufige an³⁶⁾. Auch bot ihnen die Zunahme von 5300 Zentrumsstimmen einige Genugtuung.

Als im Jahre 1879 Preußens Staatsbürger sich zur Landtagswahl rüsteten, war die wirtschaftspolitische Systemänderung bereits vollends vollzogen und auch im Kulturkampfe eine Wendung zum Bessern eingetreten. Daher wurden unter den Klerikalen Befürchtungen laut, daß ihre Glaubensgenossen, von der neuen, friedlicheren Strömung erfaßt, sich leicht aus ihrer einmütigen Haltung herausbringen lassen würden. Mit Ernst wiesen Schlesiens Katholikenblätter darauf hin, daß eine Verminderung der katholischen Stimmen von den Gegnern als eine Abnahme der Energie in dem großen Kampfe ausgelegt werden würde, und daß es daher auf jede Stimme ankomme. Gerade jetzt könne es gelingen, den Liberalismus aus dem Sattel zu heben und den Kulturkampf zu beenden. Bitter beklagte sich die Schlesische Volkszeitung (1879, Nr. 202, S. 5), daß die Abneigung gegen die Katholiken in Schlesien noch nicht überwunden sei. „In ganz Oberschlesien ist dieselbe Parole ausgegeben worden, wie vor drei Jahren, und arbeiten deshalb Fortschrittler und Konservative, wie z. B. in Ratibor und Beuthen, einander freundschaftlich in die Hände, obwohl das Zentrum der Regierung unbedingt näher

³⁵⁾ Daß es zu keiner Ungültigkeitserklärung kam, lag wohl an den spärlich eingegangenen und mangelhaften Wahlprotesten, über die sich selbst die „Germania“ beklagte. Vgl. Schl. B. 1878, Nr. 163, S. 3.

³⁶⁾ Bei der nächsten Wahl von 1881 erhielt von den 13 190 hier abgegebenen Stimmen das Zentrum 11 542 und erwarb somit den Kreis wieder zurück.

Anmerkung: Das Mandat des Ratiborer Abgeordneten von Wallhofen übernahm Graf Saurma-Jeltsch.

steht als der Fortschritt und die Anhänger Forckenbeds und Lasfers. Ähnliche Symptome machen sich bemerkbar in Mittel- und Niederschlesien.“

Es war vergeblich für die katholikenseindlichen Parteien, in Schlesien ein Nachlassen des klerikalen Wahleifers zu erwarten. Die katholische Bewusstseinsüberzeugung der Massen, ihre treue Gefolgschaft dem Zentrum gegenüber konnte nicht mehr erschüttert werden. Während in der Rheinprovinz die Zahl der Zentrumswahlmänner um 533, in den übrigen von Katholiken bewohnten Provinzen nur um weniger als 50 gewachsen war, stieg sie in Schlesien um 554 — in Breslau allein von 23 auf 58. Doch nicht nur die größte Zunahme an katholischen Wahlmännern von ganz Preußen hatten die schlesischen Klerikalen aufzuweisen, sondern sie erwarben zu den bisherigen 20 Landtagsitzen noch die beiden freikonservativen Mandate im Wahlkreise Gr.=Strehliß=Publiniz hinzu. Hier mußten Prinz v. Hohenlohe=Ingelfingen und Graf von Eschirskij=Renard den beiden Zentrums-kandidaten Edler und Hermiersch weichen. So gelang es den Katholiken Schlesiens auch bei diesen Wahlen einen Sieg zu erringen, der, weil er „fast ausschließlich von armen abhängigen Arbeitern, der größten Wahlthrannei freikonservativer Granden zum Troß, erfochten“ wurde, als ein glänzender bezeichnet werden kann (Schl. B. 1879, Nr. 236, S. 1; 241, S. 3)³⁷⁾.

4. Die Wendung im Kulturkampfe und die schlesischen Katholiken

Die Kulturkampfgesetze haben dem Zentrum unverkennbar die Brücke zu seiner Machtstellung gebaut. Seine Stärke beruhte auf der großen Zahl und dem unerschütterlichen Vertrauen seiner Wähler. Immer mehr gelangte man auf der Gegenseite zu der Einsicht, daß die Fortsetzung des Kampfes gegen das Gewissen vieler Millionen Untertanen keine Aussicht auf Erfolg gewähre. Die materielle Gewalt hat sich gegenüber der Kraft des Glaubens als völlig ohnmächtig erwiesen. Mit innerer Genugtuung begrüßten Schlesiens klerikale Blätter jede Anregung, welche den Katholiken den so lange schmerzlich vermischten Frieden wieder zu bringen versprach. Im Gegensatz zu der weniger

³⁷⁾ Für die Abgeordneten Schaffer in Ratibor, Osterrath und Mitsche in Rybnik traten Maish, von Oliszczyński und Conrad ein.

versöhnlich gestimmten rheinischen Katholikenpresse, die eine Kapitulaton des Staates, eine völlige Aufhebung der Maigesetze forderte, traten die ultramontanen Organe Schlesiens eifrigst für eine Verständigung zwischen Staat und Kirche ein. Während die Bonner „Deutsche Reichszeitung“ schrieb (Schl. B. 1877, Nr. 52): „Daß man doch immer und immer wieder vergißt, daß das Wesen des Kulturkampfes weniger die Machtfrage, als vielmehr die Prinzipienfrage bildet, daß es sich nicht handelt um einen Streit von Macht gegen Macht, sondern von Prinzip gegen Prinzip, nicht so sehr um einen Ringkampf zwischen Staat und Kirche, sondern zwischen Neuheidentum und Christentum, zwischen Materialismus und dem Glauben an Gott und Ewigkeit, da gibt's kein Kompromiß, sondern nur ein entweder — oder,“ begnügten sich die schlesischen Zentrumsblätter mit einer Revision der staatlichen Kirchengesetze ¹⁾, denn sie waren sich dessen bewußt, daß man dem leitenden Staatsmanne einen „Gang nach Canossa“ nicht zumuten darf, wenn man eine baldige Beilegung des leidigen Kirchenstreites herbeiführen will. Auch die nichtkatholischen schlesischen Zeitungen bemühten sich jetzt, dem katholischen Standpunkt gerecht zu werden. Sie gingen den tieferen Motiven nach, welche die Katholiken und ihren Klerus zu dem Widerstande gegen die Staatsgesetze gedrängt hatten und wiesen auf die Härten der staatlichen Kirchengesetze hin. So äußerte sich hierzu die bisher stets antiklerikal gerichtete „Breslauer Zeitung“ folgendermaßen (Schl. B. 1878, Nr. 98, S. 2): „Durch die Anwendung dieser Gesetze ist gegen die Personen der davon betroffenen katholischen Geistlichen in den meisten Fällen eine Härte geübt worden, welche in der Natur der strafbar erklärten Handlung ihre Begründung nicht zu finden vermochte. Nicht frevelhafte Verletzung der in ihrer Gültigkeit nicht weiter bestrittenen staatlichen Gesetze lag vor, sondern ein Zuwiderhandeln gegen dieselben aus Gehorsam gegen ein — nach der innersten Überzeugung der Betreffenden — höheres Gebot der Kirche. Mag man sich selber vom Respekt vor den kirchlichen Satzungen noch so frei wissen, so wird man doch nicht umhin können, der persönlichen Überzeugungstreue der „Kirchentreuen“ katholischen Geistlichen seine Hochachtung zu bezeugen. Viele von ihnen haben gewiß mit

1) Schl. B. 1878, Nr. 83, 149, 183; Jhrg. 1879, Nr. 128, 290, S. 6.

schwerem Herzen zu einer Haltung sich entschlossen, welche ihnen als staatsfeindlich ausgelegt worden ist.“ Selbst die fortschrittliche „Schlesische Presse“ schrieb nach den Wahlen 1877 (Schl. B. 1877, Nr. 17, S. 1): „Man tut schwer Unrecht, die Mengeder ultramontanen Wählerschaft als „reichsfeindlich“ zu bezeichnen. Wir sind überzeugt, daß der größte Teil derselben, wenn es wider unser Verhoffen zu einem Kriege kommen sollte, der Fahne ganz ebenso treu folgen würde, wie er jetzt den Kaplänen folgt.“ Vielsach forderten diese Blätter eine Beendigung des Kampfes selbst um den Preis einiger Zugeständnisse des Staates.

Doch nicht nur in der Presse gaben die Katholiken Schlesiens ihre versöhnliche Stimmung kund. Sie waren, als sich die Voraussetzungen für ihre oppositionelle Haltung verschoben, auch sofort bereit, durch positive Mitarbeit an der Lösung staatlicher Aufgaben ihr nunmehr wohlwollendes Verhalten der Regierung gegenüber zu beweisen. Ihre konservative Gesinnung erleichterte ihnen diese Umstellung. So stellten sich während der parlamentarischen Zolltarifverhandlungen Breslaus katholische Männer rückhaltlos auf die Seite der Regierung. In einem an das Zentrum gerichteten „Promemoria in Sachen des neuen Zollgesetzesentwurfes“ traten sie gegen die unbeschränkte Freizügigkeit und Gewerbefreiheit auf und wünschten eine feste Organisation des Gewerbes und Handwerks, vor allem die Einführung von Schutzzöllen. „Was Schlesien betrifft,“ heißt es in dieser Eingabe, „so leidet der Landwirt hier nicht bloß unter dem die Provinz überflutenden russischen Getreide, sondern auch unter den Handel und Gewerbe so sehr schädigenden Paß- und Zollverhältnissen Rußlands, und möchte der Reichskanzler dringend angegangen werden, seinen großen Einfluß zur Erleichterung dieser russischen Verhältnisse geltend zu machen.“ Die Anfang Juni 1879 erfolgte Gründung des „Christlich-konservativen Bürgervereins“, dem sich 19 katholische Vereine anschlossen, und der „die Besprechung und Vertretung der kommunalen und volkswirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung unter Ausschluß aller persönlichen, politischen und religiösen Kontroversen“ sich zur Aufgabe stellte, bewies, mit welchem Eifer die Katholiken von Breslau auch an die positiven, staatsverhaltenden Arbeiten herangingen²⁾.

²⁾ Schl. B. 1879, Nr. 83, S. 5; 99, S. 1, 104, S. 5; 128, S. 5.

Auch der kirchenpolitische „Katholische Volksverein“ suchte sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Man war sich auf katholischer Seite wohl bewußt, daß in dem Augenblicke, wo der konfessionelle Kampf aufhört, der Zentrumsparthei die wirksamste Agitationsbasis entzogen ist. Darum galt es, sich zeitig genug zu rüsten, um den künftigen, schwierigeren Aufgaben gewachsen zu sein. Schon bei der Reichstagswahl von 1878, bei der die Katholiken in Breslau einen namhaften Stimmenverlust zu beklagen hatten, stellte sich das Bedürfnis nach erhöhter politischer Betätigung und Wahlarbeit heraus³⁾. Als im Mai 1879 ein Antrag auf Namensänderung des „Katholischen Volksvereins“ gestellt wurde, hielt die Schlesische Volkszeitung (Nr. 104, S. 5) auch eine gleichzeitige Reorganisation des Vereins für durchaus notwendig und forderte „öftere Versammlungen, regelmäßige politische Rundschauen, Beantwortung von Fragen, Meinungsaustausch und Besprechung praktischer Interessen, nie ruhende Vorarbeit für die künftigen kommunalen und parlamentarischen Wahlen und perpetuierliche Ansammlung der dazu nötigen Gelder“. Am 25. August 1879 wurden einzelne dieser Reformen durchgeführt, der Volksverein auf eine breitere Basis gestellt und ihm eine straffere Organisation gegeben⁴⁾. Die Leitung lag von jetzt ab einem Präsidenten und seinen drei Stellvertretern ob; ihnen stand ein geschäftsführender Ausschuß von 41 Personen zur Seite. Der Vorstand wurde auf 150 Mitglieder erweitert. Die einseitig konfessionelle Färbung des Vereins legte man äußerlich dadurch ab, daß man ihm den Namen „Verein der Zentrumsparthei“ gab und in den Satzungen das Wort „katholisch“ durch „christlich“ ersetzte. Dem Präsidium dieses ersten schlesischen Zentrumsvereines gehörte auch der erst 26jährige Rechtsanwalt Dr. Felix Porsch an, dem in den folgenden Jahren immer mehr die Führung nicht nur der Breslauer, sondern der schlesischen Katholiken überhaupt zufiel, bis er schließlich Ballestrin in der Leitung vollends ablöste. Porsch war es, der das damals angelegte Werk weiter auszubauen, gegen alle Angriffe zu schützen und bis auf den heutigen Tag zu erhalten gewußt hat.

³⁾ Echl. B. 1878, Nr. 250, S. 5; ferner Nr. 240, S. 7; 241, S. 5.

⁴⁾ Jhrg. 1879, Nr. 199, S. 5; 196, S. 4; 197, 188.

Rückblick

Überblicken wir, am Schlusse unserer Ausführungen angelangt, noch einmal den Werdegang des schlesischen Katholizismus! Welche vollständige Umbildung, welchen Aufstieg zur Macht aus völliger Ohnmacht haben die 80 Jahre des durchmessenen Zeitraumes der katholischen Kirche in Schlesien gebracht! Kaum irgendwo in Preußen hatte zu Beginn des Jahrhunderts der Staat den Katholiken so große Opfer zugemutet, wie in Schlesien; kaum irgendwo war aber auch der konfessionelle Indifferentismus unter den Katholiken so sehr verbreitet, wie in dieser Provinz. Und jetzt? — An die Stelle der Landeskirche, die der Staat ohne weiteres als seine Untergebene behandeln konnte, ist eine in Anlehnung an ihr geistliches Oberhaupt sich ihrer Macht bewußte Kirche getreten, deren Mitglieder nunmehr in den vordersten Reihen um ihre Freiheit und ihr Recht kämpfen. Die machtvollen Reserven des schlesischen Katholizismus sind aktionsfähig geworden. Im Besiz einer eigenen, einheitlichen Presse und geführt von stets für die katholischen Ideale begeisterten Männern sind die in zahlreichen Vereinen organisierten Katholiken Schlesiens imstande, ihr Schwergewicht in die Waagschale des öffentlichen Lebens zu werfen. So zum neuen Leben erwacht, stellt der schlesische Katholizismus ein zu einer realen Macht verkörpertes Gesamtbewußtsein dar, auf das Rücksicht zu nehmen selbst Staat und Kommune gezwungen sind.

Zahl der schlesischen Zentrumsabgeordneten im preußischen Landtag

Regierungsbezirk	1870	1873	1876	1879
Breslau	—	2	5	5
Oppeln	6	14	15	17
Gesamtzahl:	6	16	20	22

Ergebnisse der ersten ordentlichen Wahlen zum Deutschen Reichstage in Schlesien (nach Phillips a. a. O. S. 263 ff.)

Parteien	1871		1874		1877		1878	
	Abgegeb. Stimmen	Abgeordnete	Abgegeb. Stimmen	Abgeordnete	Abgegeb. Stimmen	Abgeordnete	Abgegeb. Stimmen	Abgeordnete
Konservativ	56096	6	38205	2	41392	2	67844	3
Deutsche Reichspartei	128879	17	122876	10	104218	8	161422	10
Zentrum	60857	2	136660	10	171800	13	176538	12 ¹⁾
Nationalliberale	66768	6	50317	8	77306	9	73506	8
Fortschrittspartei	27047	4	28396	4	23234	2	8092	1
Sozialdemokraten	1989	—	9004	—	23449	1	23368	1
	(Saß. + Eisenn.)		(Saß. + Eisenn.)					

Zentrums-Wahlergebnisse zum Deutschen Reichstage nach Staaten und Provinzen (nach Phillips a. a. O. S. 263 ff.)²⁾

Staaten und Provinzen	1871		1874		1877		1878	
	Abgegeb. Stimmen	Abgeordnete	Abgegeb. Stimmen	Abgeordnete	Abgegeb. Stimmen	Abgeordnete	Abgegeb. Stimmen	Abgeordnete
Ostpreußen	15343	1	21745	2	20674	2	22691	2
Westpreußen	7785	—	18672	—	13421	—	12168	1
Schlesien	60857	2	136660	10	171800	13	176538	12 ¹⁾
Sachsen	5689	1	12137	1	10899	1	11739	1
Hannover	15922	1	27955	1	29944	2	16900	1
Westfalen	70447	8	135592	8	118718	8	144004	8
Hessen-Nassau	36213	2	38692	2	46030	2	46967	2
Rheinprovinz mit Hohenzollern	181062	21	376783	28	351775	28	368495	28
Bayern	228436	18	481740	32	395581	31	360362	31
Württemberg	17680	1	46522	3	51654	3	51831	3
Baden	54297	2	96822	2	87887	2	62901	3
Hessen	14573	—	27202	1	27136	—	20832	1
Oldenburg	8791	1	13619	1	13150	1	13072	1

¹⁾ Der Abgeordnete des Wahlkreises Olag-Habelschwerdt von Ludwig trat 1878 zur altkonservativen Partei über. Da er in kirchlichen Fragen stets mit dem Zentrum zusammenhing und diese Partei auch bei den nächsten Wahlen für ihn eintrat, wird er hier noch der Zentrums-
partei zugezählt.

²⁾ Landesteile, die keinen Zentrumsabgeordneten stellten, wurden hier nicht berücksichtigt.

Benutzte Quellen und Literatur

Quellen:

- Schlesisches Kirchenblatt, Jahrgang 1848—1863.
Breslauer Hausblätter, Jahrgang 1863—1871.
Schlesische Volkszeitung, Jahrgang 1871—1880.
Schlesische Zeitung
Breslauer Morgenzeitung } einzelne Jahrgänge.
Historisch-politische Blätter, Jahrgang 1838—1845.
Verhandlungen der 2., 22. und 33. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Breslau, 1849, 1872 und 1886.
Die Resolutionen und Reden der Generalversammlungen schlesischer Katholiken, 1874, 1875, 1876, 1877 und 1879.

Literatur:

- Bachem, Karl, Josef Bachem und die Entwicklung der katholischen Presse in Deutschland, 2 Bände 1912/13.
Bachem, Julius und Karl, Die kirchenpolitischen Kämpfe in Preußen . . 1871—1887, 1910.
Bergsträßer, Prof. Dr. Ludwig, Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei, 1910.
— Der politische Katholizismus, Dokumente seiner Entwicklung, 2 Bände, 1921/23;
— Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 1921.
Brück, Heinrich, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert, 4 Bände, 1887.
Denkschrift über die Parität an der Universität Bonn, mit einem Hinblick auf Breslau, 1862.
Die katholische Fakultät an der Universität zu Breslau, Prüfung der . . . von Dr. Mövers veröffentlichten Denkschrift, 1845.
Die Parität in Preußen, 2. Auflage, 1899.
Die Parität in Preußen und die ultramontane Partei, 1862.
Dörner, Heinrich, Die katholische Fraktion in Preußen 1852—58, Dissertation Leipzig 1909.
Duhr, Bernhard, S. J., Aktenstücke zur Geschichte der Jesuitenmission, 1903.
Evangelisches Kirchenblatt für Schlesien, einzelne Jahrgänge,
Franz, Dr. Adolf, Joh. B. Balzer, 1873;
— Die gemischten Ehen in Schlesien, 1878.
Friedrich, J., Geschichte des vatikanischen Konzils, 1. Band, 1877.
Führer in das katholisch-politische, christlich-soziale und kirchliche Vereinswesen, Würzburg=Woerl, 1880.
Grünhagen, G., Die katholische Kirche in Schlesien am Ausgange des vorigen Jahrhunderts, Zeitschrift des Vereins für schlesische Geschichte, Band XXIX, 1895.
Hüsken, Eduard, Ludwig Windhorst, 1917.
Ketteler, W. G., Freiherr von, Die Zentrumsfraktion auf dem ersten Deutschen Reichstage, 1872.
— Die Katholiken im Deutschen Reiche, 1873.

- Rißling, F. B., Geschichte der deutschen Katholikentage, 2 Bände, 1920 bis 1923; Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche, 3 Bände, 1911—16.
- Sanprecht, Karl, Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, II. Band, 1913.
- Sauter, Franz, Nachtrag zu Preußens Volksvertretung in der 2. Kammer bzw. im Hause der Abgeordneten, 1882.
- Majunke, Paul, Geschichte des Kulturkampfes, 1886.
- Marx, Dr., Generalstatistik der katholischen Vereine Deutschland, 1871.
- Mah, F., Die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands 1848 bis 1902, 1903.
- Müller, Dr., Leonhard, Die Breslauer politische Presse von 1742 bis 1861, 1908.
- Die Publizistik und das katholische Leben in Breslau und Schlesien während des 19. Jahrhunderts, 1907.
 - Zur Geschichte der freikonservativen und Reichspartei, in der „Schlesischen Freikonservativen Partei-Korrespondenz“, 1914.
- Nippold, Geschichte der katholischen Kirche, 1906.
- Nürnberger, A. F., Zum 200jährigen Bestehen der katholischen Fakultät an der Universität Breslau, 1903.
- Phillips, A., Die Reichstagswahlen von 1867—1883, 1883.
- Pigge, H., Die religiöse Toleranz Friedrichs des Großen, 1899.
- Reinkens, Melchior von Diepenbrock.
- Rintel, Die katholischen Interessen und die deutsche Frage, 1849.
- Sanft-Bonifatius-Kalender, Berlin 1879.
- Schnabel, Franz, Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848, 1910.
- Seppelt, Fr. X., Bilder aus dem Kulturkampf in Schlesien, Artikelserie in der Schlesischen Volkszeitung, Jahrgang 1924.
- Spahn, Prof. Dr. Martin, Das deutsche Zentrum, 1907.
- Zur Vorgeschichte des Zentrums, Hochland VIII, S. 417 ff.
 - Zur Geschichte der Zentrumspartei, Hochland IX, Bd. II, S. 294.
- Theiner, A., Die katholische Kirche, besonders in Schlesien, in ihren Ueberehen dargestellt von einem katholischen Geistlichen, 1826.
- Weltrundschau über die katholische Presse zu Neujahr 1878, Werl-Würzburg, 1878.
- Wendorf, H., Die Fraktion des Zentrums im preussischen Abgeordneten-hause 1859—1867, Dissertation Leipzig 1915.
- Westerburg, Preußen und Rom an der Wende des 18. Jahrhunderts, 1908.
- Wid, Dr., Josef, Aus meinem Leben, 1895.
- Über Katholikenfeinde und Katholikenvereine, 1849.
- Wolffstiegl, A., Die Anfänge der freikonservativen Partei, Delbrück Festschrift, 1908.
- Worbs, Die Rechte der evangelischen Gemeinden, 1825.
- Zeitschrift des kgl. Preuß. Statistischen Büros, II. Jahrgang 1862, V. Jahrgang 1865, VII. Jahrgang 1867.

Inhaltsübersicht

	Seite
Das katholische Leben in Schlesien bis zur Revolution von 1848 . . .	1
I. Die Anfänge des politischen Katholizismus in Schlesien . . .	7
1. Der Zusammenschluß der Katholiken im „Schlesisch-katholischen Verein“, 1848	7
2. Die Disparität in Schlesien	17
3. Die katholischen Schlesier und die Abgeordnetenwahlen bis zum Jahre 1866	24
4. Die großdeutsche Färbung der katholischen Blätter Schlesiens und die Katholikengesetze von 1866	37
5. Die Organisation und Ultramontanisierung der katholischen Massen	42
II. Die politische Selbstständigkeitsbewegung der schlesischen Katholiken nach dem Kriege mit Österreich	50
1. Das selbständige Vorgehen der katholischen Schlesier bei den Wahlen zum konstituierenden Reichstag . . .	50
2. Die Gründung des „Katholischen Volksvereins“ in Breslau, 1867	55
3. Die Wahlen zum norddeutschen Reichstag und zum preussischen Abgeordnetenhaufe	57
4. Politische Schulung und weitere Organisation der schlesischen Katholiken	61
III. Der politische Katholizismus in Schlesien während des Kulturkampfes	65
1. Die Entstehung einer Phalanx des kath. Volksteiles	65
2. Die katholisch-politische Presse Schlesiens	76
3. Die Gründung des „Christlich-konservativen Wahlvereins“ und die Erfolge der Zentrumsparthei in Schlesien	82
4. Die Wendung im Kulturkampfe und die schlesischen Katholiken	108
Rückblick	112
Benutzte Quellen und Literatur	114

KSIĘGARNIA
ANTYKWARIAT

DOM
KSIĄZKI
DOM

E 587095
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Wojewódzka Biblioteka
Publiczna w Opolu

2767 S



001-002767-00-0

Wojewódzka Biblioteka
Publiczna w Opolu
BIBLIOTYKA ŚLĄSKIE